

**Petitionen in Deutschland -**

---

**ein Armutszeugnis der Demokratie**

---

**Kritische Anmerkungen aus Bürger-Sicht**

---

Wolfgang Laub

## **Inhaltsverzeichnis**

---

(Widmung / ) Über den Autor	3
Vorwort, Einleitung	4
Petitionen-Anspruch(und Wirklichkeit...): Grundsätzliche Kritiken	22
Einige Besonderheiten (auch bei einzelnen Petitionsausschüssen)	88
LITERATUR- und Quellenverzeichnis	121
Link- Tipps	123

## **Widmung**

Wolfgang Laub widmet sein ganzes Wirken seinen „innigst geliebten, wundervollen, liebsten Eltern, Schwestern und Sohn“. Was er von diesen und anderen Menschen in seinem Leben an Hilfen und unendlich Wertvollem bekam möchte er gerne anderen Mitmenschen „zurückgeben“.

## **Über den Autor**

Wolfgang Laub ist Systemischer Berater, Therapeut und Dipl.-Pädagoge, freiberuflich in eigener Praxis tätig.

Mitglied im Verband Freier Psychotherapeuten, Psychologischer Berater (VFP).

Studium in Erziehungs- und Politikwissenschaften, Psychologie und Soziologie.

Fortbildung in Heil- und Sonderpädagogik, Sozialmanagement, systemische Beratung und (Familien-) Therapie. Zertifiziert als Umgangspfleger und Verfahrensbeistand in Kindschaftssachen ("Anwalt des Kindes").

Vom Gesundheitsamt zugelassener Heilpraktiker für Psychotherapie.

Über 20 Jahre tätig unter anderem als Sozialarbeiter, Heimleiter, Pädagoge/ sozialpädagog. bzw. –therapeutischer Betreuer in Kinder- und Jugendwohnheimen, Jugend-, therapeutischen, integrativen und Senioren- WGs sowie Einrichtungen für psychisch bzw. körperlich kranke, beeinträchtigte, traumatisierte Menschen aus vielen Nationen.

Berufl. und ehrenamtl. Leitung div. Vereine und Projekte, auch von einigen Ministerien empfohlene, auf Feldern der Kinder-, Jugend-, Senioren- und Benachteiligtenhilfe sowie im Bildungsbereich. Gewinne aus diesem Buch spendet er auch gemeinnützigen Projekten dieser Bereiche.

## Vorwort, Einleitung

---

Dies ist ein Erfahrungsbericht und eine Einschätzung- ganz bewusst- „nur“ aus der Sicht eines Bürgers (und nicht etwa juristischen Fachmanns). Was aber auch Aussage kräftig genug ist, sein sollte. Denn wenn das demokratische System in Deutschland wirklich funktioniert, hält was es verspricht- auch Bürger-freundlich- muss es ja auch den „Praxis-Test“ bestehen- eben durch „nur“ einen Bürger ...

Mit immerhin auch etwas Bildung, auch in Deutschland aufgewachsen. Immerhin auch mit Hochschulabschlüssen und auch etwas Verwaltungserfahrung durch auch berufl. Zeiten dort, im öffentlichen Dienst (und ja, ich studierte auch einmal „Politologie“, „Politikwissenschaften“ - aber was wahre Politik ist lernte ich viel eher in anschl. vielen praktischen Tätigkeiten und Mitwirken in sozialen und politischen Initiativen, Bewegungen, Projekten, Organisationen und von kritischen Wissenschaftlern und anderen Menschen, Erfahrungen an der „Basis“). Es geht hier auch einfach „nur“ um die Praxis. Nicht um das, was irgendjemand theoretisch zu dem Thema denkt, sagt oder nicht (auch egal, was ich früher dazu dachte- viel Positives zum Sinn, Zweck, Möglichkeiten von Petitionen- bevor ich leider durch die Praxis eines Besseren belehrt wurde). Wenn dieser Bürger, meine Wenigkeit, trotz ja doch nicht unterdurchschnittlicher Bildung, aber schon so negative Erfahrungen macht mit einem vermeintlich wichtigen demokratischen Mittel wie Petitionen (und das viele Male, mit allen dafür zuständigen Ausschüssen in ganz Deutschland)- wie muss es dann erst Menschen gehen, die weniger vertraut sind mit deutscher Sprache, „Recht“ und „Politik“, Verwaltungsabläufen usw. in Deutschland? Haben die faktisch wirklich die Möglichkeit dieses Mittel überhaupt auch nur ansatzweise zu nutzen- obwohl diese das natürlich auch können sollten?

Und dass in der Tat Statistiken über Petitionen in Deutschland (deren „Erledigung“)- also auch nicht nur meine persönlichen Erfahrungen,

sondern die unzähliger Bürger- wahrlich ein Armutszeugnis dazu bzw. für „unsere“ Demokratie sind werde ich hier zumindest exemplarisch (mehr würde hier auch den Rahmen sprengen) etwas skizzieren. Auch anhand offizieller Statistiken. Von den Zuständigen (Petitionsausschüssen) selbst erstellt, die diese also kaum bestreiten können (außer vielleicht deren Interpretation- die ja auch immer, weitergehend z. B. Wulff oder Maturana dazu, mit Weltanschauungen zu tun hat ... Und natürlich kann sich auch jeder Leser selbst eine kritische Meinung, Anschauung bilden über deren und meine Einschätzung davon). Erfahrungen und Statistiken bzw. Selbst- Interpretationen der Zuständigen davon, die aber schon alleine Bände sprechen – und eben zeigen, dass meine sehr unguten Erfahrungen leider alles andere als „die große Ausnahme“ sind. Im Gegenteil- und das spricht wirklich für alles andere als dafür, dass führenden Politikern und deren Ausschüssen die Anliegen der Bürger wirklich wichtig (genug) sind, diese angemessen ernst und wichtig genommen werden! Dass das so einfach nicht länger hingenommen werden kann ist offensichtlich, was ja auch (wie ich hier auch noch etwas anführen werde) zunehmend weniger Menschen tun. D. h. immer mehr Menschen sehnen sich nach mehr, einer anderen, besseren, wirklichen Demokratie inkl. anderer, besserer demokratischer Mittel (und viele setzen sich ja auch schon dafür ein bzw. nutzen diese auch schon, vgl. auch Folgendes dazu).

Und ich glaube wirklich sehr an das Gute im Menschen, das sich ja gerade auch in Deutschland – auch z. B. als „Ehrenamts- Weltmeister“, mit so viel sozialem, gesellschaftlichen Engagement (also ist auch offensichtlich ja doch „Gesellschaftliches“, auch Politisches so vielen Menschen wichtig) - so oft zeigt. Und bin natürlich auch Fan wahrer Demokratie im Sinn ihrer eigentlichen Bedeutung, einer „Herrschaft des Volkes“- „power to the people“. Habe natürlich normalerweise großen Respekt vor anderen Menschen und deren Arbeit. Verlange von keinem Perfektion- klar: nobody is perfect (ich oder irgendein anderer Bürger selbstverständlich auch nicht). Sehe Dinge auch gerne differenziert und respektvoll. Nur gerade auch im Sinne der Demokratie als ja auch

„Herrschaft des Volkes“ muss man, in deren und dessen Interesse, Missstände auch klar ansprechen und Finger in Wunden legen- damit sich ggf. auch etwas bessern, demokratischer werden kann (zumal eigene Bewertungen der Arbeit der Petitionsausschüsse bzw. dazu gehörender Landtage und dem Bundestag von einer leider wirklich zu größten Teilen minimalen und damit erbärmlichen „Selbstkritik“ geprägt sind, wenn überhaupt).

Und der Bedarf an diesbezüglichen Verbesserungen ist gerade auch in Deutschland wirklich sehr groß. Natürlich nicht nur aber auch bezüglich deutschen Petitionsausschüssen (die wohl auch nur Spitzen von Eisbergen sind- Eisberge, Missstände, die grundsätzlich ein Armutszeugnis und eine große Gefahr für „Herrschaft des Volkes“, Demokratie sind). Petitionsausschüsse, über die ich wirklich auch gerne mehr Positives geschrieben hätte. Aber das ist mir leider beim besten Willen nicht möglich- man muss ja Dinge auch so benennen wie sie sind, realistisch. Einsicht ist ja der erste Schritt zur Besserung, alles andere Augenwischerei und nicht hilfreich, wenn man etwas verbessern möchte. Natürlich liegt Vieles dabei auch wiederum im Auge des Betrachters. Aber ich habe vielen Menschen- natürlich auch nicht nur meiner „Wellenlänge“ – Antworten gezeigt, die ich auf Petitionen bekam (inkl. meiner Schreiben dazu). Und selbst Menschen, die ggf. anderer Meinung waren als ich zum Inhalt der einen oder anderen Petition, Aspekten daraus, fanden den Stil der Antworten der Petitionsausschüsse zumindest zu großen Teilen völlig unmöglich, zumindest nicht Bürger-freundlich! Auch bürokratisch usw. Und nicht nur –wirklich unabhängige und nachweislich sehr kompetente- PR-/Kommunikations – und Service-Berater konnten nur noch lachen, als sie diese Antworten lasen und anschließend die Broschüren der Petitionsausschüsse, z. B. des Bundestages- wie wichtig doch angeblich demnach diesen Petitionen und Anliegen der Bürger wären. Wenn man in der Praxis, Realität, zu über 90% schon Eingangsschreiben zu Petitionen (oder auch sonstige Antworten dazu) bekommt, bei denen man denkt die kommen vielleicht vom Ordnungsamt, Gerichtsvollzieher oder dergleichen. Und nicht z. B. „vielen Dank für Ihr Bemühen,

bürgerschaftl. Engagement (worum es letztlich ja, auch laut o. g. Broschüren, geht), Anregungen“ oder dergleichen. Antworten klingen (bzw. sind) auch belehrend bzw. „unterrichtend“, oft „von oben herab“ ... Alleine schon von (solchen) Formulierungen her. Und vor allem werden sogar noch Kritiken (mehr dazu im Folgenden) in so einem Stil – wenn überhaupt – beantwortet. Ich bekam z. B. nie (!) die Antwort auf eine – zunächst wirklich noch sehr höfliche- kritische Nachfrage bzw. Hinweise „vielen Dank für Ihren Hinweis, Verbesserungsvorschlag zu unserer Arbeit. Den werden wir prüfen, nutzen im Sinn der besseren Arbeit im Sinn der Bürger ...“. Oder vielleicht auch nur einmal – wirklich 1 Mal – irgendein selbstkritisches Wort. In über 100 Antworten las ich nicht ein Mal „stimmt, da könnten wir noch etwas besser machen“ (wenn das nie passiert kommt man ja natürlich dazu zu folgern, dass die Politiker sich für als immer im Recht fühlen- egal was Bürger dazu sagen- das ist ja aber überheblich, nicht demokratisch- und so macht ja auch eine Bitte, Beschwerde, Petition per se keinen Sinn). So wie ich es doch schon von einigen anderen, manchmal auch staatlichen, Stellen als Antwort bekam. Und dorthin schrieb ich auch nicht formell oder sonst wie anders ...

Und auch viele andere Menschen beklagen heute ja immer wieder, auch im Internet und anderen Medien, eine große Abgehobenheit der Politiker- auch alleine schon sprachlich- von uns „Normalbürgern“ (wo man auch in ganz anderen Kreisen bzw. Umwelten – bzw. mit ganz anderen Bedingungen dort- verkehrt, die für normale Bürger kaum noch kennt. Kaum ein führender Politiker muss ja im Supermarkt lange anstehen, ewig beim Arzt oder auf einen Kitaplatz warten usw.). Bzw. „Normalsterblichen“. Nach wie vor sterben ja auch in Deutschland Besserverdienende- wie z. B. auch „führende“ Politiker- über 10 Jahre, Tendenz steigend (!) später als der Rest, leben also deutlich länger und besser ... So etwas, auch nur noch Hohn und Spott für „demokratischen Gedanken“ und so viel sagend (weshalb ich dies hier auch anführe) kann man selbst in offiziellen Publikationen der Bundesregierung (bzw. der Bundeszentrale für polit. Bildung) lesen, ohne dass daraus wirklich Konsequenzen von dort oder auch der so genannten „Opposition“

gezogen werden (auch von sich aus, aber nicht einmal nach zig Kritiken unzähliger Bürger)! Sind das Demokraten? In einem „Sozialstaat“?

Auch z. B., dass einer „unserer“ Politiker einmal auf eine Gehaltserhöhung, seiner „Diäten“, verzichtet und sagt „nein, wir müssen nicht noch das noch mehr zig-Fache verdienen wie ein Durchschnittsbürger, das Geld könnte man mehr für Bedürftige einsetzen, damit z. B. auch das Anliegen einer Petition besser unterstützen“. Und nicht noch mehr abgehoben von derer Realität, Lebenswirklichkeit leben. So die vielleicht auch selbst bei gutem Willen – wobei ich daran wirklich zunehmend zweifeln muss - einfach nicht mehr verstehen können ...

Warum tut das keiner? Wohl weil es da auch einfach am Willen, Interesse – bzw. guten Charakter- fehlt! Bzw. man andere (eigene) Interessen hat oder halt nur, vor allem bestimmten Interessen folgen bzw. „dienen“ möchte, div. Lobbys, denen man auch näher ist (alleine schon vom Einkommen und dergl. her) als dem (zig Millionen fachem!) Rest.

Und auch o. g. Kommunikations/Service- Berater meinten, dass sie beim größten Bemühen nicht erkennen können, dass Politikern (u. a. in den Petitionsausschüssen) wirklich die Petition, das Anliegen eines Bürgers angemessen wichtig ist. Zumindest nicht in der Tat (selbst wenn einmal etwas freundlicher klingend geantwortet wurde- aber trotzdem genauso wenig, dann oft sogar noch weniger, wirklich etwas getan wurde!). Oder auch Verbesserungsvorschläge (auch zum Umgang damit, Petitionen) ernst genommen. Denn dann hätte man wie oben beschrieben antworten müssen, auch etwas tun.

Und nicht nur immer „auf Kontra“ gehen, sich nur rechtfertigen bzw. Bürger „belehren“, „unterrichten“, ... Woraus nahezu jede Antwort auf eine Petition zu mindestens 90% bestand. Meistens ohne wirklich überhaupt auf Anliegen einzugehen (sondern eher in Politiker- „Rhetorik“ einfach lange über etwas anderes, Ähnliches reden, schreiben, vielleicht fällt es ja nicht auf ...). Bzw. bestenfalls mit „leider ist nicht mehr möglich“, sind wir nicht zuständig ... Immer wieder „nicht zuständig“. Der Bund nicht, der meint die Länder wären das. Und



umgekehrt. Oder halt irgend Jemand Anderes ... Für Dinge, auch Politik, die man ja doch meistens selbst (!) mit zu verantworten hat.

Da kann man aber auch nur noch an den berühmten G. Stresemann denken (eigentlich, angeblich ja einer der Vorbilder u. a. des Bundestags heute)- seine Mahnung, dass mit das größte Manko in Deutschland sei, dass kaum einer Verantwortung übernehmen will, übernimmt (bzw. die eben auch hin und her geschoben wird). Daran dachte ich immer mehr, je mehr Antworten auf Petitionen dann nach und nach eintrudelten, meistens Monate oder Jahre später, das immer öfters– leiderbestätigend. Und Stresemann sprach das ja auch aus als Warnung vor der sich anbahnenden Hitler-Zeit in Deutschland damals. Und wenn weiter mit Bürgern und deren Anliegen so weiter umgegangen wird wie von deutschen Petitionsausschüssen, Parlamenten und dergleichen kann das wieder auch wirklich sehr, nicht „nur“ jegliche Demokratie gefährdend, gefährlich werden (vgl. auch Folgendes dazu)!

Zumal ja auch noch fatal ist, wenn man sich überlegt, was auch möglich wäre, wenn mehr Menschen, Verantwortliche wirklich endlich einmal Verantwortung übernehmen und im Sinne des Volkes tätig werden würden! Wie es ja auch zumindest die meisten Petitions-Schreiber tun-sie machen, sogar in ihrer Freizeit, oft lange ausgearbeitete Verbesserungsvorschläge für gesellschaftlich relevante Fragen. Das könnte – *müsste*- man ja (selbst wenn natürlich nicht jede Petition inhaltlich stimmig sein muss) eigentlich viel mehr würdigen, nutzen! Auch dadurch, dass man dann alles noch irgendwie Nutzbare daraus erforscht und weiter verfolgt. Was z. B. auch heißen würde, dass man das Schreiben von „das liegt nicht in unserer Zuständigkeit“ dann eben auch endlich einmal mehr hinterfragt bzw. ändert (wie es in vielen Fragen ja auch immer wieder zig Sozialverbände, Gewerkschaften usw. fordern, auch bessere Zuständigkeitsabstimmungen zwischen Bund, Ländern usw.). Aber die Praxis heute? Da ist dann, manchmal auch ergänzt mit „leider“, halt nicht der Landtag, sondern Bundestag zuständig (oder umgekehrt). Es ist Wahnsinn, welch großer Teil der Petitionen (wie auch in diesbezüglichen Statistiken zu lesen) so hin- und her geschoben wird. Sehr oft – bzw. fast immer- auch mit dem Ergebnis,

dass sich letztlich keiner zuständig fühlt, also wieder einmal nichts passiert! Oft zum Leidwesen unzähliger, manchmal Millionen Menschen! Oder vielleicht manchmal „nur“ weniger. Aber auch dann müsste das ja echte Demokraten angehen, wenn auch „nur“ einige Mitbürger betroffen sind! Und Verantwortung für Mitmenschen übernehmen.

Da fällt zudem auch noch ein berühmter Politiker ein- Helmut Schmidt. Klar, auch an dessen Wirken (und ggf. auch an dem von Herrn Stresemann und natürlich auch meiner Wenigkeit, nobody is perfect) kann man Vieles kritisch sehen. Und natürlich rettete nicht nur er damals, wie es fast schon Legenden beschreiben, Hamburg vor der Überflutung. Aber er tat es mit, an entscheidender Position. Aber eben auch entscheidend, *handelnd! Und Verantwortung übernehmend*- sogar über deren, seiner Grenzen hinaus ... Die ja immerhin 2. größte deutsche Stadt, bis über 1 Million Menschen konnten nur so gerettet werden (und zumindest genau so vielen, sicher noch viel mehr Menschen, könnte sicher geholfen werden wenn einige „unserer“ Politiker heute anders handeln würden)! Nicht zuletzt dadurch, dass er einige bürokratische Hürden bzw. Zuständigkeiten mehr oder weniger, nötiger weise, einfach ignorierte im Sinne der Bürger seiner Stadt (als damals Bürgermeister dort). Und unbürokratisch alle möglichen Kräfte, Stellen, Ressourcen mobilisierte und nutzte. Sonst wäre Hamburg zu großen Teilen mehr oder weniger buchstäblich abgesoffen! Und ich kann mir nicht vorstellen, dass Menschen, die sich ehrenamtlich um Mitmenschen kümmern, obwohl sie rechtlich nicht dazu verpflichtet wären (und davon gibt es im „Ehrenamts-Weltmeisterland“ Deutschland ja zig Millionen- aber leider wohl nahezu keine in Parlamenten und Petitionsausschüssen) das einfach so hinnehmen würden! Die würden irgendwann sagen „wir müssen mal etwas gegen dieses Hin- und Herschieben von Bürger-Anliegen (bzw. Verantwortlichkeiten) tun, daran grundsätzlich etwas ändern“- was ja natürlich auch möglich wäre. Oder in irgend einer anderen Form das unterstützen, weiterleiten an Menschen die das tun könnten ... Wenn sie nicht schon selbst aktiv

werden würden, auch unbürokratisch (und da zeigt das noch folgende Beispiel- auch wenn da natürlich noch viel mehr ginge- Thüringens auch, dass da natürlich etwas möglich wäre). Statt letztlich, wie zumindest ca. 90-95% (oder faktisch wohl noch mehr) aller Petitionen letztlich im Sande verlaufen zu lassen! Als im Westteil Deutschlands, Berlins Aufgewachsener hörte ich oft wie undemokratisch es doch „im Osten“, der DDR, zuing. Es wurde sich lustig gemacht über Wahl- und Parteitagsergebnisse mit immer 90% (und mehr). Aber wenn faktisch ähnliche Zahlen in Deutschland heute gelten, wenn zumindest etwa 90% aller „Bitten und Beschwerden“, Petitionen von Bürgern letztlich bestenfalls in irgendeiner Ablage von deutschen Landtagen oder dem Bundestag bzw. eines Ministeriums, von Politikern landen- was sagt uns das? Leben wir doch auch nicht in einer „demokratischen Republik“? Natürlich, sicher meint selbst der eine oder andere Bundestags-oder Landtagsabgeordnete es (ebenso wie auch der eine oder andere Politiker der ehem. DDR) ernst, möchte wirklich Gutes, Soziales, Demokratisches für Menschen erreichen (und so sollte man auch nicht aufhören, Petitionen zu schreiben- die eine oder andere kann ja vielleicht auch noch zu einem Erfolg führen). Wenn auch eher als (große oder sehr große?) Ausnahme der Regel.

Aber offensichtlich stimmt hier Einiges nicht bei „der Regel“, im System, Strukturen- die ja aber auch nicht „vom Himmel fallen“, sondern von Menschen gemacht werden (ebenso wie eben überhaupt Gesetze bzw. auch „Politik“). Und im Kleinen, z. B. auf kommunaler Ebene, gibt es ja hier auch schon alternative Ansätze. Wo kommunale Wähler/Bürger-Vereinigungen z. B. *ständig* Bürger einladen, anhören- von sich aus! - auch als selbst natürlich größte Experten für deren Anliegen (und nicht nur zum Schweigen verdammte Besucher im Land- oder Bundestag, bei Sitzungen dort), die dann auch wirklich gehört werden – und denen auch transparent Rede und Antwort, Rechenschaft, Informationen gegeben werden wird (und von deren Selbstverständnis her auch *muss*) über das, was da so Alles gemacht wird – oder auch nicht- von „der Politik“ (man ist ja bekanntlich auch verantwortlich für das, was man *nicht* tut ...). Das kann ja jeder Politiker tun, auch ohne

dass es dazu Petitionen und Ausschüssen usw. bedarf. Das ist ja nicht verboten. Gebietet eigentlich alleine schon der Anstand ... Eigentlich sollte ja selbstverständlich sein, dass man auf Anliegen von Bürgern eingeht, diese anhört (und beantwortet), auch darauf eingeht- wirklich, nicht nur mit hehren Worten ... Was dann (z. B. in Städten wie Kassel, Gelsenkirchen usw.) dazu führte, dass andere Politiker (herkömmlicher Parteien) dann an etwas sparen mussten, was für sie selbst zuvor schön war- aber nicht für die absolute Mehrheit der Bevölkerung! Damit, dem so Gespartem, konnte dann auch das eine oder andere Schwimmbad, Jugendzentrum usw. gerettet bzw. neu gebaut werden, wofür zuvor angeblich kein Geld da war ... Und das gilt ja nicht nur im Kleinen, sondern auch „Großen“ - wo ja selbst die OECD und dergleichen immer wieder darauf hinweisen (vgl. auch dazu Folgendes dazu), dass mit einer anderen Politik ein viel besseres, sozialeres Deutschland möglich wäre, auch bessere Gesetze usw.! Aber eben nur mit *anderer* Politik und Politikern in o. g. Sinn. Spätestens wenn man sich mit der Arbeit der deutschen (Parlamente und) Petitionsausschüsse beschäftigt muss man wirklich auch zu diesem Schluss kommen. Anstatt weiter darauf zu hoffen, dass ein paar – von den zig Millionen Bürgern bzw. deren Interessen viel zu abgehobene- Politiker in Parlamenten bzw. Ausschüssen recht willkürlich bzw. nach Gutdünken entscheiden, was angeblich wichtig bzw. gut für den Rest (über 80 Millionen Menschen) ist, die auch noch dankbar sein sollen, wenn sie ab und zu – aber auch letztlich völlig unverbindlich, Macht los- „erhört“ werden. In zumindest meistens völlig überheblicher, „gutherrlicher“ bzw. absolutistischer Art. Aber wenn wir in einer *wirklichen* Demokratie, also „Volks-Herrschaft“, leben wollen dürfen wir so etwas ja nicht hinnehmen – und müssen solche „absolutistischen, feudalistischen“ Strukturen bzw. Ansichten, Mechanismen, Verhalten oder auch Personen genauso abdanken (lassen), wie es z. B. bereits 1918 der Kaiser, (also quasi) „Absolutismus“ in Deutschland endgültig musste.

Ja, es hört sich gut an, wenn Politiker (grund)gesetzlich garantiert „nur ihrem Gewissen“ gegenüber rechenschaftspflichtig sind. Und nicht irgendwelchen anderen Interessen. Theoretisch. Nur hat, dient man ja

*immer* (vgl. z. B. auch Wulff dazu) dem einen oder anderen Interesse, Anschauungen – und kann Geld ja wirklich den Charakter, Gewissen versauen. Und o. g. alternative Politiker garantieren beispielsweise, dass sie nicht mehr verdienen wollen wie Normalbürger. Warum tun das nicht auch andere Politiker, im Bundestag, Landtag und Ausschüssen dort? Das verbietet nicht einmal ein Gesetz (bzw. das könnte man auch einmal so ändern). Und dass sie auch innerhalb weniger Wochen auf jedes Bürger-Begehren antworten, eingehen. Transparent. Wenn sie gegen eines dieser Versprechen verstoßen sofort zurücktreten ... Mit auch ständiger Transparenz zu ihren Tätigkeiten, Einkommen und auch wie Bürger-Anfragen beantwortet werden usw. In so „kleinen“ (?) Punkten zeigt sich ja, ob es jemand wirklich ernst meint mit der „Demokratie“! Nicht in Worten- oft nur Schall und Rauch- sondern *Taten*! Egal welcher angeblich „sozial“- oder „christlich“, „demokratischen“, „liberalen“, „alternativen“ oder was auch immer Partei man entstammt, mit vielleicht in der Tat ruhmreicher Vergangenheit (in der Tat haben ja zu früheren Zeiten z. B. sozialdemokratische Parteien bzw. Bewegungen sehr viel Soziales und Demokratisches erkämpft- aber heute?), aber „Der Ruhm ist nichts, die Tat ist Alles“ (Goethe)! Und gemessen an ihren *Taten* bekleckern sich die führenden Politiker der „großen“ (sozial?, demokratisch?, christlich?) Parteien bzw. die sonst im Bundes- und Landtag (und Petitionsausschüssen dort) vertretenen, auch in der (nur?) so genannten „Opposition“ ja wahrlich mit allem anderen als Ruhm! Kein Wunder, dass ein Papst- der auch endlich einmal von Kirchen-Oberen verlangt, dass jemand der ständig Demut, Bescheidenheit, Solidarität und dergl. predigt ja auch entsprechend selbst vorbildlich, auch bescheiden, leben sollte (und der auch sagte, dass „Kapitalismus töten kann“)- nun so bewundert wird deshalb weltweit, nicht zuletzt auch in Deutschland. Und das könnte er „unseren“ Politikern in Landtagen und im Bundestag ja wirklich Alles auf den Leib gesagt und geschrieben haben ... (allerdings ja aber auch sich selbst- viele Weggefährten von ihm beschreiben sein eigenes Leben heute bzw. früher ja auch nicht so barmherzig, wie es den Schein hat- das wäre aber ein anders Thema).

Und die Begründer der SPD würden sich wohl im Grabe umdrehen, wenn sie hören würden, wie ihr Kanzlerkandidat nun sagte, dass er noch mehr verdienen wollte ... Ebenso wie unzählige ehrliche, wirklich demokratische (und soziale, „christliche“) usw. Wähler oder Mitglieder der SPD, CDU, FDP, „Grünen“ usw. über das oft entsetzt sind, was im Namen der Sozialdemokratie, „Christlichen Demokraten“, Liberalismus bzw. „alternativer Listen“ etc. so alles gemacht bzw. nicht gemacht wird im Bundestag und in Landtagen. Auch von Petitionsausschüssen ihrer Parteien an Antworten (wenn überhaupt) gegeben wird ... Oder auch sonst „im Namen des Volkes“ (?) entschieden wird. Und Vertreter auch von Parteien, die früher Volksbewegungen (teilweise) eine Stimme gaben (z. B. auch in ökolog. Fragen) fallen denen heute oft eher in den Rücken, sind auch kaum noch wirklich „basisdemokratisch“ (im Sinn von „Demokratie von der Basis her“) usw. Wo auch von Petitionsausschüssen zig Mal auf die „Gesetzeslage“ hingewiesen wird, weshalb die Petition keinen Zweck bzw. Erfolgsaussicht hat. Aha. Und wer macht noch mal Gesetze? Ach ja, richtig, eben diese Politiker, deren Parteien ... Und was ist mit der Diskrepanz von „Recht“ und Gerechtigkeit- die ja gerade auch viele Petitionen ansprechen? Wieso werden Hinweise darauf, diesbezügliche Petitionen nicht viel mehr genutzt? Z. B. durch Weitergabe auch an die eigene Partei, Abgeordnete usw. - mit dem Auftrag gegen solche Diskrepanzen politisch (mehr) zu kämpfen? Warum wird das Recht, auch zu wichtigen Themen Experten und Sachverständige einladen zu können zu öffentlichen Diskussionen in den Parlamenten der Länder und im Bundestag nicht öfters genutzt, aber auch mit wirklichen Experten- z. B. auch Betroffenen (bzw. von deren Organisationen?). Denen auch dann ins Gesicht gesagt werden müsste, dass (leider) angeblich für irgendetwas kein Geld da ist- z. B. im Konkreten auch zur Behandlung ihrer Krankheit, Verfolgung ihrer Peiniger, Schutz ihrer Person oder Kinder oder Daten usw.? Auch nicht als „bedauerlicher Einzelfall“, sondern als einer von vielen (Hundert-) Tausenden bzw. Millionen? Z. B. bei mangelndem Schutz vor „Burn-out“ erzeugendem Stress in der „Arbeitswelt“ und auch sonst – oder auch „Mobbing“, Kinderpornografie etc. sowie zu wenig Schutz, auch

durch bessere gesetzliche Bestimmungen (wie in anderen Ländern schon problemlos möglich, durch einfach „nur“ andere Politik) usw.

Wo auch in Einzelfällen gefragt werden könnte „warum verzichten Sie, Frau oder Herr XY Politiker, nicht wenigstens auf einen Bruchteil Ihrer Bezüge, damit für mich oder einen anderen Bürger oder dessen Kind etwas ganz Nötiges, Wichtiges gemacht werden kann? Denn es geht ja meistens „nur“ ums Geld – ohne Moos nix los (auch wenn Vieles oft auch „nur“ an Bürokratie bzw. „good will“ liegt, mit mehr gutem Willen bzw. weniger bürokrat. Denken oder Handeln viel mehr möglich wäre, selbst ohne Geld!)

Wen sieht man überhaupt auch als „Experten“ für Belange von Bürgern? Warum nicht Bürger, zumal von etwas betroffene, selbst? Das ist eine Frage des Gewissens, Charakters, der Einstellung, in der Tat.

Mehr Humanisten sind nötig, gerade auch in der Politik- etwa eben in der Tradition von Menschen wie Goethe und Schiller. (auf u. a. die z. B. auch die „humanistische Psychologie“ basiert, wo auch Menschen selbst als größte Experten für sich selbst gesehen werden- und nicht irgendwelche andere „Experten“. Das könnte in einer sozusagen „humanistischen Politik“ ja ähnlich sein- mit nicht zuletzt eben auch humanistischeren Zielen wie mehr echte Demokratie, soziale Gerechtigkeit usw. für viel mehr Menschen, wo auch wie es z. B. bei Schiller heißt „alle Menschen Brüder werden“, auch mit wirklich gleichen Rechten, Chancen usw.).

Und, siehe oben, es gibt ja Millionen sehr sozial, demokratisch, humanistisch gesinnte Menschen in Deutschland. Die sich auch „nicht selbst der Nächste“ sind, sondern sehr „brüderlich“ bzw. „schwesterlich“ sich für Mitbürger einsetzen. Auch ehrenamtlich. Die sich aber noch mehr dafür einsetzen müssten, dass „die Politik“ nicht anderen Menschen, Interessen überlassen wird (mit denen man natürlich sehr „verdrossen“ sein kann, was zu „Politikverdrossenheit“ führen kann. Was ja aber eigentlich nur eine Verdrossenheit mit einer bestimmten Art von Politikern ist, was ja aber nicht die einzig mögliche Art ist. Dass man als Politiker halt nun mal so ist, sein muss ist ja auch

nur eine These, die von bestimmten Politikern bzw. Menschen die von solchen profitieren verbreitet wird im eigenen, deren Interesse!).

Und auch in der SPD, CDU, bei „Grünen“ usw. gibt es ja unzählige tolle Demokraten. Aber halt auch Strukturen, die verhindern, dass die dort nach Oben kommen. Aber auch diese Strukturen kann man ja ändern (auch wenn das so ein langer Weg sein dürfte, dass man sich wohl fragen muss, ob es nicht auch die falschen Parteien für die tollen Demokraten sind).

Aber das Gewissen zumindest der aller- meisten anderen, führenden, Politiker in „unseren“ Parlamenten ist wohl doch zumindest eher mehr dem eigenen Interesse zugeneigt (jeder sich selbst der Nächste) bzw. den ganz anderer Interessen, Lobbys als denen z. B. des Wohls von „Normalsterblichen“ (denn, wie gesagt, auch von Experten bestätigt: Wenn wirklich in deren Interessen Besseres ermöglicht werden sollte gäbe es noch viel, viel, viel mehr von den Politikern und Ausschüssen zu erreichen- und alleine mit mangelndem „Know how“ ist einfach nicht zu erklären, dass das nicht getan wird. Es muss auch am Willen- oder nicht Willen- liegen). Man möchte wohl auch mehr verdienen, länger und in besseren Verhältnissen leben usw. als die „Normalsterblichen“. Und deshalb ein politisches und gesellschaftliches System aufrecht erhalten, dass das ermöglicht auf Kosten der absoluten Mehrheit. Wo nicht gerecht verteilt wird. In einem Land, wo ja selbst die offiziellen Regierungs-Armuts-Berichte sagen, dass (immer mehr!) Arme immer ärmer und Reiche (auch Politiker) immer reicher werden, auch sich manifestierend – weshalb dann eben auch z. B. so viele Petitionen nicht zum Erfolg führen, da (nur!) in, wegen diesem System und dieser Politik für so Vieles Geld fehlt- was sonst, mit anderer Politik, natürlich da wäre ... Das bestätigt ja z. B. auch immer wieder etwa die OECD und dergleichen (und nicht „nur“ Sozialverbände, Gewerkschaften u. ä.).

In der Tat: „Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier“. (Gandhi) . Und da darf man den (zu) Gierigen einfach nicht die Macht überlassen- sonst verteilen die eben Gelder, Güter, Lebensmittel usw. (und auch Wohn-, Bildungs- usw. Möglichkeiten und – Chancen etc.) so auf, zu ihren Gunsten, dass dann



nicht mehr genug für Alle da ist- obwohl das ja gut möglich wäre. Und da müssen sich Politiker in Landtagen, dem Bundestag und deren (auch Petitions-) Ausschüssen schon fragen lassen, ob sie – vergleiche dazu auch noch Folgendes dazu – wirklich „dem Volke dienen“ (statt lieber selbst mehr verdienen bzw. anderen Interessen dienen wollen, mit dazu passender Politik), für dieses alles Mögliche erreichen wollen und nicht Interessen von Kräften, Gruppen in der Gesellschaft die auf Kosten anderer – und deren Arbeit- leben, immer mehr Gier haben auf noch mehr Profite, Kapital ... Und ob es nicht auch eine Form eigener Gier ist, wenn man sich eigene, eh schon üppige, Bezüge („Diäten“) erhöht während man dem „gemeinen Volk“ immer wieder (auch durch Petitionsausschüsse) mitteilt, dass ja leider für so Vieles kein Geld da ist ... Ja, aber warum denn? Weil einige wenige Leute, Unternehmer, „Banker“, „Finanzkapital“ usw. und Politiker zu gierig sind. Wo selbst sich „Sozialdemokraten“ nennende Bundeskanzler sich durch Zusammenarbeit mit weltweit kritisierten, äußerst wenig demokratischen, Regierungschefs wie Putin nach der Kanzler-Karriere Posten sichern bei Großunternehmen, mit noch weitaus mehr Geld daraus ...

Das Alles – und da war Herr Schröder ja nur die Spitze des Eisberges – steht ja auch im krassen Widerspruch zu anderen (auch sozialeren, demokratischeren) Demokratie- Verständnissen wie z. B. auch das von M. Gandhi „Unter Demokratie verstehe ich, daß sie dem Schwächsten die gleichen Chancen einräumt, wie dem Stärksten“. Das ist ja auch ein mehr „christlich-demokratischeres“ Verständnis davon als etwa dem was die CDU praktiziert. Und etwas ganz anderes, als die Politik der CDU, SPD und Co. in Deutschland seit Jahrzehnten praktisch erreicht, wo ja immer mehr Arme immer ärmer, Reiche gleichzeitig immer reicher werden! Und solch eine Politik darf auch einfach nicht hingenommen werden. Wo –auch dazu, da auch sehr passend, obwohl ich kein Anhänger von ihm bin- Zitat von Gandhi: „Bürgerlicher Ungehorsam ist das angeborene Recht jeden Bürgers. Gibt er es auf, hört er auf, ein Mensch zu sein“. Und das sollte man ja nicht – bzw. zu wenig Menschlichkeit, Humanistisches, Soziales, Demokratisches, auch

soziale Gerechtigkeit usw. dulden in seinem Land und auf der Welt!

Ähnlich wie es z. B. auch X. Naidoo in Liedern ausdrückt mit „Bitte hör nicht auf zu träumen (schaffen wir uns eine andere Welt)“ bzw. auch „Wut“ (darauf, dass Bedürfnissen, Träumen der Menschen von Mächtigen, auch Politikern so wenig Gehör gegeben wird - getreu etwa auch M. Jacksons „they don t care about us“).

Und theoretisch wäre so ein Mittel „Bürgerlichen Ungehorsams“ ja vielleicht auch etwas das Petitionswesen. Leider zeigt aber die Praxis, dass es das faktisch nicht ist- sondern viel mehr sogar selbst ein Ärgernis, Anlass für „Ungehorsam“ in Form auch öffentlicher Proteste dagegen. Und für nötigen bürgerl. Ungehorsam gibt es zudem eben auch noch weitaus bessere Mittel (vgl. auch dazu noch Folgendes).

Und ja, dass andere Politik (und Politiker) sich durchsetzen kann dauert. Aber auf Dauer wird es mehr bringen als zu sehr Zeit bzw. Glauben, Hoffnung zu investieren bzw. zu verschwenden in bisherige Politik, Politiker und deren – auch Petitions- Ausschüsse. Und das zeigen ja beileibe nicht nur meine Erfahrungen (wie auch noch im Folgenden zu lesen sein wird- ebenso wie dort nochmals an Erfolge anderer, alternativer demokrat. Mittel bzw. Bewegungen erinnert wird. Alle großen sozialen Erfolge, gerade auch in Deutschland, waren schließlich ja auch darauf zurück zu führen und nicht auf „Großherzigkeit“ oder sozialem Gewissen „großer“ Politiker bzw. Herrscher. Auch „Reformen von Oben“ waren ja nahezu immer Ergebnisse sozialer bzw. demokratischer Massen-Bewegungen. Ansonsten, ohne die, wurden „Bitten und Beschwerden“, „Petitionen“ der Menschen kaum erhört, auch wenn das im Nachhinein meistens anders dargestellt wurde von offizieller Seite – woran sich doch leider wenig geändert hat. Sicherlich kann durch eine Petition oder juristische Wege manchmal auch etwas- oft sogar für einige Menschen- erreicht werden, sollte man sich nicht ent-mutigen lassen. Aber eben auch nicht alleine darauf verlassen, das wäre sicherlich fatal).

Zumal ja wirklich die Politiker in ihren (vgl. dazu Folgendes) „Hohen Häusern auch kaum noch Interessen des „niederer“, „gemeinen Volkes“

vertreten, sich letztlich doch ja auch zumindest oft als etwas Besseres sehen. Auch als Nicht-Gläubiger Mensch hat man dann aber sicher auch das Recht eine vermeintlich „christlich (demokratische)“ Regierung (und auch eine vermeintlich „sozialdemokratische“) inkl. Petitionsausschüssen mit u. a. Politikern davon zu konfrontieren mit wiederum z. B. Gandhis „Wenn Gott in allem wohnt, was im Universum existiert, wenn der Gelehrte wie der Straßenkehrer von Gott sind, dann gibt es keinen, der hoch ist, und keinen, der niedrig ist, alle sind ohne Einschränkung gleich, sie sind gleich, weil sie die Geschöpfe jenes Schöpfers sind“. Oder, im humanistischen Sinn, eben „alle Menschen sind Brüder, Schwestern“. Sollten wirklich, faktisch, tatsächlich, praktisch gleiche Rechte und Möglichkeiten, Stimmen haben- und nicht nur auf dem Papier.

Und wenn dann auch z. B. Petitionsausschüssen die Meinungen, Bedürfnisse usw. der Menschen, Bürger einfach so nur mit ihrer „Gelehrten“ (?) Meinung abbügeln können (vgl. auch Folgendes dazu) wie es faktisch getan wird kann man das sicher nicht als „Demokratie“, „Herrschaft des Volkes“ bezeichnen! Wogegen dann in der Tat „Bürgerlicher Ungehorsam das angeborene Recht jeden Bürgers“ (bzw. erste Bürgerpflicht) ist. Für eine bessere Demokratie.

Anlässe dazu gibt es ja auch wahrlich genug- wie selbst auch führende Politiker der „großen Parteien“ immer wieder selbst feststellen (nahezu immer aber nur, solange sie in der Opposition sind, sobald sie an die Regierung kommen gerät das schnell in Vergessenheit). Denn nicht nur anderswo auf der Welt, sondern auch in Deutschland heute gibt es ja Unzähliges Unsoziales, Ungerechtigkeiten, Armut, Not (ja auch zunehmend für viele Millionen Menschen nicht „nur“, auch übel, sozial sondern auch materiell) - da aber unter dem irreführenden Begriff des angeblichen „Wohlfahrtsstaat“ (und Rechts- und Sozialstaat). Aber die Realität? Die sieht ja schon seit Jahrzehnten, spätestens seit dem Ende der „Wirtschaftswunder- Zeiten“, zumindest für zig Millionen Deutsche ganz anders aus. So wie es auch etwa Norbert Blüm dann bereits im Januar 1976 zum Ausdruck brachte in einem Beitrag mit dem Magazin „Konkret“: „Sechs Millionen Mitbürger leben von einem monatlichen

Nettoeinkommen, das unter den Sozialhilfesätzen liegt. Wie breit muss eigentlich Armut sein um als „verbreitetes Elend“ anerkannt zu werden?(...). Ob erste oder letzte, für das Management der Politiktaktiker spielen die Armen nur eine untergeordnete Rolle“. Und selbst auch Heiner Geißler - den ja nicht nur z. B. Willi Brandt sehr kritisch sah, auch weil er solche Aussagen nur in der Opposition traf und nicht mehr später als selbst Verantwortlicher- wies darauf hin: „Im Verhältnis zur übrigen Gesellschaft sind unsere Armen Entrechtete, und dies vor allem im Hinblick darauf, was bei einer richtigen Politik hätte erreicht werden können“ (aus Geißler, H.: „Die neue soziale Frage“, Freiburg im Breisgau, 1976). Ja, genau. Auch dass es eigentlich anders möglich wäre, nur aus div. Interessen oder Unvermögen einiger („führenden“) Menschen nicht gemacht wird, ist ja auch deprimierend. Aber dass hieran alleine Petitionen etwas, zumindest ein bisschen, Entscheidendes, ändern können ist leider in aller Regel illusionär. Nicht zuletzt weil die Petitionsausschüsse letztlich ja selbst immer wieder feststellen (vgl. auch dazu Folgendes), dass sie „die Politik“, Parlamente bzw. Regierungen nicht wirklich, zwingend beeinflussen können bzw. wollen! Wie soll sich aber so etwas grundlegend ändern können? Letztlich heißt das ja „so wie es ist bleibt, ist es halt nun mal“. Mit solchen Einstellungen kann sich eine Gesellschaft ja aber nicht entwickeln, wird Fortschritt blockiert. Das ist auch nicht Demokratie-fördernd, sondern blockierend! Das ist letztlich nichts Anderes wie früher (angeblich) „Gott gewollte“ bzw. „gegebene“ Ordnungen, wo es deshalb vermeintlich nur Könige, Kaiser, „Adlige“ bzw. die Kirche als Herrscher (und nie „Volks-Herrschaft“), nicht einmal Parlamente geben konnte angeblich (oder kein Wahlrecht z. B. für „nur“ Bürger bzw. Nicht-Adlige, geschweige denn für z. B. Arbeiter. Oder Frauen). „So wie es ist, so muss es bleiben“ - warum leben wir dann aber nicht mehr zu Zeiten von Hitler, Kaiser, im Mittelalter oder der Steinzeit? Möglichkeiten zur Weiterentwicklung gibt es also natürlich- wenn „unsere“ Politiker denn wirklich wollten, denen das und unser Wohl auch das Nächste, Wichtigste wäre ... Und nicht eher das eigene (und das anderer Interessen, Lobbys). Bedarf auch- sehr, sehr, groß sogar.

Und dieser, auch Armuts-Zahlen, haben inzwischen ja auch sicher nicht abgenommen, egal ob unter CDU-oder SPD-, FDP- oder „Grünen“ Regierungen- mit heute einem Heer von ALG-2-Beziehern, gering Verdienenden usw. sind die Armen bzw. „Entrechteten“ (was ja aber auch für fast die gesamte arbeitende Bevölkerung gilt, die mit ihrer Arbeit unsere Gesellschaft am Leben, Laufen erhält und damit natürlich alles Recht hätte mehr mit zu bestimmen, was in der Gesellschaft passiert) so sicher keine Minderheit mehr! Und das ja auch auf die Zukunft bezogen, mit nach wie vor z. B. auch nicht- Gleichberechtigung was Bildungs- und damit Zukunftschancen angeht. Umso mehr wächst auch der Bedarf, in besserer Form (vgl. auch Folgendes dazu) „Bürgerlichen Ungehorsams“.

Alles andere wäre auch gefährlich, fatal, auch das sich gefallen lassen von ungerechter, schlechter, dummer Politik- gegen die kluge, mündige Bürger wirklich auch vorgehen sollten. Denn, wie sagte zu Recht eine auch große Humanistin - und Kämpferin dafür (Marie von Ebner-Eschenbach): „Der Klügere gibt nach! Eine traurige Wahrheit, sie begründet die Weltherrschaft der Dummheit“! Und das sollte ja wirklich, auch im Interesse nachfolgender Generationen, für die wir ja auch Verantwortung tragen, auf keinen Fall hingenommen werden.

Zunächst einmal: Was ist eigentlich eine Petition, soll sie sein- deren Aufgabe und Ziel? Dazu im Folgenden Auszüge aus dem „Wikipedia“- Artikel dazu (Stand 25. 3. 2014, <http://de.wikipedia.org/wiki/Petition> ):

„Eine Petition (lateinisch *petitio* ‚Bittschrift‘, ‚Gesuch‘, ‚Eingabe‘<sup>[1]</sup>; bildungssprachlich auch Adresse) ist ein Schreiben (eine Bittschrift, ein Ersuchen, eine Beschwerde) an eine zuständige Stelle, zum Beispiel Behörde oder Volksvertretung. Dabei kann grundsätzlich unterschieden werden zwischen Ersuchen, die auf die Regelung eines allgemeinen politischen Gegenstands zielen (z. B. den Beschluss oder die Änderung eines Gesetzes durch das Parlament, die Änderung einer Verfahrensweise in einer Behörde) und Beschwerden, die um Abhilfe eines individuell erfahrenen Unrechts (z. B. eine formal zwar zulässige, aber als unverhältnismäßig empfundene Behördenentscheidung) bitten. Der Einsender einer Petition wird Petent genannt. Die Zulässigkeit von Petitionen ist ein allgemein anerkannter Bestandteil der demokratischen Grundrechte eines jeden Bürgers (...)

### *Petitionsrecht[Bearbeiten]*

---

Als Petitionsrecht wird das Recht bezeichnet, eine Eingabe an alle Stellen und Ämter zu richten, angehört zu werden und in der Folge keinerlei Benachteiligungen befürchten zu müssen.

### **Deutschland**[Bearbeiten]

#### **Bundesrecht**[Bearbeiten]

In Deutschland ist das Petitionsrecht als Grundrecht in Art. 17 Grundgesetz (GG) festgeschrieben:

„Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.“

– Art. 17 GG

(...) Der Eingabesteller hat einen Anspruch darauf, dass seine Petition entgegengenommen und beschieden wird. Ihm muss jedoch lediglich das Ergebnis mitgeteilt werden, einen Anspruch auf eine mündliche Verhandlung oder Begründung gibt das Petitionsrecht nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nicht (...)

### **Landesrecht[Bearbeiten]**

Auch die jeweiligen Landesverfassungen räumen das Petitionsrecht des Bürgers ein, so z. B. in Art. 115 der Bayerischen Verfassung. Eingaben an ein Landesparlament werden entweder vom Petitionsausschuss dieser Volksvertretung oder von dem fachlich zuständigen Ausschuss behandelt (...)

### *Wirkungen[Bearbeiten]*

---

Die politische Umsetzung eines Petitionsinhaltes ist in den meisten Ländern gesetzlich mit der Unverbindlichkeit vorbehalten. Die Behandlung des Inhaltes hängt von einer kleinen Anzahl von Ausschussmitgliedern ab gegenüber oft Tausenden von Befürwortern. Die weitere Behandlung als ein Thema im Parlament ist ebenfalls nicht bindend (...).

*Ja, das ist auch ein Kern des Ganzen, auch grundlegender Kritik daran!*

In der Tat: Was für ein „tolles“ Recht. *Wenn man letztlich kein verbindliches Recht hat!* Wenn in der Tat eine kleine Zahl von Leuten über Anliegen von oft einem Tausend fachen (bzw. Millionenfachem an

Betroffenen) an Bürger-Interessen nach Gutdünken, damit – ob gewollt oder nicht- willkürlich, zumindest eben völlig unverbindlich, entscheiden kann- zumal ohne (s. oben) irgendeinen Anspruch der großen Mehrheit, dass die Entscheidung begründet und das überhaupt tatsächlich irgendwie wirklich weiter verfolgt wird!

„Recht“ ohne Macht (und Verbindlichkeit) ist ja aber faktisch *Nichts*.

Man darf um etwas betteln, wird nicht vom Hof verjagt. Toll, oder? Aber ist das Recht zu Betteln das, was man unter einem demokratischen Bürger-Recht versteht? Zumal wenn die Politiker in ihren Ausschüssen ja auch 100% ig alleine entscheiden können, ob das erhört wird?!

Und natürlich darf man jeden auch König, Kaiser, auch Tyrann um etwas anbetteln. Ist das ein demokratisches Recht- wenn der (oder ein Landtag, Bundestag, Petitionsausschuss aber letztlich absolut nichts „abhelfen“ muss)?

Und schaut man sich dann noch Statistiken an wie viele Petitionen „positiv entschieden“ werden- zumindest in vielen Ländern nur knapp, *wenn überhaupt*, auch ohne dass letztlich am Ende wirklich dadurch etwas geändert wird, 5-10 %- fragt man sich zudem schon, ob das Ganze nicht wirklich eine Farce ist. Ein Deckmäntelchen für eine „Demokratie“ die diesen Namen nur sehr bedingt wirklich verdient. Das erinnert schon etwas auch grundsätzlich an Grundfragen der Demokratie in Deutschland heute, die ich einmal von einem Bürger der ehemaligen DDR hörte: „Hätte ich in der DDR öffentlich gesagt, was ich von Honecker halte wäre ich wohl im Gefängnis gelandet. In der Bundesrepublik darf ich Kritik über Politiker öffentlich äußern. Bringen tut s aber ja auch nichts.

Und wenn ich meinem ausbeuterischen Chef die Meinung sage bin ich auf der Straße“. Fürwahr ... Was bringen „Rechte“, die letztlich keine sind bzw. kaum etwas bringen wie „Meinungsfreiheit“ (oder die zu Petitionen)- wenn in der Gesellschaft letztlich ganz andere Leute, Lobbys das Sagen haben, mit auch vielen durchsetzbaren Rechten bzw. Rechten, dass ihre privilegierte Stellung, Privat- bzw. Großbesitz, Macht



(und nur mit Macht, auch Recht durchzusetzen, bringt Recht ja auch etwas) unantastbar ist? Wenn der Chef von Daimler, Audi, Siemens, der Deutschen Bank usw. etwas sagt, wünscht, fordert, erbittet von „der Politik“ hat das ja sicher durch unzählige Kanäle, Lobby in der Politik mehr Einfluss als wenn ein Angestellter oder Arbeiter dort das tut bzw. eine Petition schreibt ... Oder selbst wenn zig Millionen „Normalsterbliche“ das tun. In einer „bürgerlichen Demokratie“, wo ja – wie es sinngemäß in einem bekannten Sprichwort auch heißt- alle gleiche Rechte haben (z. B. ein Bettler und „Edelmann“ genauso hungern oder unter Brücken schlafen dürfen). Wo nur wenige Leute bzw. Gruppen faktisch auch Macht haben, auch um (nur) formell teilweise gleiche Rechte bzw. Möglichkeiten umzusetzen (zumal Recht haben und Recht durchsetzen ja sehr oft zweierlei sind- ebenso wie Recht und Gerechtigkeit, Ethik, Anstand, Moral ... Sich nur reichere Menschen bessere bzw. überhaupt Anwälte leisten können usw.). . Während faktisch demokratische Rechte bzw. Macht im Staat für die absolute Mehrzahl der Bevölkerung, zig Millionen Menschen, größtenteils nur auf dem Papier besteht (wenn überhaupt)? Wogegen sich ja weltweit zunehmend Proteste formieren, gegen Gebaren bzw. Politik primär, zunehmend (nur) im Interesse des „Finanzkapitals“, großer Banken und Konzerne usw. Wo ja auch immer mehr kritisiert wird, dass diese auch immer unverblümter (außer eh schon in subtileren Formen) Einfluss auf „bürgerliche Freiheiten“ nehmen. Wenn ein diese kritisierender Medien-Bericht halt quittiert wird mit zumindest Androhung, dass dort keine Werbung mehr geschaltet wird- was ruinieren kann. In politischen und Unternehmensausschüssen sitzen oft gleiche Personen, in Räten der „Öffentlich Rechtlichen“ auch Politiker, die Verquickung Wirtschaft/Politik ist ja hinlänglich bekannt (mit viel effektiveren Mitteln und Kanälen als Bürger das haben, geschweige denn sonst politische Mitbestimmung). Schon Schul- und Hochschulbücher werden ebenso, auch durch „Drittmittel“ und dergleichen, durch solche Kräfte beeinflusst bzw. bestimmt– so dass „Meinungsfreiheit“ ja auch nur noch äußerst begrenzt stattfindet. So ist wohl auch kein Wunder, wenn wir dann von Klein auf lernen, in

Schulbüchern usw. lesen, in welchem „toller“ Demokratie (inkl. so „toller“ Mittel wie z. B. Petitionen) wir angeblich leben- dass diese Demokratie vor allem o. g. Kräften, Gruppen nützt und den „Normalbürgern“ ziemlich wenig liest man da „komischerweise“ nicht (und auch nicht, dass durch andere demokratische Mittel bzw. Bewegungen viel mehr erreicht wurde als etwa mit parlament. Hilfe oder mit Petitionen- vgl. Weitergehend z. B. Kühnl dazu- und es in anderen Ländern weitaus mehr demokratische Rechte gibt. Auch z. B. *politisches* Demonstrationsrecht und auch mehr Mitbestimmungsrechte in Betrieben usw. Denn ohne Mitbestimmung, Macht sowohl in politischen als auch wirtschaftlichen Fragen- die ja meistens untrennbar miteinander verbunden sind- ist das ja „Mitbestimmung“ ohne wirkliche Macht). Und dann wird auch noch groß propagiert, dass man ja in so einem tollen Rechtsstaat, Demokratie lebt- mit beispielsweise so „großartigen“ demokratischen Rechten wie möglichen Petitionen. Also ein Bürgerrecht, dass man angehört werden muss und sich gegen Entscheidungen der „Obrigkeit“ wehren, beschweren kann. Aber in der Praxis sieht das ja doch wie gesagt anders aus bei Petitionen und auch anderen „Rechtsmitteln“ (Weiteres dazu und überhaupt einem Rechtssystem in u. a. Deutschland, das eher Ungerechtigkeit, Ungleichheit schafft bzw. manifestiert als Recht, Gerechtigkeit ist z. B. bei Wesel zu lesen, seinen „Aufklärungen über Recht“. Wo er auch darstellt, dass „Recht“ ja nie etwas Neutrales ist und immer bestimmten Interessen dient. Und gerade auch in Deutschland meistens nicht den besten für das Volk ...).

Ja, man hat oft gleiche Rechte. Aber halt so wie 2 Rennfahrer in einem Rennen, von denen einer sich einen „Käfer“ und der andere einen Porsche leisten kann. In einer ja nicht nur z. B. im Gesundheitsbereich zunehmenden „Klassengesellschaft“!

Ja, wir leben in einer „bürgerlichen Demokratie“. Basierend etwa auf Revolutionen in Frankreich 1789. Oder dem, was nach dem Sturz des Kaisers 1918 in Deutschland passierte. Nur gab es sowohl 1789 als auch 1918 ja auch noch weitergehende Vorstellungen, mit mehr – bzw.

überhaupt- Demokratie, „Herrschaft des Volkes“. Deren –sehr viele- Anhänger bzw. Führer von Massenbewegungen aber beispielsweise wie Rosa Luxemburg von Feinden der Demokratie ermordet wurden bzw. auch schon 1789 auf dem Schafott landeten ... Natürlich kann bzw. muss man auch solche Vorstellungen kritisch sehen, bin ich natürlich auch alles andere als Anhänger z. B. von Honecker und dergleichen. Allerdings hätte sich Rosa Luxemburg – mit ihrem auch „Freiheit ist immer die Andersdenkender“ sicher auch noch im Grab umgedreht, wenn sie gehört hätte, was da in der späteren DDR als „Sozialismus“ verkauft wurde. Und wenn nun schon der Papst sagt, dass „Kapitalismus tötet“ sollte man ja nicht verschweigen, dass der Kapitalismus bzw. (nur!) so genannte „Soziale Marktwirtschaft“beileibe nicht der Weisheit letzter Schluss ist, man sich auch grundsätzlichere Gedanken zu auch grundsätzlich anderen, besseren demokrat. Mitteln/Systemen machen muss, wenn der Kapitalismus ja weltweit zu enormer Armut, Not, Hunger usw. führt. Auch nicht nur in fernen Ländern, sondern auch in Deutschland (und dagegen haben, konnten Petitionen bisher ja herzlich wenig ändern). Ja, z. B. der Sozialismus in der DDR- oder UdSSR-Version ist gescheitert. Aber war das überhaupt Sozialismus? Davon gibt es ja noch ganz andere Vorstellungen- z. B. auch von Sozialisten, die in der DDR bekämpft wurden! Jedenfalls ist ja keinesfalls richtig, dass mit dem Ende der DDR alles Kapitalismus- bzw. „Soziale Marktwirtschaft“-kritische, wirklich Alternative, einfach für „erledigt“ erklärt wurde. Und nur noch Kritik-Möglichkeiten innerhalb dieses Systems, z. B. auch mittels Petitionen, für positiv erklärt. Da gäbe es ja noch viele grundsätzlichere Alternativen- bzw. sollten überlegt werden.

Davon ist in Hochglanzbroschüren/auf Websites zur „politischen Bildung“ bzw. von Landtagen bzw. deren Ausschüssen usw. wenig zu lesen- und auch in Tätigkeitsberichten der Petitionsausschüsse bzw. Beratungen dazu wird immer nur betont welch wichtiges demokrat. bzw. Bürgerbeteiligungs- Mittel das angeblich sei, auch Beleg dafür wie toll „unsere“ Demokratie in Deutschland doch sei. So, so ... Da liest man dann auch noch, wie dieses Recht sich „toll“ entwickelt hat. Nicht mehr nur wie früher eben quasi ein Betteln bei König, Kaiser oder

dergleichen- sondern nun eben das Recht darauf, dass man „erhört“ wird ... Außer, dass das letztlich ja aber genauso behandelt werden kann wie früher von König, Kaiser usw. (wenns nicht passt wird es halt einfach nicht weiter behandelt) ist ja auch schon etwas merkwürdig- wenn quasi gerühmt wird, dass Bürger sich beschweren, bitten (betteln?) dürfen oder ihre Meinungen einbringen- *sollte das in einer Demokratie, die diesen Namen verdient, nicht absolut selbstverständlich sein und das Volk (selbst) ja eigentlich viel mehr – bzw. überhaupt- an der Macht sein?* Wie wenig es das in Deutschland ist wäre ein anderes, weiterführendes Thema und würde den Rahmen hier bei Weitem sprengen. Dass das immer mehr Menschen so sehen, sich ärgern wie fast nur noch über ihre Köpfe und Interessen, Meinungen hinweg Politik gemacht bzw. (nur vermeintlich) „im Namen des Volkes“ (?) „Recht gesprochen“ wird und Gesetze gemacht zeigen ja aber auch (s. oben) immer mehr Proteste immer mehr Menschen, wie auch z. B. gegen „Stuttgart 21“ und dergleichen (vgl. auch noch Folgendes dazu). Oder dass ja die meisten Menschen kaum noch wissen, wen sie wählen sollen- da es auch kaum noch Unterschiede gibt bei den „großen“ Parteien.

Und das Beispiel „Petitionsrecht“ in Deutschland reiht sich da eben nur ein in noch viele andere mögliche Beispiele hierfür. Und eben auch als ein weiteres unrühmliches: Nicht nur nach meinen Erfahrungen sind Überschriften zu Tätigkeitsberichten, Broschüren dazu wie „Bitten und Beschwerden Der Petitionsausschuss im Dienste des Bürgers“ wirklich zumindest zu sehr großen Teilen faktisch Hohn und Spott, wenn man dann praktisch Erfahrungen macht mit diesem „Dienst“ für Bürger (bzw. man fragt sich, welches „Bürger-Bild“ dem zugrunde liegt- „Bürger“ z. B. eben nur im Sinn „Vertreter des Großbürgertums“, solche Bürger als Abgrenzung zu Adligen und Königen- oder „Bürger“ als jeder Mensch im Staate- auch das seit der franz. Revolution 1789 ja eine „Gretchenfrage“ zur Beurteilung von „Demokratien“ ... Wo viele Revolutionäre ja auch nicht nur eine Demokratie faktisch für reichere Bürger haben wollten, sondern für *jeden* Menschen- was aber eben auch zumindest ähnliche Besitzverhältnisse erfordert, sonst gibt es ja faktisch keine Gleichheit). Und dann dort Statistiken liest, wie dieser „erfüllt“

wird. Sind zumindest Tausende solcher „Bitten und Beschwerden“, Anliegen und Beschwerden so vieler Bürger Deutschlands in der Tat wirklich so wenig wert, dass von 100 % nur etwa 5-10 % oder weniger „positiv beschieden“ werden können? Wobei „positiv beschieden“ ja i. d. R. auch wieder nur heißt, dass man es z. B. (vom Petitionsausschuss) weiter an irgendwelche parlamentarische Gremien, Leute gibt- denen dann i. d. R. auch wieder frei gestellt ist, ihrem „Gewissen“ (statt wirklich- kontrollierbar- Interessen der Bürger, Wähler) ob bzw. was die daraus machen (oder auch- viel öfters- nicht, *Nichts*. Außer es vielleicht in irgendeiner Ablage abzuheften. Hauptsache „erledigt“, Statistik erfüllt?). Wiederum i. d. R. gänzlich unkontrollierbar, kaum oder gar nicht transparent. Und über Statistiken, Tätigkeitsberichten prangert dann oft groß die „100%“ (erledigter Petitionen). Gut aussehend. Klingt auch gut, oder? 100 %. Da wird doch was getan, oder? Aber „erledigt“ - tja. Natürlich kann man auch etwas positiv „erledigen“. Die meisten Menschen verbinden das sicher auch mit diesem Begriff. Aber das muss dann ja noch lange nicht für „unsere“ Politiker, deren Weltbild, Sprachgebrauch usw. (und Ausschuss) gelten ... Man kann sich aber natürlich auch nervender Mücken „entledigen“. Und alleine schon der Ton in vielen Antworten auf Petitionen klingt überheblich und eher als ob die Politiker in den Petitions-Ausschüssen auch genervt sind von „noch einer“ Petition, die deren Dasein wohl ähnlich „stört“ wie eine nervende Fliege ...

Wo auch Bürger-Bitten, Anliegen, Beschwerden einfach „weggewischt“ werden nach Gutdünken – selbst wenn sehr viele Menschen das unterstützen. „Gemeinsam ist man stark“ - ja, in der Regel schon. Aber bei Petitionen ja doch letztlich auch nicht. Selbst wenn über 80 Millionen Menschen, alle Bürger die unterstützen würden, könnte das wie hier auch ausgeführt, einfach völlig ignoriert werden (im krassen Gegensatz eben dazu, wenn Massen-Bewegungen, -Proteste sich organisieren. Dann gilt in der Tat „you can blow out a candle- but you can ´t blow out a fire“, wie es in einem Lied, „Biko“, von Peter Gabriel heißt. Über den Anti-Apartheid- Kämpfer Steve Biko, dessen selbst Ermordung den Kampf gegen Apartheid nicht aufhalten konnte, sondern

erst recht entfachte- mit zunehmenden Massen-Bewegungen in Südafrika und weltweit. Was keine Petition hätte erreichen können. Und große, soziale und demokratische Errungenschaften wurden ja nahezu nie- wie z. B. in Schulbüchern zu lesen, wohl wie angedeutet aus nicht zufälligen Gründen, dank der Einsicht und Güte von Regierenden bzw. Herrschenden, Parlamentariern erreicht. Sondern nur, meistens gegen diese (!), dank solcher großen sozialen Bewegungen- die diese Errungenschaften bzw. Fortschritte einforderten. Mit natürlich auch in Deutschland großen Erfolgen, die es auch zu würdigen und -auch nötiger weise, gegen Politiker bzw. Konzerne, die diese beschneiden wollen- verteidigen gilt. Wie z. B. Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall. Aber so etwas wurde ja so gut wie nie mit Petitionen oder Hilfe „der Politik“ (Politikern in Parlamenten) erreicht, sondern zumindest eher trotz, gegen diese! Ebenso wie z. B. demokratischere Meinungsbildungs- und Informationsmöglichkeiten wie etwa das Internet mit vielen auch demokratischen Foren, Netzwerken dort).

In der „Dienstleistungswüste“ Deutschland ist man zudem ja schon viel (Schlechtes) gewöhnt. Wo Kritiken an Produkten, Service usw. oft auch- wenn überhaupt- unverschämt beantwortet werden. Auch das natürlich nicht o. k. Aber von Seiten von „Volksvertretern“ einfach absolut nicht akzeptabel. Der „Kunde ist König“ sollte hier ja (demokratisch) heißen „der Bürger ist König“- und dessen Meinung. Und nicht Antworten „von oben herab“ von *Staatsdienern*, Bediensteten, von *unseren Steuergeldern bezahlt!* Bzw. auf unsere Kosten, von unserer Arbeit, Geld lebend ...

Natürlich sollte man diese aber auch respektvoll behandeln. Ebenso wie grundsätzlich auch Politiker. Nur muss man sich Respekt ja auch etwas verdienen. Und das fällt bei vielen Politikern, deren Verhalten (auch in Pet.ausschüssen) und Antworten auf Bürger-Begehren doch zunehmend schwerer. Natürlich auch nicht nur bezüglich Petitionen. Wie wurden ja z. B. unzählige deutsche AKW-Gegner Jahrzehnte lang diffamiert (von Politikern fast aller „großen“ Parteien). Von Vielen weiß ich, dass sie dagegen auch nicht gleich demonstrierten, auf die Straße gingen.

Sondern es auch erst einmal mit Petitionen oder dergl. versuchten (mit ähnlichen Erfahrungen wie ich damit – auch oft mit Hinweis auf bestehende Gesetze, nach denen Petitionen nicht erfüllt werden konnten angeblich). Dann auch trotz Tschernobyl und dergleichen. Dann aber der „Super-Gau“ in Japan. Mit weltweiten Massen-Protesten. Plötzlich, was juckt „unsere“ Politiker schon ihr Gerede von gestern, waren „natürlich“ alle Politiker schon immer mehr oder weniger verkappte AKW-Gegner, konnten auch schnell Gesetze geändert werden (dass sich praktisch etwas ändert ist aber ja auch kaum noch in Sicht ...). Warum aber erst dann? Warum wurde früher unwahr behauptet, dass man nicht anders konnte? Wie gesagt, ich bin eigentlich ein sehr respektvoller Mensch. Nur, bei allem Respekt – bei so etwas, wirklich auch oft widerlicher Heuchlerei kann man ja wirklich kaum noch so viel essen wie man „sich übergeben“ müsste ... Geschweige denn großen Respekt zollen.

Und es gibt halt auch eine mächtige „Atomindustrie“ oder z. B. auch Pharmaindustrie usw. Deshalb werden halt viel bessere, alternativere, natürlichere und meistens sogar günstigere Energiearten, Medikamente usw. nicht genutzt zum Wohl von u. a. über 80 Millionen Menschen in Deutschland ... Oder steigen zum Profit einiger weniger Menschen Miet-, Lebensmittel, Energiepreise usw. so hoch, dass zig Millionen Menschen zunehmend verarmen bzw. kränker oder unzufriedener werden. In unserer „tollen“ Demokratie. Mit so „tollen“ und effektiven (?) Mitteln wie z. B. Petitionen?

Zumal, by the way, man ja über Verbesserungsvorschläge (auch z. B. in Form von, mit Petitionen) doch auch dankbar sein könnte- so wie z. B. auch für Firmen „meckernde Kunden“, deren Meinungen mithin die wichtigsten sind und großes Potenzial für mögliche Verbesserungen sind! Als „Volksvertreter“. Das wären ja auch teilweise kostenlose Meinungsforschungsmittel. *Hätte* man wirklich das Interesse das Beste für die Menschheit, Menschen, das Volk erreichen zu wollen ... *Wenn* einen diese Meinungen, Anliegen, Bedürfnisse wirklich so wichtig wären!

Viele Unternehmen fragen ja auch schon aktiv nach „Kunden-Meinungen“ zur Qualitäts-Verbesserung- warum tun das Petitions-Ausschüsse, Politiker nicht auch (bzw. warum wird damit dann z. B. in Formen von Petitionen so umgegangen?). Warum ist auch in keiner Statistik von diesen zu finden, wie viele Petenten zufrieden waren mit der Beantwortung ihrer Petition? Anscheinend interessiert das kaum, bzw. soll lieber nicht erfragt oder veröffentlicht werden (das könnte ja sehr peinlich werden)- auch damit mögliche Qualitätsverbesserung- oder man hat zumindest Bedenken, solche „Zufriedenheits“ – bzw. Nicht-Zufriedenheits- Statistiken zu veröffentlichen, sich der öffentlichen Diskussion zu stellen! Was man aber ja eigentlich muss als Verantwortlicher in einer Demokratie, Volks-Herrschaft- wo man also auch dem Volk gegenüber Rechenschaft ablegen muss!

Und auch ich schreibe dazu, um solche Diskussionen mit anzuregen, auch dieses Buch (auch in meiner Freizeit geschrieben- dessen Einnahmen auch vollständig gemeinnützigen Zwecken zugute kommen, weshalb ich auch um Verständnis bitten muss, dass kein Lektor oder Bilder, auch mit besserer Qualität, finanzierbar waren hierfür) und nutzte zuletzt öffentliche Kritik-Möglichkeiten, die man nun ja dank des Internets hat. Damit sich ja vielleicht doch auch noch der eine oder andere Verantwortliche Gedanken dazu machen kann ... Und: Wo Unrecht (bzw. Un-Demokratie) Recht ist muss ja auch- frei nach B. Brecht oder, s.oben, Gandhi- Widerstand für echte Demokraten wirklich Pflicht sein, auch öffentlich zu protestieren- auch für Denkanstöße für bessere (bzw. überhaupt) demokratische Prozesse, Strukturen, Systeme, Initiativen, Politik ... Und o. g. „Beantwortungen“ von Bürger-Begehren sind moralisch, ethisch, demokratisch einfach nicht o. k., auch überheblich und oft unverschämt! Und rufen so halt auch zunehmend Unmut, Proteste hervor. Zu Recht!

Wie abgehoben "unsere" Politiker heute sind beschrieb nun z. B. ja kürzlich auch R. Willemsen in seinem letzten Buch (bzw. Interviews dazu) "das Hohe Haus". Mit Berichten über Sitzungen des Bundestags, die man dort (und ähnlich auch in Landtagen) auch selbst beobachten



kann. Wo die Politiker meistens gar nicht richtig zuhören, selbst wenn es über Themen geht die z. B. sehr – und sehr viele- Menschen, auch Kinder und deren Wohl bzw. extreme Gefährdungen dafür betreffen. Mit manchmal auch Berichten über für Betroffene sehr grausame Folgen (durch auch gelinde gesagt „suboptimale“ Politik bzw. - ja auch von Politikern gemachte, Gesetze). Es wird aber selbst während dessen von den Politikern untereinander gescherzt, Zeitung oder SMS gelesen, geschrieben usw. Besucher- Bürger, manchmal auch Betroffene - schütteln nur noch mit dem Kopf, sind entsetzt und fühlen sich, ihre Anliegen (bzw. Leiden) auch absolut nicht ernst genommen- wenn sie das sehen bzw. dort Redner, Vorträge hören, was es angeblich alles Positive gibt in Deutschland, dass ja Alles Mögliche von polit. Seite aus gemacht wird - bzw. was es angeblich nicht, auch an Handlungsbedarf gibt (z. B. an zig Gefährdungen, Missständen usw.). Aller Praxis, Realität, Erfahrung von bis zu 80 Millionen oder mehr Bürgern in Deutschland ganz offensichtlich widersprechend! Wahnsinn ... (klar, wenn Kameras dabei sind sieht das anders aus. Aber das ist ja dann auch unguete Heuchelei. R. Willemsen war für sein Buch etwa 1 Jahr im Bundestag, auch wenn keine Kameras dort waren- mit dann eben auch ganz anderem Verhalten der Politiker).

Ähnliches gilt bei der "Beantwortung" von unzähligen Petitionen an den Bundestag und Landtage, die einfach für "erledigt" erklärt werden da- (nur) aus deren Sicht- "schon genug getan würde" bzw. es "keinen Bedarf" oder „keine Möglichkeit“ gäbe nur (!) nach Ansicht der Politiker (nicht nach der der Bürger oder anderer Experten ...) . Oft ohne irgendwelchen - oder nur unsinnigen- Beleg dafür (und auch sehr oft mit dem Eindruck, dass eh kaum interessiert was man schreibt, man das auch kaum wirklich liest). Geschweige denn irgendwelcher wirklichen Argumente. Oft einfach auch nur aufgrund, frei nach T. Hobbes, der Autorität der Macht- *statt der der Wahrheit!* Kritische Wissenschaftler (bzw. deren Studien) und Millionen- fache andere Erfahrungen, oft sogar ganz offizielle Statistiken oder Gutachten die begründen bzw. beweisen, dass es natürlich Handlungsbedarf (und Möglichkeiten) gibt werden oft, einfach so, als „widerlegt“ bezeichnet

–selbst wenn diese international sehr anerkannt sind. Es in zig anderen Ländern auch schon Alternativen (auch an Gesetzen, Politik usw.) gibt mit offensichtlichen Erfolgen usw. Aber ob man sich darauf beruft oder nicht- na und? Wird halt einfach für widerlegt bzw. erledigt erklärt. Und diese (angebliche!) Widerlegung erfolgte dann auch meistens, wenn überhaupt, nur mit Berufung auf international überhaupt nicht oder nur sehr umstrittene Studien bzw. Wissenschaftler, „Experten“ usw., die mehr behaupten was Politiker bzw. Lobbys vertreten (weitergehend vgl. z. B. Bultmann, A./Schmithals, „Käufliche Wissenschaft- Experten im Dienst von Industrie und Politik“, hierzu). Selbst offizielle Gutachten, Untersuchungen, Statistiken usw. werden einfach nicht beachtet, darauf einfach nicht eingegangen, wenn man darauf hinweist- und warum nicht halt einfach auch, selbst auf Nachfrage, wieder nicht (wirklich) begründet ... Man hätte nochmals darüber gesprochen und wäre zum gleichen Ergebnis gekommen liest man dann. Ach so. Irgend etwas Weiteres, Argumente liest man wieder nicht ... Und unzählige praktische Erfahrungen von Millionen Betroffenen sprechen sowieso eine ganz andere Sprache. Beispielsweise i. V. m. Kindeswohlgefährdungen beklagten zuletzt ja immer wieder unzählige Experten, dass schon Jahrzehnte lang bekannte Missstände immer wieder schön geredet, Gefährdungen ignoriert wurden- immer wieder mit dem Argument „das gibt es nicht“ in Deutschland bzw. wäre nur ein Problem „bedauerlicher Einzelfälle“ Auch wieder zum Hohn, Leid für oft Hunderttausende, Millionen Betroffene ... Deren Leid, Realität, die Wahrheit, oft auch Petitionen und dergl. so mit Füßen getreten wird, auch völlig überheblich. Wie auch in unzähligen anderen Fragen ...

Schon alleine die Lage von Landtagen, Bundestag usw. bzw. Dienstwohnungen der Politiker (der Bundespräsident residiert ja auch sogar noch in einem Schloss, Bundeskanzler in einem der weltweit größten Regierungsgebäuden, ...) und auch finanzielle Bedingungen der Politiker sind ja meistens schon so abgehoben von denen für "Normalbürger" (wenn z. B. Bundestags-Abgeordnete sich selbst zuletzt wieder Diäten erhöhten, also Gehaltserhöhungen, deren Beträge –alleine

der Betrag der Erhöhung!- schon zig Millionen Menschen nicht einmal *insgesamt* zum Leben haben! Mit Bezügen, die zig Mal so hoch wie Löhne und Gehälter der aller-meisten „Normalbürger“ sind). Klar kann man so, faktisch in einer völlig anderen Welt lebend, nicht mehr verstehen, warum viele Anliegen (Petitionen) für so viele Bürger viel wichtiger sind, als man sich vorstellen kann (selbst wenn man das wirklich verstehen wollte ... *Wenn!*). Aber solch ein o. g. Verhalten ist es noch viel mehr, wirklich überheblich bis hin zu arrogant, ignorant, verachtend. Und zeigt auch wie viel "Wert" noch hat, was im Bundestag bzw. Landtag besprochen wird - die Entscheidungen werden ja auch letztlich nicht dort getroffen (sondern, wie z. B. auch R. Willemsen beschreibt, in – noch weniger transparenten- internen Ausschüssen und dergleichen, mit oft auch irgendwie beteiligten Hintermännern, Lobbys und dergleichen, die ganz andere Interessen haben als „Normalbürger“.). Aber auf solche Politiker und deren Hintermänner, Lobbys usw. kann man wirklich getrost verzichten und denen sollte man nicht zu lange vertrauen. Bzw. deren immer wieder Versprechungen, dass sie etwas ändern wollen ... Viele, viele Jahre und Jahrzehnte nicht erfüllt. Mit „Gültigkeit“ meistens nur bis zum Ende des Wahlkampfes ... Auch z. B. für Gesetzes-Änderungen (eine beliebte Antwort auf unzählige Petitionen, dass irgendetwas im Rahmen gültiger Gesetze passierte und deshalb nicht zu beanstanden sei ist zudem ja auch lächerlich- wenn ja auch geschaut werden könnte welche Denkanstöße für mögliche Gesetzesänderungen durch Petitionen gegeben sein könnten ... Oder es wird geschrieben, dass dazu ja schon etwas in Arbeit ist. Meistens seit vielen Jahren oder Jahrzehnten. Ach so, na dann. So kann man ja auch Probleme „erledigen“ bzw. aussitzen. Und klar, wenn ewig nichts passierte wird das nun natürlich urplötzlich geschehen. Logisch ...).

Ehrlich gesagt hätte ich fast lachen müssen- wäre es nicht so traurig- als ich z. B. die Hochglanzbroschüre des Deutschen Bundestages (herausgegeben von dessen „Referat Öffentlichkeitsarbeit“) „Der Jahresbericht des Petitionsausschusses, Ausgabe 2012“ las. Der einem auf Anfrage von dort kostenlos zugeschickt wird. Was aber auch nicht

so verwundert. Wenn man dann auf 120 Seiten unterm Strich Eigen-Werbung bzw. Eigen-Lob liest (so etwas wird, gerade auch von deutschen Politikern, denen vieler anderer Länder eigentlich doch sehr vorgeworfen als Selbst-Beweihträucherung, Propaganda, ... oder? So ist das zudem auch eine Verschwendung von Steuergeldern). Wie toll und wichtig man auch die Beteiligung der Bürger findet und wie ernst man das nimmt liest man dort zig Seiten lang (zur dem widersprechenden Realität vergleiche das zuvor Ausgeführte, auch z. B. was dazu R. Willemsen beschreibt- z. B. dass im Bundestag überhaupt keine Politik mehr gemacht wird- das geschieht hinter verborgenen Türen, mit vielen Lobby-Interessen bzw. wenn überhaupt wird noch in Talkshows etwas diskutiert bzw. sich profiliert). Wie toll der deutsche Bundestag bzw. dessen Petitionsausschuss doch ist, arbeitet liest man da. Als (auf S. 13 zu lesen) „Leuchtturm der Demokratie“(!). Und „Es erfüllt mich mit Stolz, dass unser Petitionsrecht international Vorbild für den Dialog und die demokratische Mitwirkung geworden ist“ wird dort (S. 13) sogar der Obmann der Fraktion Bündnis 90/Grünen im Ausschuss zitiert und auch andere Parteien-Vertreter lob(hudeln)en sich dort selbst. Also wenn das ein Leuchtturm und Vorbild für Demokratie ist- mon dieu! Dann ab auf die Insel! Und die gr. Basis von Bündnis 90/Grünen sieht das wohl auch kaum so ...

Zunächst auch nur mithilfe des Internets bekannte Beispiele wie das der jungen Manala sind ja zudem Tausend fach mehr solche für wahre „Leuchttürme der Demokratie“. Die sich mit 16 weiterhin für das Recht auf Bildung (für Frauen, alle Menschen) einsetzt. Trotz einem, mit viel Glück überlebtem, Kopfschuss (!) zuvor deshalb von Talibans. Mit dann auch anschl. bekannter beeindruckender Rede vor der UN, die sie dazu eingeladen hat. Wo sie sich weiterhin, wie auch sonst, engagiert und mutig für demokrat. Rechte einsetzt. Haben Sie schon einmal von so einem auch nur annähernd vergleichbarem Einsatz von einem Mitglied eines Petitionsausschusses gehört? Der, im Gegensatz dazu sich so („Leuchtturm“) bezeichnend, doch wirklich auch solche wahren Heldentaten, Helden beschämt!

Auch dafür rühmt man sich zudem dort, dass man nun sogar 4 (statt zuvor 3) Wochen Zeit hat, damit eine öffentliche Petition von „nur“ 50.000 Menschen unterstützt werden muss, damit vom Ausschuss „in aller Regel“ das Thema auf die Tagesordnung einer öffentlichen Sitzung gesetzt wird ... Dann auch im Internet verfolgbar. So, so. Nur so wenige (?). Gut, 50.000 im Vergleich zu über 80 Millionen Deutschen ist ja vielleicht gar nicht zu viel verlangt könnte man denken. Nur wird ja leider vergessen auch zu betonen, wenn man das schon so sehr als so tolle Möglichkeit anpreist, dass ja vorher der Petitionsausschuss wieder völlig willkürlich darüber entscheiden kann, ob eine Petition überhaupt dazu zugelassen wird! *Nur dann* können ja noch die 50.000 Stimmen- und so wenig ist das auch nicht- erlangt werden. Wenn der Ausschuss „nö“ sagt, einfach so nach Gutdünken und Lust, Laune bzw. vielleicht ja auch wiederum anderen Interessen reichen auch 5 oder 50, 80 Millionen Stimmen nicht ... Das kann einfach von ein paar Menschen letztlich willkürlich einfach abgebügelt werden. Ist das „Volksherrschaft“, ein Leuchtturm und Vorbild für Demokratie? Wenn auch kaum einmal überhaupt etwas öffentlich zugelassen wird ... Ich halte das eher für ein „Bermuda-Dreieck“, bei dem Demokratie Schiffbruch erleiden muss!

Warum z. B. eine Petition wie meine (und die auch vieler anderer Menschen, auch betroffenen) mit dem Ziel, dass bei Kindesmissbrauch endlich Verjährungsfristen abgeschafft werden – eine Forderung, die sicher schon alleine über 50.000 Betroffene, Betroffenenorganisationen und wohl Millionen Menschen, die das auch ungeheuerlich finden mit tragen würden- gar nicht erst öffentlich zugelassen wird ist ja schon zu fragen (Antworten darauf bekommt man aber nicht- außer höchstens dem Hinweis wiederum, dass man kein Recht auf eine Begründung hat ... super).

Ja, in der Tat- ein Kern des Problems ist, wie ja auch im o. g. Wikipedia-Artikel dazu zu lesen, dass nur ein paar wenige Leute in den Ausschüssen – die ja nicht vom Volk gewählt und kontrolliert werden können – darüber nach (willkürlichem) „Gutdünken“ entscheiden, was angeblich für Millionen Deutscher bzw. öffentliche Diskussionen

wichtig ist oder nicht (ebenso wie das letztlich ja auch nur recht wenige Politiker in den Parlamenten bezüglich Politik und Gesetzen für über 80 Millionen Deutsche tun). Ist das „Herrschaft des Volkes“ (Demokratie)? Sicher sehr, sehr bedingt- bzw. gar nicht. Zumal schon fast etwas absurd ist, wenn dann in Broschüren des Petitionsausschusses man (sich selbst) lobt, dass ja doch einige wichtige Belange von Bürgern durch Petitionen- bzw. dank des Petitionsausschusses- zur Sprache kamen. Die wären auch sehr wichtig gewesen ... Hm. Ja. Vielleicht. Nur a.) wie viele- viel, viel mehr-wichtige Petitionen „dank“ des Petitionsausschusses *nicht* zur Sprache kamen ist ja dann genauso wichtig zu betonen (das wird aber halt leider auf 120 Seiten dort nur mit kurzen Nebensätzen getan) und b.) schön, wenn man sich freut, wenn das zur Sprache kommt, was man selbst wichtig findet. Da Freiheit ja aber bekanntlich (gerade) auch die Andersdenkender ist wäre ja auch umso nötiger, dass einmal etwas mehr zur Sprache kommt- auch nicht zuletzt als öffentliche Petition zugelassen- was den Politikern in ihrem Ausschuss nicht so gefällt, was z. B. auch ihre Politiker-Arbeit kritisch beleuchtet! Davon konnte ich in dem Bericht aber nicht wirklich viel- oder überhaupt etwas- finden. Und eine *Freiheit für „Gleichdenkende“* und deren Anliegen, Ideen usw. hat ja wenig mit echter Freiheit, Demokratie zu tun, oder? Viel mehr ja eher mit absolutistischem „der Staat bin ich“ (der Herrscher- Politiker)?!

Und wenn z. B. das Fazit von R. Willemsen in Interviews zu seinem Buch ist, dass wohl das Überraschendste im Bundestag wäre, wenn wirklich mal ein Politiker dem anderen zugehört hat, auf den eingeht, sich sogar einmal von anderer Meinung überzeugen lässt (was faktisch nahezu nie geschehen würde und so für den Demokratie-Gedanken ja nur noch Hohn und Spott ist) zeigt das ja doch sehr, sehr viel. Und wenn man sich, „Seinesgleichen“, seinem „Stand“ untereinander nicht einmal mehr zuhört dann ja sicher doch, wenn einmal ein „Normalbürger“ spricht?! Ja, vielleicht wird dann einmal der einen oder anderen Petition öffentlich nachgegangen, so „Bürger-Nähe“ demonstriert PR-wirksam. Damit die ganze Welt sich im WWW davon überzeugen kann wie toll

und demokratisch doch der Bundestag angeblich ist. Das ist ja aber alles andere als die Regel und eher „Fake“, populistisch bzw. propagandistisch! Und es wird ja auch nur ab und zu „in aller Regel“ getan (also selbst dann nicht einmal mit echtem Anspruch darauf! Auch nur zu Themen, die für die Politiker passend sind, auch eher nicht für sie heikle. Wo man ausnahmsweise auch mal etwas tut ...).

Auch wenn man sich rühmt in einem Jahr 3 (!) Ortsbesuche gemacht zu haben, also vor Ort sich mal ein Bild gemacht zu haben – was ja sicher viel öfters sinnvoll und möglich wäre (z. B. ja auch in Berlin, wo man selbst zu Fuß in wenigen Minuten schon an einem Tag viel mehr erreichen könnte vom Reichstag bzw. Bundestag aus)- zeigt das wohl viel mehr, wie sehr das „Hohe Haus“ bzw. die „hohen Herrschaften“ (?) sich eigentlich vom Volk (dem der Bundestag ja schon laut Inschrift auf dem Gebäude dienen soll) entfernt hat! 3 Mal in einem Jahr- wow. Wahnsinn. Ich glaube sogar beim Papst oder Kaiser usw. konnten Bürger öfters „Audienz“ bekommen (geht der öfters „unters Volk“). Auch ohne in 4 Wochen 50.000 Unterstützer zu sammeln einmal Gehör finden usw.

Und dass, wie auch im Bericht zu lesen, z. B. Vertreter aus China und dem Irak interessiert sind an der „tollen“ Arbeit des deutschen Petitionsausschuss – hm. Ist das ein gutes Zeichen? Oder suchen die vielleicht auch mehr „Deckmäntelchen“ für eine nach Außen hin „ach so tolle“ Demokratie, die den Namen kaum so verdient? Irak und China sind ja auch leuchtende Türme der Demokratie und Menschenrechte, oder?

Und wie wurde z. B. ermittelt, ob Petitionen „im Sinne des Petenten erfolgreich waren“ (wie es dort auch suggeriert wird)?. Warum gibt es keine, auch veröffentlichte, Umfrage unter den Petenten über deren Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit? Warum sagt quasi der König, ob der Kunde zufrieden ist ... Und ist nicht der „Kunde“, Bürger König und kann selbst urteilen, beurteilen, auch kontrollieren was da „in seinem Namen“, zu seiner Zufriedenheit gemacht wird- oder auch nicht gemacht? Bürgern zu sagen, was gut für die ist bzw. mit was die

zufrieden sein sollen bzw. mit was die angeblich zufrieden sind ist ja völlig überheblich und Bürger ent-mündigend, *null* demokratisch!

Warum findet man keinerlei kritische Stimmen dazu von diesen selbst, unmittelbar, auf über 120 Seiten? Was hat zudem zu bedeuten (in der dort, auf Seite 98 zu findenden Statistik), dass immerhin 15, 16 % der Petitionen keiner parlament. Beratung wert waren nach Ansicht des Ausschusses da „nur Meinungsäußerungen, ohne Anschrift, anonym, verworren, beleidigend usw.“. Wäre mal interessant, was da der Ausschuss so, als solche/Solches sieht- und ob „Normalbürger“ das auch so sehen würden. Vielleicht waren da auch viele berechnete Kritiken dabei – in 15, 16 % (und damit mehr als den vermeintlich positiv erledigten Petitionen ...). Und ob Normalbürger es auch als Erfolg sehen würden, wenn zumindest etwa zwei Drittel der Vorgänge nicht positiv erledigt werden konnten oder, „anders ausgedrückt, die Petition im Sinne des Petenten nicht erfolgreich war“ ist ja auch sehr zweifelhaft. Wobei es faktisch sicher viel mehr als „nur“ zwei Drittel sind.

Denn es werden auch einige positive Beispiele für erfolgreiche Petitionen genannt in dem Bericht, damit geworben (man könnte aber auch sagen: *Nur* einige!). In sehr wenigen Einzelfällen. Und gleich im Vorwort ist (auf Seite 7) zu lesen, dass der Ausschuss „mehr als ein Drittel der Vorgänge“ „Eingaben positiv erledigen kann oder, anders ausgedrückt“, die Petition im Sinne des Petenten erfolgreich war. Im Jahre 2011 traf dies immerhin auf mehr als ein Drittel der Vorgänge zu“. Nun ja- oder halt auf nur etwa ein Drittel, etwa zwei Drittel ja nicht?! Und faktisch eben eher viel mehr.

Zumal es auch dort (auf Seite 7) heißt, im Vorwort der Vorsitzenden des Petitionsausschusses, „Leider sind unserer Arbeit aber manchmal auch Grenzen gesetzt, denn der Petitionsausschuss kann die Bundesregierung zwar auffordern, dem Anliegen von Petitionen zu entsprechen, zu einem positiven Handeln kann er sie jedoch nicht zwingen“. In der Tat. Aber nicht nur manchmal, sondern ja immer! Und das bedeutet faktisch ja, dass die „Macht“ des Petitionsausschuss, der Petition, des Petenten (auf „positive Erledigung“) NULL ist. Damit rühmt sich aber (s. oben) ein Land, eine „Demokratie“ und sehen sich Politiker auch noch als Vorbild



für andere Länder?! Die – auch wenn dort auch eher Lobbys, Banker und dergleichen eher die Macht, Einfluss, Lobby bzw. „Stimme“ und Gehör im Staate, Parlament haben- ja vielleicht sogar noch demokratischere Mittel haben wie etwa Volksabstimmungen, die es in Deutschland ja nahezu nicht gibt! Da braucht man ja vielleicht auch gar nicht so Petitionen. Wenn es viel bessere- bzw. überhaupt-demokratische Mittel gibt!

Selbst in dem Bericht beschreibt so Klaus Hagemann, der SPD-Obmann im Ausschuss, (auf S.12) „Solange es beim Bund keine Volksinitiativen und –begehren gibt, müssen Petitionen diese Lücke füllen“. Das tun sie ja aber, siehe oben, faktisch nicht. Können sie auch nicht- sie haben ja auch (im Gegensatz zu Volksinitiativen und –begehren in anderen Ländern) *keinerlei verbindlichen Charakter, Macht ! Die Petition: Ein nicht mal zahloser Tiger ...*(und zudem sollten deutsche Politiker sich auch mehr an Erreichtem in anderen Ländern ein Beispiel nehmen!).

Wobei nur so nebenbei gezeigt die Statistik dort auch sehr fragen lässt, was der Ausschuss als „positiv erledigt“ ansieht. Wenn dann in der Statistik dann steht, dass „6,24 % der Anliegen entsprochen wurde“. Sind 6, 24 % „mehr als ein Drittel“? Zumal auch ich schon Antworten bekam von Petitionsausschüssen, die damit endeten dass „meinem Anliegen entsprochen wurde damit“ - was aber überhaupt nicht stimmte! (auf Antworten zu kritischen Nachfragen dazu warte ich nunmehr seit Monaten bzw. Jahren- wahrscheinlich wurde das unter o. g. „Meinungsäußerungen“ abgebucht und damit „erledigt“ ... auch sehr „demokratisch“, au weia! Deshalb aber auch nun hier mein öffentlich zugänglicher Kommentar dazu ... ).

Ansonsten liest man dort von „dem Anliegen wurde nicht entsprochen“ (32,96%) oder dass der Rest nur irgendjemand zur Kenntnis weitergeleitet wurde. Mehr nicht. Bzw. „Erledigung durch Rat, Auskunft, Verweisung, Materialzusendung usw.“ mit 34,24 %. Aha: „Usw.“. Vielleicht wird ja schon die Broschüren-Zusendung damit positiv statistisch erfasst? Und „Auskunft, Verweisung, Materialzusendung“ erlebte ich auch zig Mal: Der Bundestag verwies z.

B. zu zuständigen Landtagen, die wieder den Bund(estag) zuständig wählten ... Letztlich wurde *nichts* getan. Ich bekam auch oft Auskünfte oder Material zu Fragen, die meine Anliegen gar nicht betrafen. Letztlich wurden damit meine Anliegen überhaupt nicht „erledigt“. Ebenso wie wohl zumindest bei einem großen Teil dieser 34,24 % auch nicht.

Ich lese aus so einer Statistik eigentlich eher heraus, dass nicht „den Anliegen entsprochen wurde bei „mehr als ein Drittel“ sondern eher in etwa 6 (,24) % der Fälle! Wenn überhaupt. Wobei, wie gesagt, auch diese Einschätzung eher darauf beruhen könnte was der Petitionsausschuss als „positiv erledigt“ ansieht (*und nicht* der Petent, Bürger)! Und da habe ich nach meinen o. g. Erfahrungen erhebliche Zweifel, ob das dann überhaupt 6 oder (bei den meisten Landtagen) so um die 10 % oder noch weniger sind! Vielleicht ja sogar noch viel weniger. Zumindest ist die Garantie, dass eine Petition etwas bringen kann, wirklich auch erhört werden muss im Bundestag bzw. von der Seite der Bundesregierung (bzw. Landtag, L. regierung) wie oben gesagt- faktisch selbst von der Vorsitzenden des Petitionsausschusses- ja 0, 00 %!

Und weniger „Recht“ Gehör zu finden kann man ja doch in keinem Land haben! Bei keinem Kaiser, selbst Diktator oder wem auch immer. Wofür soll da der deutsche Parlamentarismus bzw. Petitionsausschuss also bitte Vorbild sein? Es gibt ja viel mehr für Deutschland noch unendlich viel zu lernen, zumindest in Richtung Volksinitiativen und – begehren! Auch z. B. aus der deutschen Geschichte. Wo ja schon einmal in einem deutschen Land (der ehem. DDR) durch Massenproteste und vielen neuen Demokratie-Formen extrem viel erreicht werden konnte bis hin zu 1989. Aber das wurde dann ja auch mit „abgewickelt“. Kein Wunder. Mehr echte Demokratie, Volks-Herrschaft könnte der Macht der „Hohen Herren“ ja gefährlich werden (ebenso wie den Herren Honecker und Co. zuvor). Nicht nur in Ost-Berlin.

Sicherlich kann man auch darüber diskutieren, wie diese mehr echte Demokratie, Herrschaft des Volkes, am Besten zu erreichen ist. Aber wirklich eben auch mehr wirklich darüber, grundsätzlich. Und dazu

wirklich auch solche Hochglanzbroschüren und Selbst-Beweihräucherungen „unserer“ Politiker in Frage stellen, über auch Alternativen zu diesem und dem ganzen polit. System sprechen statt dieses als „Weisheit letzter Schluss“ bzw. „Bestmögliches“ zu akzeptieren. Was es ja sicherlich garantiert nicht ist. Spätestens seit meinen Erfahrungen mit den Petitionsausschüssen von 16 deutschen Ländern und dem Bundestag ist auch mir das klarer denn je zuvor ...

Und natürlich ist es auch nicht unbedingt ein gutes Zeichen für einen Staat, eine Demokratie, wenn es noch so vieler Gesetze (bzw. Petitionen, über deren gr. Zahl man sich z. B. auch in o. g. Bericht freut) bedarf:

„Je verdorbener der Staat, desto mehr Gesetze hat er.“ (Tacitus).

---

Und ja auch desto mehr unsinnige, verbesserungswürdige Gesetze, Politik, Vorschriften, Verordnungen, Bürokratie usw. (für die Deutschland ja auch berühmt-berüchtigt ist)- gegen die auch vorgegangen werden muss (statt sich darüber zu freuen, sich dafür zu rühmen, dass es in Deutschland so viele Petitionen gibt könnte man sich ja auch doch mehr fragen, was auch o. g. ungute Ursachen dafür sein könnten ... und daran mehr arbeiten! Was ja aber dann angeblich meistens nicht geht, da man ja angeblich nur im Rahmen bestehender Gesetze urteilen kann ... Super, hier beißt sich wieder einmal die Katze in den Schwanz, schließt sich der Kreis, betätigt sich das System seine ihm eigene Logik- dass das fernab von gesundem Menschenverstand bzw. Sinnhaftigkeit und Demokratie sein kann, was solls ... Wahnsinn!).

Wie viel könnte alleine schon dadurch erreicht werden, wenn es weniger Bürokratie gäbe bzw. mehr Menschlichkeit (alleine schon beim Bearbeiten von Petitionen) in Deutschland! U. a. wegen einfach auch mehr „Unbürokratie“, Menschlichkeit wie z. B. selbst schon in Nachbarländern zu sehen- wo unter anderem deshalb die glücklichsten Menschen der Welt leben (in Dänemark, zumindest nach dem 'World Happiness Report' 2013'. und auch 2012)

Also auch in einem „kapitalist.“ Land (wo es natürlich auch noch viel zu verbessern gäbe, auch nicht alle Menschen glücklich sind usw.). Wo, auch nach „PISA“-Studien, ja auch skandin. Länder weitaus besser abschneiden im Bildungssystem, Bildungspolitik bzw. Erfolge dort. .

Auch mit „nur“ weniger Bürokratie (und mehr Menschlichkeit) viel mehr für Menschen erreicht wird, zudem auch mit anderer Politik. Warum sollte das nicht auch in Deutschland möglich sein?

Warum werden hier nicht auch Schulen des Jahres (vgl. noch folgendes Beispiel dazu) mehr gefördert, deren innovative bzw. auch einfach „menschlichere“ Arbeit, Methoden mehr verbreitet durch Ministerien was kaum Geld kostet –statt dass solche Erfolge, auch Leistungen, i. d. R. trotz (!) Ministerien, Politiker, Bürokraten erreicht werden durch Initiativen von Bürgern, Lehrern, Eltern, Schülern?

Und ja, auch als nicht- Fan des Papstes („Kapitalismus kann töten“) sollte der Kapitalismus wirklich viel mehr hinterfragt werden. Aber auch innerhalb dessen ist eben schon noch viel mehr möglich- wenn auch eben wohl (leider) nicht durch Petitionen, sondern nur durch demokrat. Bewegungen und Initiativen erreicht, s.oben.

Wofür, Fortschritte, Petitionen theoretisch auch ein Mittel sein könnten. Theoretisch, wenn das auch wirklich gewollt wäre. Nur die Praxis sieht ja leider anders aus. Wo in Antworten auf Petitionen meistens nur gerechtfertigt wird, was „die Politik“ tut (bzw. nicht tut), was vorherrschende Gesetze und Bestimmungen aussagen ... Statt viel mehr, auch grundsätzlicher, diese Politik, Gesetze, Bestimmungen, Verwaltungsentscheidungen usw. mehr zu hinterfragen (was natürlich auch nicht nur Aufgabe der Mitglieder der Petitionsausschüsse ist. Aber eben auch – ebenso wie derer Landtage bzw. des Bundestags).

Und da wäre ja Vieles auch heute von Menschen, auch Politikern- die ja Politik und Gesetze machen- abänderbar, weiter entwickel bar. Wie

eben z. B. auch in Skandinavien, wo vor einigen Jahrzehnten ja auch noch Vieles anders aussah. Einige Sachen mögen auch in kleineren Ländern etwas einfacher umzusetzen sein. Andere Sachen ja aber auch in größeren, insofern gibt es hier auch keine Ausreden. Gerade auch im Land der „Dichter und Denker“ gibt es ja auch enorm viel Potenzial, Verbesserungsvorschläge usw. Das „nur“ oft nicht genutzt wird. Auch aufgrund hier besonders starker anderer Interessen, Lobbys ...

Auch i. V. m. positiven Schulprogrammen usw. (gegen Gewalt, Drogen, auch Mobbing usw./für Respekt usw.) könnte z. B. enorm viel erreicht werden. Für Menschen, auch für Steuerzahler günstiger und nachhaltiger, als Folgekosten für o. g. Probleme. Warum wird von dafür zuständigen Politikern, Ministerien, aber nicht mehr dafür getan, dass das auch überall umgesetzt wird (wie z. B. in anderen Ländern)?

Und das- dass viel weniger (wenn überhaupt) getan und geändert wird als möglich wäre hat ja nicht „nur“ zunehmende Armut, Not, Leid in unzähliger Form für insgesamt wirklich zig Millionen Menschen zur Folge (statt eigentlich möglicher Wohlstand für Alle!). Wie ja beispielsweise selbst offizielle (Regierungs-) „Armutsbereiche“ belegen (ebenso wie Studien etwa der OECD und dergl. ja auch immer wieder belegen, dass es mit anderer Politik auch ganz anders, auch sozialer und gerechter möglich wäre!). Es führt auch noch zu „Politik(er)verdrossenheit“ –für die (wenn auch Nicht-Wähler oft die größte „Partei“ sind) natürlich einzig und alleine o. g. Politiker und deren Verhalten verantwortlich sind (und nicht *zu Recht* von diesen frustrierte Bürger)- die auch noch weiter gehende Gefahren in sich bergen. Gerade auch in Deutschland leider nur allzu bekannte. Wo ja schon einmal eine zu großen Teilen versagende „Demokratie“ , mit faktisch auch zu wenig wirklicher Volks-Beteiligung daran bzw. Macht darin für das Volk, den Nährboden für (ultra-) rechte Rattenfänger bildete. Und da ist wirklich schon sehr bedenklich, wenn man sich beispielsweise den Tätigkeitsbericht (2011), die Debatte im Landtag dazu, Mecklenburg-Vorpommern durchliest (in der vom Landtag dort herausgegebenen Broschüre dazu). Mit Statistiken, die in anderen

Bundesländern nicht wirklich entscheidend anders aussehen (und eben auch zeigen, dass etwa meine Erfahrungen mit Petitionen leider alles andere die Ausnahme sind). Die dann dort – auf Seite 99- inhaltlich sehr berechtigt klingend (auch ich empfand den Umgang mit meinen Petitionen, Anregungen eines Bürgers, mehr oder weniger von den Landtagen und Bundestag, ähnlich respektlos bzw. wirklich darauf eingehend, weshalb ich das hier ja auch so scharf kritisieren muss) resümierend kommentiert werden von einem Landtags- Abgeordneten (T. Möller) der NPD mit „ Die Probleme des Volkes nehmen sie aber nicht ernst“.

Gerichtet an die anderen Politiker dort, auch als – mit einigen angeführten Beispielen zu Petitionen und unguten Umgang damit- Fazit bezüglich des Umgangs mit Petitionen, Bürger- Anliegen.

Und auch wenn mein Anliegen wäre, dass die NPD und Co. nie wieder in deutsche Parlamente kommt, so legt er eben auch zu Recht den Finger in die Wunde des, warum auch immer, zu großen Teilen Versagens des („bürgerlichen“) „Parlamentarismus“ inkl. „Petitionswesens“. Und spricht wohl dort (auf S. 97) auch zu Recht davon, dass „Die Katastrophenpolitik der Landesregierung spiegelt sich also im Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses mehr als deutlich wieder. Mit 1205 Eingaben stieg das Petitionsaufkommen gegenüber dem Jahr 2010 nochmals an, womit eine neue Stufe des Bürgerprotestes erreicht worden ist“. Ja- und das ist in anderen Bundesländern bzw. beim Bundestag ähnlich und es ist schon erstaunlich, wie positiv andere Politiker, Abgeordnete das Ansteigen sehen. Statt auch zu sehen, dass das ja auch nicht gerade ein gutes Zeichen für die Zufriedenheit mit der Politik in Deutschland sein dürfte!

Wobei die Frage von Frau J. Gerkan von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN dort (auf S. 96) ja auch mehr als berechtigt ist (direkt anschließend an das auch von ihr angesprochene: „Im letzten Jahr sind die Petitionen auf ein wahrliches Rekordniveau von 1200 Petitionen gestiegen“): „Die Frage ist: Liegt das an der Unzufriedenheit der Leute oder liegt das an der Regierungskoalition“? (mit dort protokolliertem Zwischenruf von E. Liskow, CDU: „An der Opposition“).

Vielleicht liegt es aber eben auch an der Unzufriedenheit der Leute mit der Regierungskoalition *und* der so genannten, mehr oder weniger (?), mit kaum noch merklichen wirklichen Unterschieden zur Regierung, Opposition? „Der Politik“ also?! Die auch kaum noch als wahre Demokratie („des Volkes“) empfunden wird, was sich wirklich auch ändern muss (auch damit nicht wieder mehr Deutsche den „Heilversprechen“ der Ultra-Rechten Glauben schenken, die diese – berechnete- Unzufriedenheit ja demagogisch geschickt nutzen).

Und solch ein in der Tat völlig über Anliegen, Interessen von zig Millionen Bürgern sich hinwegsetzen- was sicher auch wenig mit Demokratie (ja eben, aus dem Altgriech.: „Herrschaft des Volkes“) im Sinn der Mehrheit der Bevölkerung, des Volkes zu tun hat- lässt natürlich den Wunsch nach auch grundsätzlichen Änderungen entstehen. Zu Recht. Nicht von ungefähr gehen ja auch zig Tausende Menschen protestierend auf die Straße- beispielsweise gegen „Stuttgart 21“ sowie Prestigeprojekte und völlige Inkompetenz in Verbindung damit wie beim neuen Berliner Großflughafen, der Hamburger neuen Elbphilharmonie und dergleichen –die sich das früher nie hätten vorstellen können (mit nun auch schon „Montagsdemonstrationen“ und dergl., u. a. für mehr soziale Gerechtigkeit, auch in westlichen Städten). Bis in z. B. auch große Teile des „Mittelstands“ hinein. Und das kann man wirklich gut verstehen- auch wenn man sich z. B. mit Anliegen bzw. Petitionen an den Landtag in Baden- Württemberg bzw. dessen Petitionsausschuss wendet- mit „Antworten“ (z. B. auch an mich) auch nur im o. g. ungunstigen und überheblichen Sinn. Teilweise sogar besonders überheblich (vielleicht auch ein Grund, warum gerade dort Bürger dann Vertrauen in die Politiker verlieren bzw. sie vor dem Landtag lautstark daran erinnern, was eigentlich „Volkes Stimme“, Interesse ist). Dann kommt man wirklich zum Ergebnis, dass man sich Vertrauen in diese Politiker und deren Gremien, (auch Petitions-) Ausschüsse etc. zumindest zu sehr, sehr großen Teilen sparen kann. Ähnlich trifft das aber eben auch auf andere Landtage und den Bundestag zu. Wo leider man in der Tat halt doch auch den Eindruck erhält „eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus“. Bzw. ein Politiker dort dem anderen nicht.

Wenn man ja auch immer wieder hört, dass die nach großen Streits in Talkshows danach noch ihr Bierchen zusammen trinken gehen, ihre Meinungen (selbst in Programmen) äußerst ähnlich sind ... Jedenfalls sitzen ja in Petitionsausschüssen Vertreter auch gleicher Parteien wie die, die für Politik verantwortlich sind. Also quasi nur eine Selbst-Kontrolle (also faktisch keiner wirklichen). Zudem auch noch (siehe oben) völlig unverbindlich, nicht transparent ... Der Ausschuss ist auch extern nicht wirklich kontrollierbar (was grundsätzlich nicht gut ist, zu Zeiten einer „großen Koalition“ aber auch umso weniger, wenn es ja auch faktisch im Parlament kaum eine Kontrolle, Opposition gibt –was in der Tat auch noch mehr Opposition, Volksbewegungen außerhalb erfordert. Wie ja auch z. B. schon einmal zu früheren, 1968er, Zeiten, in einer sehr großen „Außerparlamentarischen Opposition“- wenn auch bitte in weiter entwickelter Variante auch davon) ...

Das ermöglicht so natürlich auch zumindest zu sehr großen Teilen Nicht-Kontrollierbarkeit bzw. (somit) auch mögliche Willkür. Zumindest finde ich zudem schon auch sehr bedenklich, dass z. B. einige auch meiner Petitionen in Bundesländern, Landtagen gar nicht erst zugelassen wurden, u. a. da dies „nicht die Länder beträfe“. In anderen Bundesländern wurden aber genau die gleichen zugelassen, da das natürlich auch alle Bundesländer betraf. Alleine solch eine Willkür, Beliebigkeit (auch z. B. bei Statistiken, wie viele Petitionen „positiv abgeschlossen“ wurden ohne dazu mitzuteilen was „positiv“ in dem Fall bedeuten soll) entscheiden einfach nur nach „Gutdünken“ ist doch nicht in Ordnung. Aber Möglichkeit etwas dagegen zu tun, dass sich einige Bundesländer bzw. deren Landtage, Petitionsausschüsse einfach nicht zuständig fühlen oder das nicht sein wollen –einfach so- gehen gegen Null! Das darf einfach nicht sein. Ebenso wie, dass Antworten Monate bis Jahre auf sich warten lassen. Zu teilweise sehr dringenden Themen, Anliegen! Vielleicht weil es da zu wenig personelle u. a. Ausstattungen gibt –aber das kann ja auch nicht akzeptiert werden. Es geht ja oft auch um dringende, wichtige Anliegen- mit auch hohen Kosten bei nicht anderer Lösung (auch oft für das Wohl vieler Menschen und oft auch das der Allgemeinheit, auch der Steuerzahler). Und natürlich dürfen



auch nicht einfach Petitionen vorschnell „als erledigt“ erklärt werden, obwohl sie es noch gar nicht sind (was alleine ich öfters beobachten musste), überhaupt nicht wirklich darauf eingegangen wurde! Also Missstände, mit oft grausamen Folgen für Betroffene, einfach hingenommen, belassen werden (Hauptsache Statistik erfüllend, erledigend). Und so ja auch viel Potenzial an Verbesserungsvorschlägen ungenutzt bleibt!

Was u. a. auch Frau Gerkan in o. g. Bericht anspricht, wenn sie dort (auf S. 97) berichtet: „Von den 1200 Petitionen (...) wurden lediglich sieben bzw. vier an die Regierung bzw. Fraktionen überwiesen. Das sind relativ wenig“. Ja, fürwahr. Aber „relativ“? Das sind doch *wahnsinnig* wenig! 4 oder 7 von 1200?! Von 1200 Petitionen, deren Wichtigkeit mit Worten (sind Schall und Rauch?) von allen Parteien so große Wichtigkeit zugestanden wird? Sorry, aber alleine diese Zahl zeigt doch in der TAT – und alles andere ist „Schall und Rauch“ – „Die Probleme des Volkes nehmen sie aber nicht ernst“! Was ja offensichtlich so auch nicht nur mein persönlicher Eindruck ist.

Und das muss ja auch so klar, deutlich, „radikal“ (aber nicht nur von „Radikalen“) angesprochen (und natürlich auch vor allem geändert!) werden. Und nicht kommentiert mit „das ist relativ wenig ...“ bzw. später mit „Ich denke da kann man ein bisschen mehr erreichen in Zukunft“. Bitte? Nötig ist doch viel, viel, mehr. Auch Protest dagegen!

Zumal auch z. B. sie, Frau Gerkan (auf S. 97 dort) anspricht: „ Aus unserer Sicht wäre es von Vorteil gewesen, wenn die eine oder andere Petition mehr doch an die Fraktionen oder an die Landesregierung überwiesen worden wäre, weil man dann entsprechende Gesetzesinitiativen hätte anstreben können“. Also, anders ausgedrückt, auf gut (und nicht „Politiker“- oder Bürokraten-) Deutsch: *Nur bei 4- 7 von über 1200 Petitionen (!) bestand so überhaupt theoretisch die Chance, dass man diese für entsprechende Gesetzesinitiativen hätte nutzen können, alle anderen ca. 1200 wurden schon zuvor abgeblockt* (und auch bei den lächerlich wenigen nicht schon zuvor „ausgesiebt“ 4-7 lag es dann ja völlig im „Gutdünken“ der Politiker, was damit dann

gemacht wurde oder nicht, auch wieder für Bürger nicht nachvollziehbar).

Sorry- ist das (was grundsätzlich auch in anderen Landtagen und im Bundestag zumindest nicht gänzlich anders ist) Demokratie? „Volksherrschaft“? Alleine so etwas, solch Verhalten bzw. Umgang/Nicht-Umgang als so etwas hinzustellen ist ja eher wirklich *Volksverar* ...

Ob gewollt oder nicht. Aber selbst wenn es da noch jemand gut meint von „unseren“ Politikern aber solche Zahlen so unkritisch (bzw. gar nicht kritisch) sieht zeigt das ja wirklich eine unendlich große Ferne bzw. Abgehobenheit von der Realität, zumindest derjenigen der („Normal“)Bürger ...

Wenn z. B. der Präsident des Petitionsausschusses in Mecklenburg- V. die o. g. Debatte zu dessen Tätigkeitsbericht (auf S. 101 dort) mit den Worten (und zumindest zuvor ganz klar überwiegend positivem Fazit der Arbeit des Ausschusses?!) schließt “Wir sind für die Bürger da und nicht zum Selbstzweck“ hat er natürlich völlig Recht. Bzw. seine Worte haben das. *Aber die Taten, Realität spricht doch eine völlig andere Sprache!* Auch anderswo in den Landtagen und dem Bundestag.

Und dass „der Staat“ für den Bürger da sein sollte –und nicht (nur) umgekehrt- und dass „Staatsdiener“ ja dem Staat, Bürger dienen sollten kam mir auch bei fast jeder Antwort auch zu meinen Petitionen in den Sinn. Alleine sprachlich schon oft überheblich, bürokratisch ... Aber inhaltlich eben umso mehr. Zwar nicht „die Partei hat immer Recht“ wie zu –natürlich auch zu Recht kritisierten- langen Zeiten in der ehem. DDR. Aber ist z. B. der Ausschuss bzw. „das Ministerium hat immer recht“ besser? Faktisch ja nicht- wenn z. B. unzählige Petitionen mit nur Stellungnahmen der Ministerien beantwortet werden, mit Behauptungen von denen (im o. g. Stil, mit zumindest äußerst umstrittenen Studien usw. oder auch einfach nur Meinungen)- und damit wird dann die Petition einfach abgeschlossen?! Auch das unglaublich aber leider wahr! Also was das Ministerium bzw. der Ausschuss oder Studien in dessen Sinn sagen, meinen, denken ist die Wahrheit? Nein, alleine schon von der Form her ist das so eben

einfach nur die „Autorität der Macht“ (statt die der Wahrheit bzw. der, Realität, des Volkes)- was mit „Demokratie“ bzw. Bürger-Freundlichkeit und Bürger, deren Anliegen und Sorgen, Bedürfnissen, Interessen ernst nehmen *absolut nichts zu tun hat*. Das ist eher „Absolutismus“ a la „der Staat bin ich“ (König, Kaiser- oder heute eben Minister, Ministeriums-/Ausschuss- Mitarbeiter, Politiker?).

Und das eben leider auch nicht als Ausnahme, sondern zumindest eher Regel. Nicht nur bei insgesamt über Hundert Antworten zu einigen Petitionen (von den ganzen Landtagen und dem Bundestag) an mich. Ich kann hier zwar überwiegend nur über meine persönlichen Erfahrungen sprechen- diese werden aber doch auch durch ähnliche, unzählige Kritiken am Umgang mit Petitionen ja bestätigt –zu finden auch in vielen anderen Büchern und Medien, dem Internet usw. Und ja auch die Statistiken, Zahlen und o. g. Kritiken daran sprechen Bände ...

Ich bin zwar auch kein Jurist, natürlich auch nicht –nobody is ...-perfekt. Weder ich noch irgend ein anderer Mensch, auch Petitionen-Schreibender. Natürlich hinterfragte ich mich auch selbst. Nur wenn mir auch Juristen und viele andere, auch anerkannte, Fachkräfte (zu den Inhalten meiner Petitionen) –natürlich auch nicht nur nach meiner „Facon“, ich wollte mich ja auch selbst kritisch hinterfragen-bestätigten, dass meine Petitionen durchaus sinnvoll sind und bessere Antworten verdient hätten zeigt das ja schon, dass schlechte bzw. faktisch gar keine wirkliche Beschäftigung damit zumindest auch an deren Bearbeitern liegen muss. Was auch nicht nur mir aufstößt. Auch z. B. im Tätigkeitsbericht 2012 des Petitions- Ausschuss von Mecklenburg-Vorpommern, Debatte darüber im Landtag, spricht auch (nachzulesen auf S. 87 der vom Landtag herausgegebenen Broschüre) dazu J. Beinhardt von „DIE LINKE“: „So können wir im Petitionsausschuss feststellen, dass immer mehr Petenten mit dem Abschluss ihrer Petition nicht einverstanden sind. Wir erhalten nach Abschluss der Petitionen entsprechende Schreiben (...)“. Und das gilt sicher auch nicht nur in Mecklenburg- Vorpommern. Taucht nur leider in keiner Statistik oder sonst wo auf ansonsten ...

Ich bin auch kein Fan von der „DIE LINKE“- Partei. Aber warum wird so etwas nicht auch viel mehr von anderen Politikern kritisiert?

Ich kann mir zwar vorstellen, dass einige Politiker, ggf. auch in Petitionsausschüssen, bemüht sind und Gutes erreichen wollen. Aber viele strukturelle Probleme- u. a. einige der hier benannten- lassen das, ggf. selbst bei bestem Willen, einfach nicht zu. Der Fehler steckt im System! Des ganzen Petitions-Verfahrens, Systems, aber auch eben der o. g. politischen Verhältnisse, Strukturen usw. in Deutschland.

Natürlich, klar- es gibt auch weniger sinnvolle Petitionen. Dass nicht 100% positiv beschieden, beantwortet werden können leuchtet sicher ein. Nur ja sicher nicht so viele faktisch negativ oder gar nicht, die solchen Umgang damit verdient hätten- und so wenige die (vgl. Statistiken) so wenig Beachtung bekommen hätten ... Wo oft Seiten lang geantwortet wird, was daran „falsch“ ist bzw. schon dazu getan wurde- statt (wenn dem überhaupt so ist) mehr zu schauen, was zumindest teilweise auch nützliche Gedanken, Anregungen sind- die man weiter nutzen und verfolgen könnte, auch von profess. Seite aus – von eben Politikern, die theoretisch dazu ja mehr Know- How haben müssten. Theoretisch ...

Wo mir auch immer wieder das Zitat eines der ja schlauesten Menschen der Geschichte – und unermüdlichen Kämpfers für Frieden und, auch soziale, Gerechtigkeit durch den Kopf ging:

*Es gibt keine großen Entdeckungen und Fortschritte, solange es noch ein unglückliches Kind auf Erden gibt* ( A. Einstein )

Und wie viele unglückliche Kinder und Erwachsene und Missstände gibt es ja alleine heute in Deutschland. Anstatt da aber unermüdlich an Verbesserungen zu arbeiten – natürlich auch gut durchdacht aber eben auch engagiert, unermüdlich in der *Tat* und nicht nur mit „hehren Worten“ - und diesbezügliche Anregungen aufzunehmen (natürlich nicht unkritisch aber *ernsthaft* prüfend und ALLES Mögliche daraus nutzend)- bekommt man immer wieder fast nur Antworten, was es doch schon für Fortschritte gegeben hätte ... Nicht nur Einstein würde solchen Politikern wohl –gelinde gesagt- dann irgendwann nur noch die Zunge herausstrecken ... Und auch Einstein war ja auch bitter enttäuscht von den meisten „großen“ Politikern, auch so genannten „Demokraten“, und schloss sich lieber sozialen und politischen Volks-

Bewegungen für mehr Frieden, soziale Gerechtigkeit usw. an. Und wie gesagt: Er war ja alles andere als ein dummer Mensch, kein schlechtes Vorbild ... #

Zumal die meisten Petitionen ja sicher auch von Menschen mit sehr viel Erfahrung, Wissen und Engagement geschrieben werden, auch für eine bessere Welt (wie z. B. auch auf der Plattform „change.org“ zu sehen- inklusive dort auch ersichtlichem Bedarf für wirklich auch noch unzählige Verbesserungen, nicht zuletzt auch in Deutschland). Man schreibt Petitionen i. d. R. auch in seiner –auch kostbaren- *Freizeit*, wo man sonst ja auch noch andere Dinge tun könnte. Opfert aber Zeit für Petitionen/Anregungen im Sinn der Allgemeinheit, was alleine eigentlich schon etwas mehr Anerkennung verdient hätte- statt alleine vom Ton her schon Antworten darauf wie gefühlt „Sie stören unsere Ruhe“. Allerdings ja „Ruhe“ während der *Arbeitszeit* der Ausschüsse?! Und man könnte ja auch dort sogar dankbar sein, wenn man kostenlos Vorschläge bekommt wie man seine Arbeit, Politik, besser machen könnte (auch oft von Fachkräften, Experten) im Sinn der Allgemeinheit. Eben als Politiker, dessen Aufgabe das ja eigentlich ist. Man fragt sich aber nach Antworten im o. g. Sinn, ob diese Politiker wirklich eine Arbeit, Politik im Sinn der Allgemeinheit machen wollen. Zumindest engagiert jedenfalls nicht ...

Und viele Petitionen von Fachkräften beinhalten ja sogar umfangreiche Untersuchungen, Überlegungen usw. die- würde man diese bezahlen- auch doch einigen Wert, auch finanziell, hätten.

Und immerhin habe auch z. B. ich (vgl. „über den Autor“) ja doch auch die eine oder andere, auch staatlich überprüfte (an Universitäten usw.) nachweisliche Qualifikation, Fachwissen ... Ebenso wie unzählige andere „Petenten“ auch. Also schreibe ich ja vielleicht auch nicht nur Unsinn in Petitionen.

Auch wenn es darum, „Titel“, alleine natürlich auch nicht geht, gehen darf. Manchmal merkte ich so z. B. auch deutlich, dass die Antworten alleine von Formulierungen schon (etwas) respektvoller klangen, wenn ich z. B. „Dipl.-Pädagoge, Familientherapeut“ dazu schrieb. Und nicht nur meinen Namen. Aber was soll das? Es betraf Themen, über die „nur“ Betroffene oder z. B. auch „nur“ Väter, Mütter usw. zumindest genau so viel Ahnung haben können bzw. berechnete

Anliegen (oder noch viel mehr). Schreibt man aber nicht „Dipl.-Päd.“ oder dergl. dazu bekommt man (noch) weniger respektvolle Antworten? Was soll das? Welchem Welt-, Menschen- und „Demokratie“-Verständnis entspricht denn so etwas?

So kann ich mich ja auch nicht darüber freuen, wenn ich nur deshalb mal eine Antwort in einem anderen Ton bekomme. Im Gegenteil. Es ärgert mich umso mehr, dass auch hier ja dann nicht jeder Bürger, egal ob „Akademiker oder nicht“, gleich behandelt wird! Fühlen sich die Politiker (-Akademiker) als etwas Besseres, bzw. „Ihresgleichen“? Gut oder nicht gut sollte ja der Vorschlag bzw. Charakter sein ...

Auch z. B. im Tätigkeitsbericht 2012 des Petitions- Ausschuss von Mecklenburg-Vorpommern, Debatte darüber im Landtag, sagt aber auch (nachzulesen ebenfalls auf S. 87 der vom Landtag herausgegebenen Broschüre) dazu J. Beinhardt von „DIE LINKE“, neben sonst auch allgemeinen Beteuerungen über die Wichtigkeit bzw. Erfolge (?) der Arbeit des Ausschusses- m. E. auch mit recht „rosaroter Brille“ aber (...) „sehe ich jedoch, dass die Petitionen von bestimmten Petenten nicht immer mit derselben Achtung behandelt werden wie andere (...)“. Ob das wirklich nur „in einigen sehr wenigen Fällen“ zu sehen ist, wie sie sagt- nun ja. Wie in (Anti-) Diskriminierungsberichten selbst der Bundesregierung zu lesen- oder auch in PISA-Studien usw.- entscheidet ja in kaum einem Land so sehr die (u. a. soziale) Herkunft so sehr wie in Deutschland über die Zukunft von Menschen (was ja ein Armutszeugnis ohne Ende für die deutsche „Demokratie“ ist!). . Bzw. Titel, wie z. B. auch „Doktor“ oder dergleichen- egal wie viele „von und zu“ da noch auftauchen, die ihren Dokortitel nur nicht rechtens, nicht koscher erwarben, durch auch „Abschreiben“ - wie ja selbst eine Bildungsministerin (!). Und auch meine o. g. Erfahrungen geben ja schon sehr zu denken ... Ob da eine Petition von einem „Dr.“ bzw. Juristen, Akademiker wirklich ähnlich behandelt wird wie die von anderen Bürgern (schrieb ich mein Diplom- Päd. dazu kamen auch fast immer etwas andere Antworten als sonst). Oder eine Petition, die einfach nicht so gefällt (inhaltlich). Zumindest ist solch entscheiden nach völliger Beliebigkeit, „Gutdünken“, ja (siehe oben) möglich. Und absolut nicht o. k. !

Als „Normalbürger“, Nicht-Jurist/-Politiker, lernt man ja auch kaum, wie man z. B. eine Petition schreibt. Alleine das grenzt ja faktisch schon die meisten Leute aus. Warum lernt man das z. B. nicht auch schon im schulischen Deutsch-Unterricht (und dort nur, wie man eine Bewerbung schreibt für Stellen, sich möglichst auch gut als (aus-) nutzbare nur „Humankapital“ darstellend). Wenn wirklich das Interesse der Politik wäre, dass man mündige, kritische Bürger bildet. Und man sich auch selbst mehr hinterfragen möchte ...

Politiker und Juristen haben sich ja auch zu großen Teilen künstliche („bürgerliche“) Sprachen und Strukturen, (neue) „Stände“ erschaffen (wie ja auch beispielsweise kritische Soziologen wie Habermas, Weber usw. belegten) wo sicher auch ein Absender von vornherein besser „ankommt“, der diese auch beherrscht. Statt die absolute Mehrzahl der Bevölkerung, die „nur“ ganz normal spricht und handelt...

Aber selbst unzählige „Bitten und Beschwerden“, Warnungen von anerkannten Experten, Wissenschaftlern werden von der Politik ja kaum beachtet, oft Jahrzehnte lang. Egal ob z. B. heute ja auch schon jedes etwa 3. (!) Grundschulkind an Überforderung bis zu „Burn-out“ leidet! Ebenso wie Erwachsene ... Mit natürlich fatalen Folgen.

Und dass es auch ganz anders ginge, gerade auch im Bildungsbereich, ist ja auch hinlänglich bekannt und belegt. Z. B. auch zuletzt immer wieder, in seinen Büchern bzw. Berichten dazu z. B. im ZDF, durch den ja sehr populären und anerkannten R. D. Precht (dass man sich z. B. ca. 50% des „Stoffes“ an deutschen Schulen auch recht einfach sparen könnte –und damit natürlich auch immens viel Stress für Lehrer und Schüler, Eltern- die dann auch viel mehr Zeit für Sinnvolleres und auch echte Pausen hätten). Oder auch schon seit langem von, auch international sehr anerkannten, Pädagogen und Wissenschaftlern wie z. B. auch R. H. Largo- die auch immer wieder darauf hinweisen, dass das Bildungssystem grundlegender Änderungen bedarf, auch sinnvoller und gut möglicher. Statt heute immer nur „Reförmchen“ und unsinnigen Änderungen. Zumal es ja sogar schon an vielen Schulen gute Entwicklungen gibt, meistens auf Eigen-Initiativen dort, die nur nicht genug gefördert und weiter, auch

für andere Schulen, genutzt werden von Zuständigen in Politik, Ministerien und dergl.

Es geht hier auch um eine generelle Entlastung an der Menge und ggf. Schwere der Aufgaben bzw. besserer Unterstützung dabei, auch im Alltag, auch der Arbeitswelt aber auch sonst! Und das wirklich in jedem Alter. Die Süddeutsche Zeitung vom 28. 12. 11 brachte so z. B. auf ihrer Titelseite dazu einen Artikel mit der Überschrift „Jeder zweite geht in Frührente“ und der Unterschrift „Rekord im Jahr 2010. Sozialverband VdK: Situation wird sich verschärfen“. Worauf dort auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hinweist, durch dessen Vorstandsmitglied Annelise Buntenbach- auch mit dem Hinweis „Solange die Beschäftigten kaum eine Chance haben, bis 65 zu arbeiten, ist die Rente mit 67 ein reines Rentenkürzungsprogramm“. Sie fordert „Arbeitgeber, die nicht in die Gesundheit ihrer Beschäftigten investieren, an den finanziellen Folgen der Frühverrentung zu beteiligen“. Gut so – aber warum nur beteiligen und nicht, als Verursacher, alle Kosten übernehmen? Zu Recht fordern VdK und DGB auch Abschläge für die erwerbsgeminderten Rentner wieder abzuschaffen (bei der Rentenversicherung): „Diejenigen, die so krank sind, dass sie dauerhaft nicht mehr arbeiten können, dürfen nicht auch noch mit Abschlägen bestraft werden“ sagte Buntenbach dazu. Auch das: Unbedingt! Denn die Arbeits-Umstände machten ja- natürlich auch z. B. im öffentl. Dienst- krank, depressiv- auch das ist kein „persönliches Problem“ (bzw. Versagen)! Und Ulrike Mascher, VdK- Deutschland- Präsidentin, ergänzte „Die Gefahr von Altersarmut wird wachsen“ (das wurde auch z. B. durch im Oktober 2013 veröffentlichte offizielle Statistiken auch nochmals bestätigt). Für viele Ältere sei es eine Illusion ohne oder nur mit geringen Abschlägen in Rente zu gehen. Sie sieht auch „keine Anhaltspunkte dafür, dass ein Arbeiten bis zur Regelsaltersgrenze zur Normalität wird“. Das wird natürlich zig Millionen Menschen auch weitergehend betreffen, stressen. Und Petitionen dagegen alleine als hilfreiches Mittel? Auch das leider eine Illusion...



Und sehr Vieles ist ja wiederum auch „nur“ der Politik bzw. im System begründet. Auch manchmal „nur“ im Bildungssystem heute in Deutschland, das ja auch noch besonders Praxis-fern ist. Praxis zählt in anderen Ländern, Bildungssystemen auch oft viel mehr. Ebenso wie persönl. Neigungen. Aber jeder muss ja hier fast alles fast genauso können... Zumindest Deutsch, Mathematik... Alles auf hohem Niveau. Aber im einen Beruf braucht man das oder das mehr, im anderen weniger oder nahezu gar nicht... Differenziert im Unterricht bzw. Lehrplänen, Prüfungen wird diesbezüglich aber kaum, selbst auf dem Gymnasium nicht. Da lernt der angehende Ingenieur in vielen Fächern genauso Technisches und Untechnisches wie angehende Schriftsteller, Bürokaufleute, Sozialarbeiter usw. Auch an Hochschulen wird das zu großen Teilen fortgesetzt. Und viele Azubis, die extrem schlecht z. B. in Mathematik waren (in der Schule/ Berufsschule) waren in der Praxis –wenn sie diese dann überhaupt noch erreichen konnten - oft exzellent, auch in angewandter Mathematik. Auch Einstein hatte bekanntlich eine 4 in Mathe ... Wo liegt dann das Problem? Nicht eher am Bildungs- System? Das vor allem Betrieben, Unternehmern „Allzweckwaffen“ schmieden soll und denen Kosten für spezielle Ausbildungen sparen ... Was so natürlich auch Schüler und Lehrer nervt, stresst. Außer solch politischen, strukturellen Missständen im gesamten- und Bildungs- System geht es dann ja aber noch weiter. Zuerst wird man krank gemacht, ausgebrannt- und dann? Auch das „Gesundheitssystem“ dient ja aber vorrangig bzw. fast nur dem Erhalt der „Arbeitskraft“. Und eben nicht (vollständiger) Gesundheit! Nach einem langen Arbeitsleben, im Renten- oder Pensions- Alter, ist man aber oft so ausgepowert (durch die Arbeit), dass man im wahrlich wohl verdienten (bzw. auch nötigem frühzeitigem) „Ruhestand“ erst recht Unterstützungen bräuchte. Die man aber dann- oder auch als „nur“ Mutter oder Vater- nur noch sehr begrenzt bekommt- auch z. B. Kuren, Vorsorge usw. Als ob das Leben zu Ende wäre, wenn man nichts mehr „taugt“ für Unternehmen, Firmen, „Dienstherren“ (oder wenn man „nur“ für den Erhalt der Gesellschaft sorgt als Eltern). Die Arbeitskraft quasi ausgelutscht, ausgebrannt... Als „Dank“ dafür dann weniger Leistungen erhaltend? So sehen ja auch Kinder schon, dass das Wohl von Menschen kaum zählt (sondern nur das Ausnutzen von

Fähigkeiten und Kräften). Ganz davon abgesehen, dass gerade ältere Menschen ja enorm viel auch an Wissen, Erfahrungen zu bieten hätten für die gesamte Gesellschaft... Und auch sonst wäre ja auch schon in jüngeren Jahren nötig, dass man nicht nur soweit wieder hergestellt wird gesundheitlich, dass man nur seine Arbeitskraft wieder verwerten (bzw. ausnutzen?) lassen kann. Wenn der „Mohr dann seine Schuldigkeit getan hat“ zählt man aber kaum noch etwas? Und so sich auch als Mensch natürlich nur sehr bedingt wertgeschätzt fühlt, was natürlich auch traurig („depressiv“) machen und seelisch sowie körperlich ausbrennen kann. Statt dass man eben auch Hilfe bekommt gesund zu werden und bleiben im Sinn auch der WHO, Weltgesundheitsorganisation- *Gesundheit also auch persönliche Zufriedenheit beinhaltend - auch in privaten Bereichen*. Auch schon als Kind (auch in Freizeit, freier Zeit- aber auch in Kita, Schule usw.). So auch dort kein Burn-out bekommt... Burn-out –Definitionen nur auf den beruflichen Bereich zu begrenzen, oft dann auch nur (bzw. nur für Berufstätige) mit Unterstützung dafür, ist ja auch mehr als fragwürdig! Diesbezügliche Petitionen werden aber auch ignoriert ... Und dass von Politikern (bzw. ja *von uns* gezahlten Steuergeldern!) auch mehr generell in Vorsorgeleistungen, was ja nicht nur viel Geld sondern auch Leid erspart und in gute Bildung- also natürlich auch z. B. Pädagogen und deren Wohlergehen –investiert wird- ist ja auch wirklich in unser aller Interesse

Und dazu, das muss wie gesagt auch immer wieder betont werden, müssen eben auch Umstände, Bedingungen, Politik geändert werden . So wie es z. B. auch M. Berger in einem Interview mit dem „Focus“ (vom 18.12. 2011) forderte: "Unfallschutz im Betrieb ist Pflicht. Zum Schutz vor psychischen Erkrankungen aber gibt es keine Regeln. Das muss sich ändern, fordert der Freiburger Psychiatrieprofessor Mathias Berger im Gespräch mit FOCUS. Berger forderte die Politik auf, einzugreifen. Gewerbeaufsicht und Betriebsärzte müssten die Möglichkeit haben, in Betrieben Risiken für so genanntes Burn-out abzustellen. Deutschland brauche eine Regelung, die klarstelle, dass Arbeitgebern die Fürsorgepflicht auch im Falle psychischer Belastung obliege, sagte der Leiter der Freiburger Universitätsklinik für Psychiatrie und Psychotherapie dem FOCUS. Dies sei notwendig, da

es eine rasante Zunahme von Krankheitstagen wegen psychischer Belastungen gebe. Ein wachsender Teil davon sei durch Depressionen mit dem Leitsymptom massiver Erschöpfung bedingt." Dem schließe ich mich absolut an! Natürlich auch für den öffentlichen Dienst, Lehrer –und auch Auszubildende und Schüler usw. überall. Selbst stärkste Menschen brauchen ja Unterstützung, Schutz. Leider schützen sich Politiker aber ja eher mit o. g. Alibis vor endlich nötigen (und schon lange möglichen) Änderungen, besseren Gesetzen usw. Bzw. sie schützen damit Interessen, die ihnen offensichtlich wichtiger sind.

Dass die Politik heute auch viel mehr Interessen bzw. Profiten der Industrie, großen Konzernen dient statt dem Wohl der Bevölkerung, der Erde und dagegen auch nur diesbezügliche Gegen- (Massen-) Bewegungen und nicht zu viel Vertrauen in „die Politik“ (inkl. Petitionen) helfen bzw. geholfen haben zeigt- an unzähligen Beispielen aus dem Umweltbereich z. B. auch M. Müller auf (in „Noch nicht zu spät- Die Umweltkrise und ihre Folgen“). Und das gilt ja auch in vielen anderen Bereichen, nicht zuletzt z. B. im „sozialen“.

Auch ich konnte z. B. in einem „Pflegeheim“ mit beobachten, dass Menschen absichtlich nicht beim Erhalt ihrer Selbstständigkeit geholfen werden sollte, da das ja weniger „Pflegebedarf“ und damit Profit ergibt. Solche Berichte hört man ja auch, aus zig (auch anderen) Bereichen immer wieder- das sind ja auch alles andere als große Ausnahmen. Die bekannte Berliner Altenpflegerin, die sich mit ihrem Protest gegen unmenschlichen Umgang mit Heimbewohnern an Zuständige gewandt hat bekam dort ja z. B. auch kaum Unterstützung. Letztlich half nur ein großer Solidaritätskreis und europäische Gerichte – nicht deutsche, auch nicht Politiker- dass etwas geändert wurde und sie auch wenigstens (nach Kündigung deshalb!) eine Abfindung bekam nach zuvor großem Stress und Anfeindungen! Und auch Ärzte, die in Kliniken viel zu lange arbeiten müssen usw. gefährden ja das Wohl der Patienten, was auch Widerstand erfordert. Ebenso wie z. B. viel zu schlechte Bedingungen in Schulen, Kitas, zu wenig Spielplätze, Freizeitangebote usw. (was ja auch Kinderschutzbünde und dergleichen immer wieder kritisieren, auch bezüglich Qualität und Sicherheit- fast schon die

Mehrheit deutscher Spielplätze ist z. B. laut TÜV-Berichten bestenfalls gerade noch „ausreichend“ bis mangelhaft, zumindest bezüglich kreativer Angebote! Warum wird gegen all das, trotz unzähliger Beschwerden dagegen, nichts getan?).

Warum werden auch Menschen so wenig geschützt?

Und warum wird, auch dabei, auf neue Entwicklungen kaum reagiert?

So spricht man heute –allerdings auch schon lange Zeit- z. B. von der „Pubertät“ bis zum etwa 25. Lebensjahr, aus div. Gründen (i. d. R. späterer Eintritt in den Beruf als früher, wo man teilweise ja schon mit 14 mit zumindest Ausbildungen begann). Jugendhilfe und dergleichen gibt es aber i. d. R. nur bis 18, manchmal 21. Ebenso wie „Jugendschutz“. Dann werden aber unzählige junge Menschen spätestens ab 18, also faktisch oft noch in (Spät) pubertären Jahren, für allen Mist, den es heute gibt, „frei gegeben“, hört jeglicher (Jugend-) Schutz gegen Spielhöllen, Alkohol-Flatrates, mögliche Verschuldungen usw. auf (was in jüngeren Jahren natürlich gewisse Reize hat). Dann wundert man sich über schon junge „Alkoholiker“, „Süchtige“, die angeblich auch nicht mit Geld umgehen können usw. Statt, wie in vielen anderen Ländern üblich, hier (politisch) auch bei Erwachsenen bessere Gesetze zu machen, Menschen mehr zu schützen. Was natürlich auch in Deutschland möglich wäre (laut Antworten auf Petitionen geht ja aber unsinnigerweise nur was im Rahmen schon *bestehender* Gesetze geht ...). Aber nicht zuletzt bedarf es auch Schutz von Opfern und Ermittlung, Verfolgung von Tätern –die oft auch gar nicht so schwer zu ermitteln sind. *Wenn* man wirklich will ... Natürlich sind dann auch andere Gesetze usw. möglich, auch gegen tiefer liegende Ursachen, auch o. g. Flatrates usw. (anstatt sich wieder als Politiker, auch in Petitionsausschüssen, hinter leider ja nun mal bestehenden Gesetzen, die nicht mehr ermöglichen, zu verstecken ... Nochmals: Wer macht denn Gesetze? Doch gerade die Politiker !)

. Erst wenn Medien bzw. die breite Öffentlichkeit Druck machen bei Missständen passiert etwas, geht etwas – also auf einmal doch ...

Ansonsten wird z. B. einer Drogistin, die Kinderpornograf. Photos eines Kunden aufdeckte und anzeigte von ihrem Chef gekündigt (!)... Weil sie

(!) ja für so viel Unruhe sorgte ... Klar. Also nächstes Mal lieber schweigen, kriegt doch keiner mit, leiden halt noch ein paar Kinder mehr? Mon Dieu ... Sie bekam anschl. zwar einen Preis für ihre Courage und einen besseren Job (wie z. B. in der ARD bei „Beckmann“ zu sehen Anfang 2014) ... Aber viele ähnliche Leute verlieren ja dann nur ihren Job, werden oft sogar noch verfolgt usw. Haben Sie schon einmal gehört, dass bei so etwas eine Petition geholfen hat? Statt eben (viel mehr) nur Solidaritätskreise, breitere demokrat. Bewegungen ...

U. a. laut z. B. der Psychologin Julia von Weiler sind zudem auch Strafverfolger chronisch unterbesetzt und könnten Datenmengen kaum noch sichten. Z. B. PCs mit (u. a. Kinderpornograf.) Beweismaterial, die nur begrenzte Zeit beschlagnahmt werden dürften, dann wieder (oft ungesichtet) zurück gegeben. Hier müsse dringend gehandelt werden, personell nachgebessert, war auch ihr dringender Appell an die Politik in der Sendung „Markus Lanz“ (vom 18. 2. 2014). Dort berichtete sie, Geschäftsführerin der Kinderhilfsorganisation "Innocence in danger e.V.", Interessantes –bzw. Erschütterndes - zum Thema. Bei den "Spade"-Ermittlungen, in deren Zuge auch der Name eines Bundestagsabgeordneten (!) auftauchte, habe es sich um die unglaubliche Datenmenge von 45 Terrabyte gehandelt. "Wenn man die Missbrauchsabbildungen aneinanderreihet, kommt man auf die Strecke von Berlin nach Venedig".

Fast unglaublich- aber leider die bittere Realität. Die man aber nicht wahrhaben will, wie auch die Psychologin anmerkte. „So etwas gibt es bei uns nicht“ würde gerade auch in Deutschland oft behauptet. Bei vielen Themen. In der Tat! Solch mangelnde Einsicht –die ja aber bekanntlich erster Schritt zur Besserung ist- bzw. Realitäts-Leugnung , sich aus der Verantwortung stehlen, verhindert ja, dass überhaupt etwas dagegen (auch vorsorglich) getan werden kann. Aber auf unzählige Petitionen zu unzähligen Missständen wird dann wieder auf die Gesetzeslage bzw. Personalknappheit usw. verwiesen, die leider nicht mehr ermöglicht (aber wer ist denn eben für Gesetzeslage bzw. Personalknappheit zuständig wenn nicht die Politik – und natürlich wäre

das, wie in anderen Ländern auch, änderbar- wenn auch der allseits bekannte und offensichtliche Bedarf nicht geleugnet werden würde). Und es ist ja, das ist ja auch äußerst ungeheuerlich, weitaus mehr bekannt bzw. möglich als oft von Verantwortlichen zugegeben wird (außer es ist gar nicht mehr zu verleugnen). So gibt es z. B. ja schon lange europ. gesetzliche Richtlinien, auch z. B. zu „Kinderpornographie“, die in Deutschland auf ihre Umsetzung warten, oft sehr, sehr viele Jahre lang- zumindest gemessen an der Dringlichkeit! Obwohl z. B. bezüglich „Kinderpornographie“ statistisch gesehen nahezu jeder Deutsche in seinem Umfeld einen Täter kennen müsste ... Das und auch dass Frauen unter Tätern sind wolle man erst recht nicht glauben, meinte auch die Psychologin ... *Das und Vieles andere, auch in diesem Buch hier Beschriebene, betrifft also leider alles andere als nur „Ausnahmefälle“. Sondern, teilweise sogar viele, Millionen Menschen!*

Auch Berichte, die –in vielen Medien auch zuletzt viel beachtet- nun Berliner Rechtsmediziner veröffentlichten zeigen, dass bei Vielem weitaus mehr nötig und möglich wäre. Die in Interviews dazu auch monierten, dass man in Deutschland, zumindest von verantwortlichen Stellen oder Personen, auch Vieles einfach nicht wahr haben oder verharmlosen bzw. vertuschen möchte (aber Einsicht bzw. Nicht-Vertuschung wäre ja eben der erste Schritt zur Besserung)- dass es da in einem vermeintlich so „hoch entwickelten Land“ so ein Ausmaß an Schrecklichkeiten gibt, quantitativ und auch qualitativ. Und das oft sogar unter „staatlicher Aufsicht“!

Wenn, wie sie auch beschreiben, Ämter, Mediziner usw. mehr oder weniger oft wegschauen trotz (zumindest) Hunderttausenden, oft brutalsten, Fällen in Deutschland- auch z. B. selbst in Arzt, Anwalts- usw. Familien. Das wird beispielsweise auch beschrieben in einem Bericht dazu im

[http://www.focus.de/politik/deutschland/mehr-als-200-000-faelle-pro-jahr-kinder-sterben-und-das-jugendamt-sieht-zu\\_id\\_3583800.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/mehr-als-200-000-faelle-pro-jahr-kinder-sterben-und-das-jugendamt-sieht-zu_id_3583800.html) .

Aufgrund ihrer Erfahrungen fordern die o. g. Rechtsmediziner (Tsokos

und Guddat) ein entschiedeneres Vorgehen gegen Kindesmissbrauch in Deutschland. Sie sprechen von einem „Investment mit Traumrendite“, denn so ließen sich Probleme mit extremer Sprengkraft –und viel höheren Folgekosten- für unsere Gesellschaft vorzeitig entschärfen. Dazu gehören Entwicklungsstörungen, Suchterkrankungen, psychische Krankheiten, Verwahrlosung, Arbeitsunfähigkeit, Gewalt und Kriminalität. Außerdem fordern die Rechtsmediziner intensive Betreuung durch gut ausgebildete Erzieherinnen, wie es zum Beispiel in Schweden, Finnland, den Niederlanden oder Frankreich der Fall sei.

Ja, in der Tat. All das wäre nötig, möglich. Und dass es nicht nur am Geld, das angeblich „nicht da ist“, liegt ist in der Tat auch hier so. Zumindest wird wirklich Milchmädchen- Rechnungs- getreu am falschen Ende gespart, was dann u. a. an den o. g. anderen Punkten noch viel mehr Kosten verursacht- es könnte also letztlich sogar sehr, sehr viel gespart werden.

Aber die Frage ist halt wirklich, wer in unserer Gesellschaft eine „Lobby“ (in der Politik) hat ... Für wen gespart werden soll ...

Sicher gibt es zudem z. B. auch unzählige tolle und ehrenwerte Ärzte, Therapeuten, Zahnärzte usw. Aber nicht wenige profitieren halt auch von Dingen, die ziemlich „crazy“ sind in der Gesellschaft. In Deutschland etwa 7 Millionen Euro Werbung für Gemüse pro Jahr aber über 700 Millionen für Süßes –davon profitieren sicherlich viele Zahnärzte (und Ärzte, teilw. auch Therapeuten) und die Süßwarenindustrie. Und so werden schon Kinder manipuliert, wollen natürlich die „coolen Naschis“, mit oft noch „coolen Spielsachen“ dazu. Die aber –ebenso wie Zahnbehandlungen, Zahnersatz- sehr teuer sind, wirklich sehr mit zur Armut beitragen können. Und so viel Zucker- statt auch mehr Obst und Gemüse- sind für das Wohl gerade auch von Kindern (körperlich aber auch psychisch) ja sicher alles andere als förderlich. Um auch nur ein diesbezügliches Beispiel zu nennen, wo auch Petitionen alleine nicht viel bewegen dürften ...

Ebenso wie auch anderen (Profit-) Interessen geschuldete Missstände. In einem Artikel z. B. selbst der - ja nicht gerade als Unternehmer-

feindlich bekannten- Frankfurter Allgemeinen (Sonntags-Zeitung) wurde so z. B. auch erläutert, dass selbst beispielsweise führende Pharmakologen bzw. Mediziner darauf hinweisen, dass- heute ja Millionen betreffendes- „ADHS“ bzw. „ADS“ und dergleichen zu etwa 90% (!) falsch diagnostiziert wird, Ritalin und dergl. dann bestenfalls unnötig ist (oft macht so etwas ja auch erst Probleme, ebenso wie Stigmatisierungen Betroffener oder nur vermeintlich Betroffener). Zur „Behandlung“ von oft völlig normalem Verhalten in der Spannbreite unterschiedlicher kindl. Entwicklung. So zu lesen etwa am. 12. Februar 2012 sogar in der Deutsche Apotheker-Zeitung (online) „Methylphenidat gegen ADHS - Ein „Goldesel“ für die Pharmaindustrie“. Und weiter: „Stuttgart - „Ritalin ist eine Pille gegen eine erfundene Krankheit, gegen die Krankheit, ein schwieriger Junge zu sein.“ Man bezieht sich hier auf einen Beitrag in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom gleichen Tag. Wonach die Diagnose ADHS inflationär zur Erklärung von Schulversagen herangezogen werde und weltweit allein Novartis, Hersteller von Ritalin (Methylphenidat), einen Umsatz von 464 Millionen Dollar damit macht, die „störende Jungen „glatt, gefügig und still“ mache“.

Wurden vor 20 Jahren in Deutschland 34 Kilo Methylphenidat ärztlich verordnet sind es heute 1,8 Tonnen(!). Zitiert wird dazu dort auch G. Glaeske, der bekannte Professor für Arzneimittelversorgungsforschung an der Uni. Bremen: Nachdem Jungen risikoreicher leben und sich erproben, wofür ihnen heute die Freiräume fehlen. Schnell gelte ein Verhalten, das früher selbstverständlich als jugenhaft akzeptiert worden sei, heute als „auffällig“. ADHS ist eine „Zuschreibungsdiagnose“, die unter gesellschaftlichem Druck ausgestellt werde, um die Gabe leistungssteigernder Mittel zu legitimieren sagt er dort. Zitiert wird auch Ulrike Lehmkuhl, Direktorin der Kinderklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie an der berühmten Berliner Charité, die 90 Prozent (!) der ADHS-Diagnosen als falsch bezeichnet... Angemerkt wird dort auch, dass der „Erfinder von ADHS“, der amerikanische Psychiater Leon Eisenberg, kurz vor seinem Tod im



Jahr 2009 gesagt haben soll: „ADHS ist ein Paradebeispiel für eine fabrizierte Erkrankung.“

Methylphenidat, von der man –so Lehmkuhl - „nicht genau wisse, wie sie auf das Gehirn wirkt“ (!) bekommen in Deutschland inzwischen alleine 250000 Kinder, in der Mehrzahl Jungen. *„Für die Pharmaindustrie ist Methylphenidat ein Goldesel“*, heißt es in der FAS dazu... Seit einigen Monaten ist der Wirkstoff auch für Erwachsene- also auch Eltern- mit der Diagnose ADHS zugelassen. Tja, man braucht wohl auch neue „Märkte“..

Demnach soll z. B. auch der Erfinder von Ritalin gesagt haben, dass es einfach nur um (sein Geld), Profit ging ... Aber klar, mit überfüllten Klassen werden natürlich mehr Kinder „zappeliger“ und „brauchen“ (?) dann Medikamente. Und dann noch unzählige Ergo-, Psycho- usw. Therapien (auch das ist heute ja ein großer „Markt“, mit teilw. auch großer Lobby). Und auch im sonstigen Gesundheitssystem geht es ja bekanntlich oft eher um Interessen der Pharma-Industrie als die der Gesundheit der Menschen. Auch hier wäre ja Vieles viel besser möglich (sogar günstiger), ebenso wie im Bildungssystem, wenn es denn wirklich um das Wohl der Kinder und anderen Menschen ginge (und z. B. mehr Lehrer eingestellt würden, die besser auf kindliche Individualitäten eingehen könnten, was allen Beteiligten mehr Freude bereiten, Kraft geben würde- und mehr Druck, Stress, Depressivität und auch Medikamente usw. ersparen könnte). Aber haben gegen so etwas schon öfters Petitionen etwas bewirkt? Oder ja doch viel mehr soziale Bewegungen, Proteste gegen Missstände in der Gesundheits- und Bildungspolitik ...

Zumal Vieles ja wirklich nicht einmal Geld kostet, sondern –wie z. B. eben auch in skandinav. Ländern –mehr Gesundheitsberatung, auch Stress-vorbeugend, durch Experten in Schulen für Schüler, Lehrer und Eltern, auch viel präventiver und so effektiver ist, viele (Folge-) Kosten spart. Alleine die Zahl von Gesundheitspädagogen und dergl. sowie Schulpsychologen, die diesbezügliche oder auch Gewalt vorbeugende Angebote machen könnten ist gerade auch in Deutschland aber lächerlich gering. Aber im Interesse, zum Wohl einfach „nur“ der

Menschen, Kinder geht es ja zunehmend sogar eher noch weniger – zumal es heute ja nicht nur eine „Pharma-Industrie“ mit starker Lobby gibt sondern auch eine solche im psycholog., therap. Bereich- die halt auch immer mehr „Kundschaft“ braucht, möchte (wie z. B. gut bei R. Degen in seinem „Lexikon der Psycho-Irrtümer“ beschrieben). Was wirklich Alles auch breiten Widerstand erfordert gegen solch eine Bildungs-, Gesundheits- und sonstige, auch Wirtschafts- Politik, Lobbys usw. Nicht nur aber auch von z. B. im pädag, und Gesundheitsbereich tätigen Menschen, Eltern und Kindern/Jugendlichen gemeinsam. Wie ja auch in unzähligen Beispielen schon sehr erfolgreich geschehen (wie z. B. beim auch bekannten- der Berliner Rütli-Schule ... Wohin gegen Petitionen gegen all das wenig brachten).

Und viele massive Probleme wurden ja auch durch (z. B. Bildungs-) Politik bzw. durch diese geschaffenen Normen, Gesetze erst geschaffen! Es ist ja z. B. noch gar nicht so lange her, nur wenige Jahre oder Jahrzehnte, dass etwa Gewalt (bis hin zu Vergewaltigung!) in der Ehe nicht oder kaum strafbar war- dafür galt aber Homosexualität als Krankheit bzw. Straftat! Und körperl. „Züchtigung“ (zumindest mit Ohrfeigen und dergleichen) war bei der Erziehung noch erlaubt bzw. galt als „nötiges Erziehungsmittel“ (!). In der Bundesrepublik Deutschland! Bis vor Kurzem! Und da wurde früher oft auch behauptet, dass das halt nun mal so nötig sei (was auch irgendein Wissenschaftler bestätigte), deshalb seien halt auch Gesetze so, hatten auch Petitionen keinen Sinn ... Aber es war ja eben auch änderbar, natürlich. Und dass da heute auch wieder so vieles unsinnigerweise als „nicht änderbar“ dargestellt wird von Verantwortlichen kann wirklich wütend machen! Wenn man als Bürger dann auch noch für dumm verkauft werden soll- nicht zuletzt auch noch mit der Vorgaukelung einer ja so vermeintlich tollen Demokratie, „Herrschaft des Volkes“.

Realistischer ist ja, wenn man selbst den deutschen Staat, („die Politik“) heute zwar natürlich demokratischer sieht als zu Zeiten von Regimes früherer Zeiten aber trotzdem als einer, der primär nicht Interessen der Mehrheit der Bevölkerung, sondern nur einer Minderheit (höherer

Schichten, Groß-Unternehmer, Lobbys, ...) nachgeht. Dann ist natürlich auch schon die Frage, welche Funktion staatl. Einrichtungen haben – auch Petitionsausschüssen, die letztlich unkontrolliert von Bürgern handeln können. Und Ämter, Schulen, Universitäten usw. Mit z. B. kaum wirklich humanistischem Auftrag – und mehr Produktion von „Humankapital“, „Robotics“, Menschen die möglichst gut funktionieren im Betrieb oder wo auch immer? Selbst bei PISA-Studien werden solche Gedanken ja immer lauter, nach welchen Maßstäben da Vieles läuft bzw. welchen Interessen folgend. Auch an Schulen, Hochschulen mit immer mehr „Drittmittel“, Werbung schon in Schulbüchern usw. In den USA müssen Wissenschaftler inzwischen öfters offen legen, von wem sie Gelder bekommen. Z. B. auch i. V. m. Themen wie „ADHS“ oder dergleichen, diesbezügliche Empfehlungen (z. B. auch für Medikamente bestimmter Firmen). Das wird auch in Deutschland zunehmend mehr gefordert. Wo ja auch immer wieder Fälle bekannt werden, wo Professoren, die bestimmte Medikamente empfehlen (z. B. auch „gegen ADHS“ oder dergleichen) auch auffällig viele Forschungsgelder von Firmen bekommen, die diese Medikamente dazu herstellen. Ein Schelm, der Böses dabei denkt?

Bei Fragen, die über unsere Zukunft entscheiden, im Bildungs- und Gesundheitsbereich! Und auch bei der Arbeitssuche liegt hier sehr vieles im Argen – bei einem für Menschen und deren Glück und Zufriedenheit bzw. überhaupt Überleben ja auch sehr entscheidendem Thema – bzw., auch Beziehungen und Familien, belastendem, Unzufriedenheit bzw. Unwohlsein deshalb. Auch nicht „nur“ in der Arbeitswelt und schon vorab Selektieren dafür, Herkunft-bedingt (was natürlich, quantitativ und qualitativ, auch sehr über Wohl oder Unwohl und Zukunft von Menschen entscheiden kann). Sondern auch alleine schon im „Zugang“ dazu (bzw. der Ausgrenzung daraus).

Diesbezüglich gab es z. B. eine sehr aussagekräftige, auch auf 3 Sat am 17. 2. 2012 gesendete, ARD-Dokumentation bzw. Reportage. Hier – zumal da das ja auch viele Millionen Menschen, Familien betrifft - ein, auch schon interessanter, ausführlicher Auszug aus der ARD-Ankündigung dazu:

“Die Hartz-Maschine

Geschäfte mit der Arbeitslosigkeit

Reportage - Die Konjunktur bringt Schwung in den Arbeitsmarkt, nur bei den Langzeitarbeitslosen tut sich nichts. Die Bundesanstalt für Arbeit räumt ein, dass über die Hälfte von ihnen 'Kunden mit komplexer Profillage' seien, Hartz-Chinesisch für 'nicht mehr vermittelbar'. Um sie kümmern sich verstärkt Bildungsträger und machen damit Milliardenengeschäfte. Es gibt Strickseminare, Supermärkte mit Gummieiern, Theaterkurse und Telefonausbildung.

'Maßnahmen', angeboten von einem Wirtschaftszweig, dem es umso besser geht, je mehr Menschen auf staatliche Hilfe angewiesen sind.

Jeden Monat kassieren diese Bildungsträger 500 bis 800 Euro pro Teilnehmer von den Jobcentern für solche oft halbjährlichen Kurse.

Manche Arbeitslose sitzen bereits zum fünften Mal im Seminar 'Wie bewerbe ich mich richtig?'. Die Hartz-Maschine brummt. So werden Fernfahrer mit Geldern des Jobcenters qualifiziert, Spediteure können sich teure Ausbildungsmaßnahmen sparen, der Steuerzahler springt ein. Bundesweit holen etwa 4500 Tafel-Fahrzeuge in Supermärkten und Geschäften welches Gemüse und abgelaufene Lebensmittel ab - gegen Spendenquittung. Die Spender bestehen darauf, dass alles abgeholt wird, selbst wenn es schimmelt und fault, denn so sparen sich die Betriebe teure Entsorgungskosten. Es entsteht eine Parallelwelt der Lebensmitteltauschgeschäfte, die Tafeln als subventionierte Billigfoodkette. Auch Rechtsanwälte machen Kasse mit Hartz IV: Selbst wenn der Hartz-Kunde seinen Prozess verliert, mit der Prozesskostenhilfe garantiert der Steuerzahler das Geschäft.

Für die Immobilienbranche sind Hartz-IV Bezieher solvente Mieter, denn das Amt zahlt prompt und pünktlich. Deutschland scheint sich einzurichten in einem System der Transferleistungen (...)

Rita Knobel-Ulrich hat sich umgesehen im boomenden Wirtschaftszweig derer, die mit der Arbeitslosigkeit in Deutschland gutes Geld machen“.

Obwohl das wie oben ausgeführt auch ganz anders ginge, mit anderem

Einsatz von -auch diesen- immensen Steuergeldern, anderer Politik. Aber die Frage ist ja auch gerade eben welchen Interessen die Politik dient- wozu das oben Gesagte doch auch Bände spricht ...

Aber wie oft hört man dann in Medien, von Menschen, dass ja doch viele Arbeitslose gar nicht arbeiten, dazu lernen wollen ... Nun ja. U. a. das gerade dazu Angeführte spricht da ja doch eine ganz andere Sprache Und zeigt auch, welche Interessen da mehr bedient werden, Gewinne für einige Menschen auf Kosten Millionen anderer, wie so (viel zu) oft ...

Und wie viel unglaublich viel Energie wird verschwendet, wenn Verantwortliche, auch z. B. als Antwort zu Petitionen, fast immer nur ewig begründen warum –angeblich!- nicht mehr geht bzw. was ja „alles schon getan wurde“ (obwohl eigentlich jedem klar sein muss, dass das viel zu wenig ist)- statt einfach zumindest etwas mehr, endlich einmal etwas zu tun! Natürlich dauern Änderungen Zeit und müssen gut durchdacht und geplant werden. Aber wenn nie wirklich ausreichend begonnen wird – zumal nicht in die richtige Richtung, die der Interessen eben des Volkes in einer ja angeblichen „Herrschaft des Volkes“- kann ja auch nie ausreichend getan, erreicht werden! Die Frage ist ja aber wirklich, ob die Änderungen von Verantwortlichen bzw. (deren) Lobbys überhaupt gewollt sind, da einige Leute eben auch vom „Status Quo“ inkl. Armut, Not von Millionen (s. oben) profitieren- dass die absolute Mehrzahl der Menschen immer ärmer und auf der anderen Seite wenige Menschen immer reicher werden. Auch Politiker, wovon jeder sich wirklich fragen lassen muss, auf welcher Seite er steht- und wenn auf der falschen auch dementsprechend die Quittung bekommen können ...

Und Vieles ist in Deutschland eben sogar besonders eklatant, siehe oben. Und schon 1997 ergab z. B. auch eine durchgeführte Analyse für die Europ. Union zur Entwicklung der Jugendgewalt (und Erkenntnisse von Untersuchungen europäischer, auch deutscher, kriminolog. Forschungsinstitute) eine zentrale Schlussfolgerung: „Die Zunahme der Jugendgewalt - steht in engem Zusammenhang damit, dass unsere Gesellschaft immer mehr zu einer winner-loser -Kultur wird. Vor allem junge Migranten geraten dabei in ein soziales Abseits“. So sind demnach auch z. B. die Eltern von Migranten doppelt so oft von

Arbeitslosigkeit betroffen bzw. beziehen Sozialhilfe und dergleichen... Je weniger privilegiert eine Gruppe ist (bezüglich Schulbildung, u. a. deshalb auch Zukunftsaussichten u. a.) umso höher das Jugendgewaltrisiko- und am geringsten privilegiert sind sozial Schwache, vor allem Migranten... Wie ja auch PISA-Studien dann belegten haben also weniger privilegierte „Schichten“, Menschen bestimmter (auch sozialer) Herkunft in Deutschland weniger, auch Bildungs-, Chancen. *Das* (!) führt –bei solchen Deutschen und „Ausländern“, männlichen (aber auch weiblichen) –zu Kriminalität (und wohl auch teilweise Aggressivität, Unruhe, Gereiztheit usw.). Da die meisten „Ausländer“ ja i. d. R. noch weniger Chancen haben werden sie auch noch (etwas) krimineller (wie z. B. auch eindrücklich, auch mit den Gesichtern hinter diesen Geschichten bei Metin Gürs „warum sind sie kriminell geworden“ zu lesen). Das hat ja aber natürlich nichts mit „genetischen“, „geschlechtlichen“ oder kulturellen „vor-programmierten“, determinierten Besonderheiten, Schwächen zu tun. Sondern o. g. strukturelle bzw. gesellschaftlichen, polit. Ursachen- für faktisch auch *Ungleichheit*, sehr wenig „Demokratie“, „Sozialstaat“.

. In unserer „Generation Burn-out“ sind vielmehr Menschen zudem ja heute schon von Kindheit an Bedingungen ausgesetzt, die unglaublich stressen, krank und auch unruhig, aufgeregt, auch aggressiv bzw. depressiv machen können. Außer dass z. B. in Kitas und Schulen, also auch staatl. Einrichtungen, heutzutage auch sonst oft kaum zumutbare Bedingungen sind geht z. B. aber auch die CO<sub>2</sub>-Konzentration schon in Schulgebäuden über das gesetzlich erlaubte Höchstmaß hinaus! Das- ja doch auch kindl. Wohl gefährdend- berichtet der Leiter des Instituts für interdisziplinäre Schulforschung in Bremen, der Erziehungswissenschaftler H. G. Schönwälder (in der Zeitschrift „Erziehung und Wissenschaft“ 12/2011, S. 2). Um nur ein Beispiel zu nennen... Alleine das stresst natürlich und beeinträchtigt Wohl(ergehen)- auch körperlich. Es macht reizbar, müde, lässt Leistungs- und Konzentrationsfähigkeit sinken. Also eine große Grundlage auch zum Entstehen von z. B. AD(H)S. Und auch die dort

berichtete Lärmbelastung mit 65 bis 75 Dezibel in zwei Drittel der Unterrichtsstunden entspricht etwa *dem Lärmpegel in der Umgebung des größten deutschen Flughafens in Frankfurt am Main!* Was natürlich auch reizt, unruhig macht ... Allerdings in der Schule ohne jeglichen Lärmschutz. Der günstig einzurichten wäre. Das kostet auch Geld, ja. Aber was kosten denn körperliche und psychische Folgen, Leiden einer so ja zwangsläufig „sozialisierten Generation Burn-out“ bzw. zunehmend auch „ADHS“? Von Anfang an, o. g. Belastungen gelten schon bei Grundschulern! Und auch Kitas, Kindergärten (und auch Ausbildungs- und Arbeitsstätten, Universitäten usw.) sind heutzutage ja sicher nicht immer optimal. Meistens auch viel zu überfüllt, stressend. So dass auf einzelne Kinder, Jugendliche, Erwachsene gar nicht richtig eingegangen werden kann, auf deren Schwächen aber auch auf individuelle *Stärken* (beides hat ja auch *jeder* Mensch).

Auch hier muss die Politik natürlich eingreifen

Und o. g. Stress in Schulen usw. führt ja nicht zuletzt auch dazu, dass heute auch kaum noch ein Lehrer gesund sein Renten- bzw. Pensions-Alter erreicht (in Hessen z. B. nahezu keiner (!) mehr!). Sind das auch alles (erwachsene) „Problemkinder“? Ja auch sicher nicht ... Das sind ja Bildungspolit. verursachte Misstände.

Und z. B. an der bekannten Berliner Rütli-Schule wurden ja aus – angeblichen- unzähligen „verhaltensauffälligen“, auch A(D)HS- Kids (oder „schlimmen Jungs“ oder Mädchen) und – angeblich- nicht so guten Lehrern auf einmal äußerst viel weniger „auffällige“ bzw. „schlechte“... Als dort nach gemeinsamen Protesten der Schüler, Lehrer und Eltern endlich etwas an den Umständen auch dort geändert wurde (räumlich, personell usw.). Das ersparte auch unzählige Medikamente, die nur einem dienen- der Pharmaindustrie. (und nur Bitten und Beschwerden an Verantwortliche zuvor blieben faktisch auch unerhört).

Andererseits: „Das deutsche Bundesgesundheitsministerium schätzt, dass in Deutschland vier Millionen Menschen von einer Depression betroffen sind und dass gut zehn Millionen Menschen bis zum 65. Lebensjahr eine Depression erlitten haben. Aber die Zahlen schwanken.

Das hängt zum einen mit der hohen Dunkelziffer zusammen (viele Depressionen werden nicht als solche erkannt) und zum anderen mit der Definition der Krankheit. Der britische NHS erklärt in einer groß angelegten Informationskampagne hingegen, dass fast jeder Mensch in seinem Leben mindestens einmal an Depression leide. Diese Kampagne richtet sich insbesondere an Männer, die sich ihrer Krankheit meist schämen, diese verheimlichen und so nicht die nötige Hilfe erhalten“ (aus dem Wikipedia-Artikel zu „Depressionen“). Das gilt aber ähnlich für sehr viele Frauen, auch schon Kinder und Jugendliche. Und wo bleiben solche Kampagnen auch in Deutschland- um auch hier besser zu informieren, dass das eben zweifellos nicht nur- bzw. überhaupt- ein „Außenseiter“- , „Versager“- Problem ist? (eine solche auch in D. erbat ich deshalb im Oktober 2013 an den Bundestag und alle dt. Landtage mit meiner letzten Petition dorthin, ebenso wie zuvor für bessere Arbeits- und Vorsorge- Bedingungen bezüglich „Burn-out“. Antworten dazu waren leider auch nur wieder im zuvor beschriebenen Stil- warum in D. etwas nicht möglich ist, was in England geht blieb auch wieder unbeantwortet). Regt man so etwas auch bei uns an bekommt man auch wieder nur Antworten von Petitionsausschüssen in o. g. Art und Weise, auch gar nicht auf fachmänn. Meinung (ähnlich meiner) eingehend, auf Argumente wie z. B. zu lesen in einem Artikel in der „Ärztezeitung“ ([http://www.aerztezeitung.de/politik\\_gesellschaft/article/822968/burn-out-krankmachende-problem-arbeitswelt.html](http://www.aerztezeitung.de/politik_gesellschaft/article/822968/burn-out-krankmachende-problem-arbeitswelt.html) ), Auszug: „Burn-out ist nicht das Problem des Einzelnen, sondern Symptom einer krankmachenden Lebens- und Berufswelt“, sagte der Heidelberger Medizinpsychologe Professor Rolf Verres auf dem Kongress "Burn-out? Burn-on!" der Deutschen Gesellschaft für Medizinische Psychologie in Heidelberg. In anderen europäischen Ländern werde dies längst als Problem der Arbeitswelt wahrgenommen, nicht aber in Deutschland. Hierzulande werde der Blick vornehmlich erst auf die Symptome wie Depressivität oder psychosomatische Erkrankungen gelenkt. Wenn beispielsweise in einer psychosomatischen Klinik 40 bis 50 Prozent der Patienten mit Burn-out-Symptomen Lehrer seien und nach Studien jeder fünfte Mediziner vom Burn-out betroffen sei, so müsse dies die



Gesellschaft wissen. Nach einer Online-Befragung der Gewerkschaft IG Metall vor einem Jahr bei Betriebsräten werde der Anstieg der psychischen Erkrankungen und Burn-out-Fälle als ernst zu nehmendes Problem gesehen. Etwa 40 Prozent der Befragten gab eine starke oder sehr starke Zunahme in ihren Betrieben an. Zwei Drittel bekundeten, dass arbeitsbedingter Stress und Leistungsdruck in ihrem Unternehmen erheblich gestiegen seien und dass es keine oder zu wenig Hilfen für Burn-out-Betroffene gäbe (...) Sind psychische Störungen bei der Frühverrentung inzwischen Spitzenreiter. Auf diesem Hintergrund fordert die IG Metall im Verbund mit der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde vom Gesetzgeber eine verpflichtende Arbeitsschutzregelung auch für psychischen Stress. Mit einer von der IG Metall initiierten Anti-Stress-Verordnung soll erreicht werden, dass in die Arbeitsschutzgesetze auch psychosozialer Stress am Arbeitsplatz in die gesundheitliche Gefährdungsbeurteilung eingeht, wie dies in anderen EU-Ländern bereits der Fall ist“.

In der Tat sind *das* ja entscheidende Schritte bzw. Erkenntnisse. U. a. durch diese Initiative/ mit Hilfe, auf Initiative der o. g. Organisationen (und wiederum nicht von Parlamentariern oder Petitionsausschüssen) konnten nun auch in Deutschland erste Gesetzesänderungen erreicht werden, die in anderen Ländern auch schon lange möglich waren ...

Und „Deutschland über alles“ gilt eben äußerst oft nicht, es gibt hier sogar besonders viele Missstände. Wie teilweise schon beschrieben. Und auch z. B. der Diplom- Volkswirt Werner Bansen und seine Autoren-Kollegen- auch Volkswirte und ein Soziologe, ein ehemaliger Mitarbeiter des Kölner Instituts zur Erforschung sozialer Chancen- beschrieben Vieles dazu und Weitergehendes auch schon vor Jahrzehnten in „Die neue Armut“. Mit auch vielen Beispielen, Bildern, interessanten Untersuchungen- auch einer Politik (bzw. durch diese oder Ministerien, Unternehmer geschaffenen Arbeitsbedingungen) die dazu führt, dass immer mehr Menschen ausgegrenzt bzw. verschlissen werden aus dem Arbeitsprozess, auch von Unterstützungen.. Und die Arbeitenden zunehmend unter Druck stehen, ausbrennen (auch das kann

natürlich depressiv machen). Mit auch sehr interessanten Zitaten von Politikern- die viele Verhältnisse –generell und auch im Bildungs-Bereich- bemängeln, wenn sie in der Opposition bzw. im Wahlkampf sind. Wenn sie regieren dann aber nichts Grundlegendes ändern. Oder nur auf Missstände hinweisen, aber auch nicht wirklich etwas dagegen tun. So z. B. Dr. Georg Gölder (CDU) als Sozialminister von Rheinland-Pfalz in seinem Buch „Begleiter der Arbeitslosigkeit: Abstieg und Armut, S. 10 bzw. 51 ff., zitiert in „Die neue Armut“, S.36: „Man kann in einem der reichsten Industrieländer der Welt nicht so tun, als fange Armut erst mit Obdachlosigkeit und Unterernährung an. Nicht die Sicherung des physischen Existenzminimums, sondern die Ermöglichung menschenwürdiger Lebensbedingungen muss heute der Maßstab für Armut sein.(...) Nicht nur das Ausmaß der Armut unter den Arbeitslosen muss als bedrohlich empfunden werden. Besorgniserregend ist vor allem der Personenkreis, der betroffen ist. Es handelt sich nicht um spezielle Problemfälle, die aufgrund ihrer besonderer Situation in Not geraten. Betroffen sind vielmehr ganz normale Arbeitnehmer in ganz normalen Berufen und Branchen und in ganz normalen Leistungsgruppen“.

Fürwahr! Und das nimmt, wie durch letzte offizielle „Armutsberichte“ bestätigt sogar noch zu. Auch aber nicht nur seit (T)Euro-Zeiten. Und wenig verdienende Arbeitende, Familien - die heute auch in Deutschland ja sicher keine Minderheit sind- müssen mit kaum mehr Geld ja auch noch „nebenher“, neben der sonstigen Alltagsbewältigung, hart arbeiten. Miete, Strom, Heizung, gesunde Ernährung usw. wird zunehmend unbezahlbar, was ja auch immer mehr (Massen-) Proteste hervorruft und erst durch diese (und nicht durch Petitionen) erste Reaktionen der Politik ...

Immer erst dann, dann ist auf einmal auch etwas andere Politik möglich. Wieso nicht schon davor? In der Zeitschrift für Erziehung und Wissenschaft in Schleswig-Holstein 12/2011 (S. 3) wird beispielsweise auch über ein Steuerkonzept der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) berichtet, das bundesweit Mehreinnahmen von

knapp 80 Milliarden Euro (!) zur Verfügung stellen könnte für ein besseres Bildungssystem. Wie dort auch zitiert hatte auch z. B. selbst die –ja auch nicht gerade Gewerkschafts-nahe- FDP in Schleswig-Holstein auf zunehmende Bürger- Proteste, reagiert: Auf ihrem Landesparteitag am 19. 11. 2011 wurden mehrere bildungspolitische Anträge beschlossen. Unter anderem wollte die FDP 300 Stellen weniger im Schulbereich streichen als mit der CDU in der Koalitionsregierung verabredet. Auch das zeigt also, dass Planungen, Gesetze usw. natürlich ständig geändert und verbessert werden können – leider aber i. d. R. nur nach genug Protesten- „das geht nicht“ (mehr), wie so oft zu hören, z. B. eben auch auf Antworten zu Petitionen, stimmt einfach nicht. Freiwillig (und das wäre es ja auch auf eine Petition hin) haben Verantwortliche leider ja nahezu nie verbessert, auch die FDP meinte vor den Protesten zu den gleichen Argumenten, dass das nicht geht mit weniger Stellen- Streichungen... Nun war es auf einmal doch möglich. Warum nicht gleich? Man könnte sich soviel Not, Gewalt, Amokläufe, Stress, Proteste wirklich auch sparen ... Auch durch eine andere Politik. Oder auch mehr sozialer Gerechtigkeit, auch weniger „Prunkbauten“ oder Bürokratie, Unfähigkeiten oder ungute Interessen (siehe oben). Anscheinend verstehen Politiker nur eine deutliche Sprache, Massen-Proteste ... Die sie dazu bringen mehr für das „gemeine Volk“ zu tun (statt für andere Interessen).

Und sicher, am Ende von Schriftwechseln zu der einen oder anderen Petition war mein Ton darin auch nicht mehr- im Gegensatz zu anfänglichen Schreiben- der Netteste (und wie ich hier über viele Politiker schreibe ist das auch nicht- aber, ebenso wie sehr viele andere Bürger, ärgert mich so ein abgehobenes und überhebliches Politiker-Tum und Tun wirklich, das muss auch wirklich scharf kritisiert und benannt werden). Warum auch- wenn man sich bei Antworten dazu zuvor nur im o. g. Sinn „behandelt“ fühlt, ein ernstes und berechtigtes Anliegen überhaupt nicht angemessen behandelt, bearbeitet, Ton auch oft von „oben herab“- und das wie gesagt ja letztlich von „Staatsdienern“, die uns Bürgern ja auch dienen sollten

(und by the way ja auch von unseren Steuergeldern bezahlt, finanziert werden- von unserer Arbeit). Und ich bin wirklich nicht dafür bekannt, dass ich andere Menschen respektlos bzw. unhöflich oder unfreundlich behandle, anschreibe. Im Gegenteil. Nur wenn man dann eben Antworten in o. g. Sinn, Form erhält macht der „Ton“ von dort eben wirklich auch die Musik. Und auch wenn man sich dem nicht ganz anpassen sollte berechtigt das ja sicher auch dann zu angemessenen und auch deutlichen kritischen Worten, auch Beschwerden! Nur wenn diese auch fast nur beantwortet werden wie zuvor beschrieben erfordert das, dieses ganze politische Gebaren eben auch zunehmend öffentlicher Proteste (s. oben) bzw. auch Publikationen wie diese hier, die so etwas auch in öffentlicher Form kritisieren- und grundsätzlich die Frage aufwerfen (müssen), inwieweit es nicht doch gänzlich anderer Politiker, Politik, Demokratie bedarf ... Noch mehr und organisierter Proteste, Demokratie-Formen als z. B. bei „Stuttgart 21“, gegen Kürzungen und Missstände im sozialen, Gesundheits- und Bildungsbereich usw. als es sie ja auch schon –auch zunehmend –schon gibt, ebenso wie für mehr demokratische Rechte (bzw. gegen Einschränkungen derselben, nicht „nur“ i. V. m. Bespitzelungen von NSA und Co., die ja technisch etwa die in der früheren DDR um ein Weites übertreffen- und gerade auch das Beispiel der DDR-Bürger zeigte ja, wozu demokratische Massen(Volks-) Bewegungen in der Lage sind ... Was sich Honecker und Co. wohl auch kaum vorstellen konnten und was wirklich auch vorherrschenden Politikern in ihren Land- und Bundestags-„Elfenbeintürmen“ eine Warnung sein sollte ... Auch in Baden-Württemberg konnte sich dort ja kaum jemand vorstellen, wie solche Bewegungen- z. B. eben i. V. m. „Stuttgart 21“ sogar in recht kurzer Zeit plötzlich Regierungen kippen konnten, die viele Jahrzehnte lang als „unantastbar“ galten. Hochmut kommt vor dem Fall, gerade auch in vermeintlich „hohen Häusern“).

In der Broschüre des Deutschen Bundestags „Der Jahresbericht des Petitionsausschusses Ausgabe 2013“ kann man dann auch Einiges lesen, das meine persönlichen Erfahrungen bzw. Einschätzungen (leider) bestätigt. So spricht dort (auf S. 93) selbst der Obmann der FDP-Fraktion (P. Röhlinger) davon „Die FDP strebt die Einführung

eines Bürgerplenarverfahrens im Rahmen des in Artikel 17 des Grundgesetzes garantierten Petitionsverfahrens an. Themen von öffentlichem Interesse sollen direkt auf der Tagesordnung des Plenums platziert werden können, wenn eine bestimmte hohe Anzahl von Bürgerinnen und Bürger diese unterstützen“. Ja, das klingt nach mehr „direkt-demokratischer“ (wie er es auch dort nennt) Elemente, Fortschritte (wobei, was heißt hier „sollen“? Warum nicht „müssen“? „Soll“ heißt ja auch wieder nicht, dass das garantiert wird ...). Die auf Landes- und Kommunalebene auch schon durch Verfassungen möglich sind, Bürgerentscheide und – Begehren sowie – Befragungen (wie er dort auch beschreibt, ebenso wie seit 2012 in der EU mögliche „Europäische Bürgerinitiativen“. Allerdings ist man eher skeptisch, inwieweit so etwas dann wirklich durchgesetzt werden würde. Wenn man dort (auf Seite 90 f.) liest wie der Obmann der SPD- Fraktion, K. Hagemann, auch beklagt, dass im Petitionswesen vor allem „mehr Öffentlichkeit und Transparenz“ nötig sei. Auch die Mitzeichnungsfrist für öffentliche Petitionen sei zu kurz, „viele berechnete und heiß diskutierte Themen erreichen in den 4 Wochen nicht die für eine öffentliche Beratung erforderlichen 50.000 Unterschriften“ schreibt er dort. So kann man ja kaum auf so eine (s. o.) hohe Anzahl kommen. Und die Frage ist ja auch, inwieweit sich die Mühe überhaupt lohnt! Selbst mit mehr direkterer Bürger-Beteiligung, ggf. sogar einem wirklichen Recht erhört zu werden- na und? Dann wird man bestenfalls erhört von Politikern, passieren muss deshalb ja noch lange absolut überhaupt nichts! Bei o. g. „Interesse“ an Themen z. B. im Bundestag- bzw. dass dort ja überhaupt nicht die Politik gemacht wird (vgl. auch das von R. Willemsen dazu Beschriebene). Zumal, wie auch in der Broschüre wieder gleich im Vorwort zu lesen ist (auf S. 6), dass (...) „der Petitionsausschuss kann die Bundesregierung zwar auffordern, dem Anliegen von Petitionen zu entsprechen, zu einem positivem Handeln kann er sie jedoch nicht zwingen“. Dann folgt direkt „Umso erfreulicher ist es daher, wenn man einem Bürger oder einer Bürgerin helfen konnte“. Wohlgermerkt *einem, einer* ... Einzelnen Bürgern- wozu dann auch einige Beispiele folgen. Wobei selbst dort beschrieben wird (z. B. auf Seite 11 f.), dass erreichte größere Erfolge eher dadurch kamen, dass Petenten sich auch

weiter an die Öffentlichkeit wandten, auch (vor allem) andere Unterstützung fanden ... Und betrachtet man den Aufwand, damit man überhaupt mit einer öffentlichen Petition und evtl. auch noch Werbung für Mitunterzeichner endlich einmal erhört wird- letztlich fast immer ohne jeglichen Erfolg, zumindest keinerlei Garantie, dass das irgend etwas bringt oder weiter verfolgt wird, gerät man doch ins Grübeln. Vor allem wenn man bedenkt, wie viel auf anderen Wegen erreicht werden konnte! Wo letztlich auch mittels des Internets und öffentlich organisierter Proteste, Demonstrationen usw. ganze Regierungen gestürzt werden konnten, vorher Jahrzehnte lang kaum vorstellbar. Z. B. in Baden- Württemberg. Aber ja auch sogar in ganzen (z. B. arabischen) Ländern, selbst gr. Regimes, auch der DDR!

Und wo oft mit minimalstem Aufwand mehr erreicht werden konnte als mit unzähligen Petitionen zusammen ...

Mit also extrem großer Macht, „power“ („to the people“). Offen gesagt wirken dagegen „Erfolge“ mit Petitionen i. d. R. eher lächerlich. Natürlich nicht aus Verantwortlichkeit der „Petenten“, sondern des diesbezüglichen Systems usw. Und wenn man heute schon ohne das „Petitionswesen“, teilweise sogar einfacher (auch z. B. über soziale Netzwerke und dergleichen) viel mehr – bzw. überhaupt-Erfolg haben kann, warum sich dann ewig in die bürokratischen und meistens nichts bringenden Mühlen und Willkür einiger, einen auch oft Respekt los behandelnder, Politiker begeben? Warum wird die von Zuständigen, auch in deren Berichten, oft gestellte Frage warum die Zahl der Petitionen in manchen Ländern auch zuletzt teilw. stark zurück ging nicht auch einmal damit in Verbindung gebracht? Ist es wirklich auch so ein toller- wofür man sich auch noch rühmt- Erfolg, wenn nun nach und nach auch in einigen (bei weitem nicht allen!) Bundesländern auch öffentliche Online-Petitionen eingeführt werden (sollen)? Sehr geehrte Herrschaften in den „Hohen Häusern“: Willkommen im Jahre 2014, im Zeitalter von (seit vielen Jahren) Facebook, Twitter und Co.! Unzählige selbst schon Jugendliche erreichten mit deren Hilfe mehr Aufsehen und Änderungen als alle Petitionen zusammen ...

Andererseits hebt aber wiederum auch der Obmann der Fraktion Bündnis 90/die Grünen, M. Kilic, dort (auf S. 97) hervor, dass (...) „wir brauchen auch direkte Zugangswege zum Petitionsrecht für alle, die aufgrund von Rechtschreibschwächen oder mangelnder Sprachkenntnisse nicht die Möglichkeit haben ihr Anliegen schriftlich darzulegen (...)“. Ja, in der Tat. Denn schon heute sind die Hürden und Zugangs- Hürden und – Zahlen sicher schon für sehr viele Menschen viel zu hoch! Zumal in einem Land wie Deutschland, wo die Chance auf Bildung (und damit Zukunft) ja bekanntlich so besonders extrem mit Herkunft zusammenhängt. Und als „Dank“ dafür, dass man nur aufgrund seiner Herkunft nicht so gute Bildung erfährt – mit daraus z. B. bedingten Rechtschreibschwächen oder mangelnden Sprachkenntnissen – wird man dann faktisch auch noch im Petitionswesen ausgegrenzt?! Da schließt sich ja der – sehr ungute-Kreis!

Aber auch grundsätzlich sind die Zugangshürden viel zu groß, Transparenz und Kontroll- bzw. Mitbestimmungsmöglichkeiten viel zu klein- wie auch er beschreibt (auch auf Seite 97 dort): „So ist beispielsweise das Quorum für eine öffentliche Ausschusssitzung immer noch zu hoch, die Mitzeichnungsfrist immer noch zu kurz. Nicht vermittelbar ist es auch, dass noch immer rund 98 % aller öffentlichen Petitionen in nicht öffentlicher Sitzung beraten werden“.

In der Tat- das ist überhaupt nicht vermittelbar, verständlich, akzeptabel. Allerdings ist für mich auch nicht nachvollziehbar wie sich Petitionsausschüsse immer wieder so selbst loben können, auch für die Entwicklung der Petitionsarbeit ... Wo man sich auch wieder viel eher wieder fragen könnte, ob es wirklich ein Ruhmesblatt ist (oder viel eher ein Armutszeugnis!), dass es im Jahr 2014 (!) ja noch solche eklatante Mängel gibt – obwohl es die Bundesrepublik Deutschland und ihr Grundgesetz inklusive „Petitionswesen“ ja schon seit 1949 gibt – also seit über 60 Jahren!

Und im Vergleich dazu gibt es das Internet, Facebook und Co. ja erst seit wenigen Jahrzehnten bzw. Jahren. Was damit, vom Volke ausgehender Basis- Demokratie bzw. Opposition „Demokratie von unten“ und Volksbewegungen aber schon erreicht werden konnte (siehe oben) übertrifft ja die Entwicklung der Möglichkeiten des

„Petitionswesens“ um Lichtjahre! Zumal wenn man sich den Trend anschaut. Wo im „Petitionswesen“ Fortschritte (wenn es die wirklich, tatsächlich, wirksam überhaupt sind – letztlich ohne jeglichen Rechtsanspruch, Macht) ja im Schneckentempo gibt. Und die anderer Mittel, Medien, möglicher demokrat. Formen, sich im Turbo-Tempo immer weiter entwickeln bzw. entwickelt haben (z. B. auch damals in den letzten Jahren der DDR, trotz dort noch schwierigeren Bedingungen als heute). Wo z. B. schon ein Mann wie Mr. Snowden Weltbewegendes erreichen kann- im Gegensatz zu Möglichkeiten des „Petitionswesens“ (die, wie auch der o. g. Bericht immer wieder betont, normalerweise letztlich immerhin – aber auch primär bzw. nur für einzelne Schicksale hilfreich ist, für allgemeinere Themen kaum. Wenn dann aber das als „Leuchtturm der Demokratie“ bezeichnet wird, nun ja ... Dann sind andere Möglichkeiten wie die oben Genannten, z. B. mithilfe des Internets und sozialer Netzwerke usw., wohl die neuesten, modernsten, effektivsten Mittel modernster Technologie für das, was früher z. B. Aufgabe von Leuchttürmen war. Hundert- bis Tausende Male stärker, effektiver ... Auch wenn Leuchttürme natürlich ihren Reiz haben, gerade auch für Romantiker ... Aber Petitionswesen heute als „Leuchtturm der Demokratie“ bezeichnet ist leider wohl nur noch romantische Verklärung und hat mit der Realität sehr, sehr, äußerst wenig zu tun).

By the way wäre Mr. Snowden in einem ja auch „bürgerl.-demokratischen“ Land wie den USA bestenfalls im Gefängnis gelandet mit seinem Anliegen, ggf. sogar auf dem Friedhof (auch ggf. dank „staatlicher Mithilfe“), wenn er z. B. eine Petition oder dergl. geschrieben hätte ... So viel zum „Petitionsrecht“ inkl. Schutz dabei. Und hätte es wirklich z. B. eine „Wende“ in der DDR, gesamt Deutschland, gegeben wenn die DDR-Bürger sich auch nur auf (auch dort mögliche) Petitionen verlassen hätten? Gäbe es heute ohne Massen-, Millionenproteste damals heute in Deutschland einen Bundespräsidenten aus der ehem. DDR? Oder, auch ohne die internationale Frauenbewegung (früher durften Frauen ja nicht einmal wählen) eine Bundeskanzlerin? Ohne die Arbeiterbewegung dürften auch Arbeiter, Angestellte usw. heute nicht einmal wählen ... Ohne



Bürgerrechtsbewegungen auch z. B. „Schwarze“ nicht in den USA usw., hätten auch z. B. dort Petitionen sicher nicht gereicht, um heute einen „schwarzen“ Präsidenten zu haben. Hätte z. B. nur durch Petitionen der Vietnamkrieg nicht verhindert werden können- statt durch internationale Friedensbewegungen ... Nur mit Petitionen hätte wohl auch nicht verhindert werden können, dass – wie ja selbst in Deutschland noch bis in die 1970er Jahre- Homosexualität als Straftat oder Krankheit behandelt wurde (sondern nur durch starke Homosexuellen- bzw. solidarische demokratische Bewegungen) usw.! Wenn im Gegensatz zu all dem das „Petitionswesen“ als „Leuchtturm der Demokratie“ bezeichnet wird ist das wirklich nicht nur recht lächerlich, sich als Politiker völlig selbst überschätzend, selbst verliebt, verherrlichend (bzw. den Wert, Erfolg o. g. Bewegungen bewusst oder unbewusst missachtend) bzw. seinen Einfluss (wenn der überhaupt positiv sein sollte), sondern – anknüpfend an Brechts „Fragen eines lesenden Arbeiters“ – auch eine völlige Verkennung davon, wer wirklich Geschichte schreibt, schreiben kann! (zumal alle o. g. Erfolge ja oft nicht dank sondern trotz der Parlamente errungen wurden, gegen von diesen gemachten Gesetzen, Politik!). Vielleicht ja auch aus Angst vor einer wirklichen „Herrschaft“ des Volkes, mit ganz anderen Volks-Vertretern, Politikern ... Angst um seinen Posten, seine Privilegien, Bezüge, Vorteile ...

Echte „Leuchttürme“ sind ja o. g. Volks- bzw. Bürgerbewegungen. Mit Gallionsfiguren wie z. B. ein Martin L. King oder dergleichen. Aber nicht irgend ein beispielsweise Petitionsausschuss- Politiker (oder kennen Sie einen Namen davon, irgend einen?)!

Und wohl nicht zufälligerweise fielen mir sogar gerade die Petitionsausschüsse besonders negativ auf, auch mit ihren Statistiken, in deren Bundesländern in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten besonders große o. g. demokratische Bewegungen zu sehen waren, z. B. in Baden-W. oder Niedersachsen (gegen AKWs bzw. „Stuttgart 21“ und dergleichen). Zufall? Kaum ... Aber nun gut, das ist halt die verdiente Quittung ... Und zeigt, was damit möglich ist!

Oft fragt man sich wirklich auch, in welcher Welt Politiker leben. Die ihre Arbeit als „Leuchtturm der Demokratie“ selbst loben. Was ja dann aber in der Praxis heißt, dass es selbst im Jahr 2014 noch nicht

einmal in allen deutschen Parlamenten die Möglichkeit von öffentlichen Petitionen gibt! Aber was heißt auch „öffentlich“: In der Regel, dass man – vor allem vom Petitionsausschuss des *Bundestages* einen Vordruck zugeschickt bekommt auf eine mit einiger Mühe erarbeiteten Petition, dass die leider, leider- wie unzählige andere auch- halt erst gar nicht öffentlich zugelassen wird. Worüber auch wieder sehr wenige Leute in ihrem Ausschuss entscheiden. Anstatt dass z. B. alle Petitionen veröffentlicht werden und öffentlich über alle diskutiert werden kann, auch darüber was weiter verfolgt werden sollte ... (natürlich mit etwas Moderation und Löschung diskriminierender und dergl. Inhalte)?! „Liebe“ Politiker, wir leben übrigens schon in einem neuen Jahrtausend, wo so etwas in zig sozialen Netzwerken, Medien usw. schon lange möglich und üblich ist! Im Gegensatz dazu braucht man dann aber, wenn die „Hohen Herren“ das überhaupt weiter zulassen, nicht auch noch zig Tausend Unterstützer. Damit es dann von „Hohen Herren“ (und einigen „Hohen Damen“) in ihren „Hohen Häusern“ (?) überhaupt einmal besprochen wird. Und letztlich meistens ja doch nichts oder so gut wie nichts bringt ... Im Gegensatz dazu wurden aber mithilfe des Internets, sozialer Netzwerke und dergl. ja schon ganze Regierungen gestürzt, mit auch praktizierter bzw. demonstrierter „Volksherrschaft“! Wo ganze Völker bzw. Massenbewegungen klar zeigten, dass man sich auch nicht gefallen lässt wenn „Bitten und Beschwerden“, Bedürfnisse und Interessen von Millionen von Bürgern faktisch (fast) immer wieder ignoriert oder nicht beachtet werden. Und wenn überhaupt (etwas) dann auch nur nach „Gutherrlich“ anmaßendem „Gutdünken“- statt als ja eigentlich absolute *Selbstverständlichkeit* in einer Demokratie (Volksherrschaft) ...

Zumal ja auch die Frage ist, ob sich das „Petitionswesen“ wirklich allseitig weiter entwickeln will (während die Möglichkeiten in sozialen Netzwerken, vor allem mittels des Internets, ja sogar noch stetig wachsen und noch lange nicht ihr Limit erreicht haben- und das „Petitionswesen“ hat ja auch unabänderbare Grenzen, damit kann man – s. oben- Regierungen zu nichts zwingen. Nicht einmal zur kleinsten

Kleinigkeit. O. g. Massenbewegungen haben wie gesagt ja aber schon ganze Regierungen zum Rücktritt gezwungen bzw. diesen erreicht ...). Warum, wenn dem so wäre, man wirklich grundlegende Verbesserungen wollte- bzw. mehr „Volksherrschaft“- muss aber z. B. wiederum der SPD- Obmann (auf S. 90) anmerken „Die von der rot-grünen Koalition angestoßenen wissenschaftlichen Untersuchungen, die das Wesen der Petentinnen und Petenten zum ersten Mal erforschten und Chancen und Möglichkeiten im Petitionsrecht aufzeigten, sind weitgehend unberücksichtigt geblieben. Weitere Untersuchungen sind ausgeblieben“. Hm, so so. Nach zig Jahrzehnten kommt man dann doch einmal darauf „Chancen und Möglichkeiten“ zu erforschen, also auch mögliche Verbesserungen. Was dann aber auch wieder so endet, versandet?

Vielleicht haben ja auch Viele Angst, dass noch mehr erforscht wird wie viel- bzw. wenig- Petitionen im Allgemeinen doch bringen? Wie viel Kritiken diese „Wesen“ der Petentinnen und Petenten auch haben ... Für die Politiker oft auch sicher unbekannte Wesen, da die von deren Lebenswelten eben sehr weit entfernt sind.

Manchmal antworten Politiker ja auch sehr einfühlsam, bemüht wirkend. Aber faktisch wiederum auch nicht unbedingt weniger abgehoben, überheblich (ähnlich z. B. Callcenter- Mitarbeitern bei Service-Hotlines großer Unternehmen, die ja auch zunehmend darauf geschult werden super-nett und freundlich zu reden, Verständnis zu zeigen für Beschwerden- aber i. d. R. darauf ja auch nicht wirklich eingehen sollen). Wenn sie z. B. über wichtige Themen reden, ihren Senf dazu abgeben- ohne wirklich eine echte Ahnung davon zu haben („ Wenn es den Politikern die Sprache verschlägt, halten sie eine Rede“ - F. Nowotny). Was ja aber auch nicht wirklich respektvoll ist, wenn es dabei bleibt- statt sich erst einmal näher damit zu beschäftigen, dann auch mehr Handlungsbedarf begreifen zu können ... Und handeln!

Zudem reicht „netter Ton“ ja alleine eben auch nicht aus. Zumal wenn der ggf. nur deshalb erfolgt, weil ich zuletzt div. Petitionsausschüssen schrieb, was ich von deren „Antworten“ in o. g. Sinn (und Form) halte. Und nun auch ankündigte, dass ich dies auch in öffentlicher Art

und Weise kritisieren werde, da es zuvor sonst ja auch nicht wirklich berücksichtigt wurde, als ich das nur intern kritisierte. Plötzlich (ein Schelm, der Böses dabei denkt –z. B. dass man nun doch –zu Recht- um seinen öffentlichen Ruf, ggf. deshalb auch Wählerstimmen fürchtet) kommen teilweise zuckersüße Antworten, auch wie toll man mein Engagement findet ... Dank für meine Anregungen, die man auch bei künftigen Entscheidungen beachten möchte ... Aha, auf einmal. Vorher nie. Zufall? Klar ... Ich überlasse Ihnen hier Ihr Urteil dazu ...

Aber –das antwortete ich auch darauf- sind Worte ja doch oft Schall und Rauch. Gerade auch bei vielen Politikern. Siehe oben (auch Wahlversprechungen, ...). Und gerade auch bei so nett klingenden Schreiben wurde *inhaltlich auch gar nicht auf das Anliegen eingegangen*. Und was von reinen „Absichtserklärungen“ von Politikern oft zu halten ist- siehe oben. Natürlich, man kann sich ja vielleicht auch einmal positiv überraschen lassen. Nur, jedenfalls: Wie soll man bitte kontrollieren können, wenn auch in solchen Fällen mit reinen, nur, Absichtserklärungen, eine Petition einfach abgeschlossen wird? Und ja auch die Erfahrung unzähliger, Millionen Menschen gerade auch in Deutschland zeigt, dass diese immer wieder verpuffen, diesen viele Jahrzehnte nichts oder viel zu wenig folgt an Taten (!), in der Praxis ...

Und in der Tat: „Der Ruhm ist nichts, die Tat ist Alles“ (Goethe). Völlig egal welcher Titel usw. jemand hat: Taten, Handlungen sind entscheidend. Worte können wirklich oft nur „Schall und Rauch“ sein. Und selbst sehr nett klingende Antworten auf Petitionen können von der Sache, vom Umgang damit her absolut unmöglich sein. Alleine dadurch, dass faktisch, tatsächlich (also in der Tat, durch Taten) absolut nicht darauf eingegangen wird.

Dazu als Beispiel der Text eines offenen Briefes (u. a. an das Abgeordnetenhaus, den „Landtag“ des Landes Berlin) zu einer Petition von mir, bei dem denke ich exemplarisch einige wichtige Punkte angesprochen werden, zu sehen sind (und auch diese „Beantwortung“ der Petition wird wahrscheinlich *statistisch erfasst mit „ihr wurde positiv abgeholfen“*- obwohl das absolut nicht stimmt!

So kann man natürlich auch Probleme „lösen“ bzw. „ich mach mir meine Welt –bzw. Statistik- wie sie mir gefällt“ bunt, schön malen):

„Sehr geehrte Damen und Herren (der bisherigen Adressaten, s. unten- und nun auch alle Fraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses, div. weitere Medien/ Journalisten, z. B. Hr. G. Wallraff) und den Bundespräsidenten (alle am 9. 2. 2014),

als 1. Antwort zu meiner unten stehenden Petition erhielt ich nun die vom Berliner Abgeordnetenhaus. Man bedankte sich sehr dafür und verwies auf einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dort (vom 21.11. 2013, Drucksache 17/1339). Der in ähnliche Richtung gehe. Über den sei zwar noch nicht entschieden - aber damit sei meine Petition ja abgeschlossen. Bitte??? Ich kann diesen Antrag zwar unterstützen, hatte aber ja auch noch ein ganz klar ergänzendes bzw. konkretes Anliegen, s. unten. Und solange dazu noch nichts mitgeteilt bzw. gemacht/entschieden wurde - ebenso wie über o. g. Antrag - ist ja nicht in Ordnung, da etwas „abzuschließen“! Es bringt ja auch nichts auf Anfragen/Petitionen immer nur zu antworten, wie teilw. auch von anderen Landtagen, was schon Alles gemacht wurde ... Wenn das einfach ja, wie die Praxis zeigt, *noch viel zu wenig ist* (und es darum geht was noch *besser gemacht werden kann, muss zum Wohl unzähliger Kinder!*). Zumal, wie auch im Antrag zu lesen, sich alleine (aber ja auch nicht nur) in Berlin in den letzten Jahren viele Todesfälle von Kindern ereigneten und Aufarbeitungen davon zeigten, dass hier dringend Handlungsbedarf besteht! Auch, vgl. o. g. Antrag, bezüglich Weiterbildung von Fachkräften, Zusammenarbeit von Institutionen und weitere finanz. und personelle Ressourcen. Auch ich denke, dass hier „Fachkräfte der Jugendämter mit ihrer Verantwortung nicht alleine gelassen werden dürfen“. Ja, diese müssen auch in die Lage versetzt werden besser, schneller eingreifen zu können. *Aber dies jedenfalls auch tun!* Und alles eben auch nicht nur im häusl. Umfeld. Missbrauch, Kindeswohlgefährdungen geschehen ja z. B. nicht nur in der Familie sondern auch in zig pädag. Einrichtungen, Pflegefamilien (vgl. Beispiel von Herrn Pee) usw.

Und es darf ja einfach nicht sein, dass immer erst etwas passiert, wenn man sich an Medien wendet (wozu viele Opfer ja gar nicht in der Lage sind). Das habe ich z. B. auch erfahren in einem Kinderheim, in dem ich einmal gearbeitet habe und sowohl Heimaufsicht als auch Staatsanwaltschaft auf Hinweise nicht wirklich reagierten (bzw. auch nur mit angekündigten Besuchen dort, völlig unsinnig). Als ich mich nun, ermuntert durch die Erfolge von Herrn Pee, damit nochmals auch an die Medien wandte und Staatsanwaltschaft (die mithilfe von Medien *dann erst* reagierte) war das auf einmal „nicht mehr aufklärbar“ bzw. ggf. „schon verjährt“ - das darf doch nicht sein! Ein anderes Mal, anderes Heim, wandte ich mich mit Kollegen in Berlin dann auch an die Presse- was zur Folge hatte, dass Machenschaften dort aufgedeckt wurden und ein ganzes Heim geschlossen werden musste. Ohne Einschalten der Medien wäre da aber auch kaum etwas passiert. Und einige Kollegen waren dann auch erst einmal arbeitslos bzw. wurden bedroht. Auch das darf ja nicht sein, Menschen die aussagen müssen geschützt werden (auch anonym befragt werden bzw. aussagen können)! Ähnlich wie z. B. im Fall der Berliner Altenpflegerin, die über üble Missstände in einem A.heim berichtete (und entlassen wurde, dann erst nach Jahren von europ. Gerichten Recht und Entschädigungen bekam). Und bei allem Riesen Respekt für andere Pädagogen, Therapeuten, Mitarbeitern bei Ämtern, deren Leistungen, Stress usw.: Es darf auch nicht übersehen werden, dass auch von solchen ja manchmal Missbrauch bzw. Kindeswohlgefährdungen ausgehen! Gerade Missbrauchs-Täter sind ja auch oft solche aus diesen Kreisen bzw. andere „angesehene“ Leute (auch Priester etc.). Neben Unterstützung der Pädagogen, Mitarbeiter beim Amt usw. bedarf es hier auch mehr Kontrollen bzw. einfachere Beschwerdemöglichkeiten, mehr Qualitätskontrollen (oft leidet das Wohl der Kids ja auch „nur“ an mangelnder Qualifikation von Pädagogen/Beamten), öfters unangekündigte Besuche in Schulen, Kitas, Heimen und anderen päd. Einrichtungen, Ämtern usw. inkl. sozusagen „Probekunden“ dort dazu. Bzw. auch- auch anonyme und außer Haus- Befragungen von Kunden dort bzw. Kindern, Jugendlichen usw. in Heimen, Schulen usw.

Natürlich alles im Datenschutzrechtl. Rahmen. Aber wenn z. B. Herr Wallraff einmal „undercover“ als Pädagoge in pädag. Einrichtungen, Schulen, Ämtern unterwegs wäre gäbe es sicher viel Unschönes aufzudecken ... Ich war z. B. nun auch als Schulbegleiter in einer Schule tätig, wo ich zu Beginn eine Schweigeerklärung unterschreiben sollte. Bereits nach wenigen Tagen wusste ich warum (und musste dem Jugend- und Schulamt darüber berichten, z. B. dass dort kl. Kinder von Lehrern geschubst werden, wenn sie nicht gleich „spuren“-unglaublich). Für weitere Berichte stehe ich zur Verfügung, werde das demn. auch selbst etwas publizieren. MFG.. W.Laub Anlage: Mein Schreiben zuvor.

In diesem, der Anlage, habe ich noch weiter präzisiert worum es mir geht. U. a. um Abschaffung von Verjährungs-Fristen bei Kindes-Misshandlungen (zumal die oft erst viele Jahre später aufzudecken sind). Was auch von unzähligen Betroffenen, Betroffenen-Verbänden, Juristen usw. gefordert wird. Aber von Zuständigen (und eben auch Petitions-Ausschüssen, siehe oben) so „beantwortet“ wird. Also nichts Weiteres veranlasst. Obwohl natürlich gerade auch für die Opfer entscheidend ist (auch für deren seel. Wohl, psychisch usw.) inwieweit die Tat als nicht in Ordnung ganz klar, auch öffentlich, verurteilt wird. Wenn damit aber von Juristen und Politikern nur so umgegangen wird ist das natürlich verheerend für die!

Vielleicht sollte man sich darüber auch nicht gänzlich wundern, wenn z. B. zuletzt am Beispiel „Kinderpornografie“ bekannt wurde, dass zumindest selbst ein Bundestagsabgeordneter derartiges Material besessen haben soll, es auch diesbezügliche Fälle z. B. beim BKA geben soll bzw. da Vieles vertuscht werden sollte ... Aber auch wenn das hoffentlich ja nur Ausnahmen sind: Man ist ja auch verantwortlich für das, was man nicht tut (also zulässt, duldet, toleriert). Und da ist natürlich jeder Politiker im Bundestag, Landtag, Petitionsausschüssen dort mit verantwortlich, was diese – zumindest gesetzlich- zulassen! Zumal es ja für Vieles in anderen Ländern, auch der EU, hier viel bessere Regelungen und Gesetze gibt-was auch bei uns umsetzbar wäre!

Aber Vieles ist in unserem Land, siehe oben, wohl auch nicht gewollt von vielen Menschen in „unseren“ Parlamenten und Petitionsausschüssen. Einige nötige Konsequenzen daraus hatte ich ja auch schon angedeutet. Allerdings sicher ohne Anspruch auf Vollständigkeit ... Ebenso wie Folgendes.

### **Einige Besonderheiten (auch bei einzelnen Petitionsausschüssen)**

Auch wenn hier genannte *Kritiken mehr oder vielleicht manchmal etwas (aber nicht wirklich entscheidend) weniger grundsätzlich für die Petitionsausschüsse aller deutschen Landtage und des Deutschen Bundestags (siehe oben) gelten*, fast überall auch *höchstens* nur ca. 10-15% der Petitionen „positiv erledigt“ wurden (was ja aber wie gesagt noch lange nicht heißen muss, dass damit letztlich wirklich etwas erreicht wurde) und Anliegen gar nicht wirklich beantwortet werden oder nur in o. g. unsinniger bzw. unzulänglicher- gar nicht „positiver“-Weise, so möchte ich doch auch noch auf die eine oder andere besondere – manchmal sogar ja doch etwas positive (aber manchmal auch besonders schlechte) Erfahrung hinweisen. Zwar auch manchmal nur eher subjektiv, sicher. Aber vielleicht ja doch auch nicht ganz uninteressant. Zumindest positive Aspekte, die auch in anderen Bundesländern aufgegriffen werden könnten. Denn wenn einige Ausschüsse und Parlamente in Deutschland etwas schaffen, warum sollte es dann anderen nicht auch möglich sein? Wenn nur aufgrund zu geringer personeller Ausstattung nicht dann müsste eben hier nachgebessert werden von Seiten der Politik. Mögliches Sparpotenzial gibt es ja, siehe oben, mehr als genug (und es gibt da noch unzählige



andere Möglichkeiten als die von mir hier benannten). Und nochmals: Nimmt man Bürger und deren Anliegen, Ideen, Bedürfnisse, Interessen usw. ernst und sieht darin auch ein sehr großes Potenzial für Verbesserungen so muss einem das, das auch genauer untersuchen und weiter fördern zu können, natürlich auch etwas wert sein als Land- oder Bundestag! Ebenso wie z. B. das Ermöglichen auch öffentlicher Petitionen (bzw. deren Behandlung), was auch nur in einigen Bundesländern ermöglicht wird (und von denen, die das nicht tun, auch letztlich mit mangelnden personellen Möglichkeiten begründet ... Ob das wirklich so ist oder eher Angst geschuldet ist durch so doch etwas mehr „Kontrollierbarkeit“ Transparenz und damit Kritik für Bürger zu ermöglichen sei hier einmal dahin gestellt). Und es gibt ja unzählige Stellen, wo dafür gespart werden könnte- z. B. auch eben einmal auf eine Diäten-Erhöhung für Parlamentarier verzichten würde sicher schon Vieles ermöglichen ... Oder an Prestige-Bauten ... Politiker könnten auch ruhig mal in bescheideneren „Hütten“ tagen, arbeiten (und wohnen)- dann würden sie viele Probleme von „Normalbürgern“ sicher auch besser verstehen können und wohl auch viele Petitionen mehr (wenn sie das wirklich wollen, was sie allerdings dann erst noch in der Praxis zeigen müssten). Und wenn selbst im Vatikan ein neuer „Regierungschef“ ewig lang geltende Traditionen dort in Frage stellt (auch teure Dienstwagen- und Wohnungen, Lebensstil usw.), warum sollte das dann nicht auch in deutschen (auch Landes-) Hauptstädten möglich sein? Vielleicht schreibe ich dazu demnächst auch einmal eine Petition. Die dürfte durchaus viele Sympathisanten haben ... Aber wahrscheinlich auch wieder nicht zugelassen werden- bzw. man kann ja wieder seine Partei-Genossen „leider“ nicht zwingen, dass die z. B. einmal Politiker-Bezüge („Diäten“) *senken*. Was ja dann auch die Politiker des Petitions-Ausschusses treffen würde. Tragisch, oder? Ja, für ein paar Leute. Für über 80 Millionen Bundesbürger aber ja sicher nicht.

Die hier getätigten Aussagen zu meinen Erfahrungen mit den div. Ausschüssen könnte ich- ebenso wie andere hier- natürlich auch belegen durch mir vorliegende Schreiben der betreffenden Petitionsausschüsse.

Betonung auch auf *Schreiben*. Alleine schon bei der Beantwortung meiner höflichen Anfrage nach Zusendung von Statistiken gab es kleine aber feine Unterschiede: So bekommt man etwa aus *Hamburg* nur eine E-Mail Antwort, wo man sich das (Statistiken) selbst herausuchen könnte. So aber alleine einfach nicht verständlich. Es bedarf also einer Nachfrage dort. Telefonisch wäre ja einfach. Leider wird aber keine Telefonnummer angegeben ... Auf also wieder nötige schriftliche Nachfrage- man hat sonst ja nichts zu tun- dann nur noch der Hinweis, wo man das im Internet „ergoogeln“ kann. Ach so ... Wirklich „Bürgerfreundlich“, oder?

Bis man sich dann in der dort genannten (bzw. selbst gefundenen) Datenbank dort zurecht findet dauert auch wieder noch etwas. Aber man hat ja sonst nichts zu tun ... Und findet dort ( auf <https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/> ) dann mit der per E-Mail erhaltenen „Drucksachenummer“, die man „einfach nur eingeben muss“ (was auch wieder dauert) eine Statistik mit

„Art der Erledigung	2011 in %	2010 in %
	738 100%	1078 100%
Dem Senat überwiesen	83 11,2%	50 4,6%
Für "erledigt" erklärt	206 27,9%	348 32,3%
Für "nicht abhilfefähig" erklärt	435 58,9%	648 60,1%
"Zur Tagesordnung" übergegangen	4 0,5%	21 1,9%
Rücknahmen	10 1,4%	11 1,0%

Aha. Wirklich „positiv“ etwas erledigt, getan wurde also wohl kaum.

Sondern z. B. im Jahr 2010 wurden 94,3% (!) aller eingereichten Petitionen (nur) „für erledigt“ (32,3%) bzw. für "nicht abhilfefähig" erklärt ( 60,1%) bzw. „zur Tagesordnung übergegangen“ (1,9%) !

Und weitere 4,6 % wurden „dem Senat überwiesen“ (wo

wahrscheinlich auch wieder herzlich wenig bzw. gar nichts passierte) ... Das spricht wohl für sich. Aber sicher nicht positiv!

Und alleine schon Formulierungen dort sagen ja Einiges aus: "Zur Tagesordnung" übergegangen oder für "nicht abhilfefähig" erklärt, Für "erledigt" erklärt- ja, man erklärt halt einfach etwas für erledigt bzw. für "nicht abhilfefähig", im Jahr 2010 also z. B. insgesamt 92,4 % (!) der Petitionen. Beim Rest wird dem Senat überwiesen (der ja auch wieder nichts machen braucht) bzw. "Zur Tagesordnung übergegangen" ... Klasse ... Dafür zahlt man doch gerne Steuergelder bzw. hohe Politiker-Gehälter, oder?

Dann noch „Rücknahmen“ „1,0%“. Weil die Petenten merkten, dass das eh keinen Sinn macht? Könnte ich mir nach meinen Erfahrungen gut vorstellen. Oder vielleicht teilweise auch, weil es sich da von alleine erledigt hat. Andererseits: In wieviel Prozent der Fälle waren Petenten wirklich zufrieden mit der „Erledigung“ ihrer Petition? Da ja – wenn überhaupt, eher noch viel weniger – in unter 5 % aller Fälle etwas passierte dürfte sich die Zufriedenheits-Quote bestenfalls wohl auch in diesem Bereich bewegen. Wenn überhaupt.

Natürlich, theoretisch, könnten auch einige Petenten, Bürger (auch ich) damit zufrieden sein, wenn Anliegen für "nicht abhilfefähig" erklärt wird. Wenn da wirklich nichts zu machen war. Das wirklich auch sorgfältig geprüft wurde, alle Möglichkeiten geprüft. Das dann auch verständlich und freundlich erklärt usw. *Wenn*.

Aber zu all dem siehe das schon zuvor Ausgeführte. Dem ist faktisch ja leider, zumindest in der Regel, nicht so. Gerade auch in Hamburg nicht. Im Wesentlichen aber bei den anderen Ausschüssen, in anderen Ländern und beim Bundestag, eben auch nicht.

Auffällig war nur schon, dass je mehr man sich bemühen musste um an die Statistik zu kommen (in Hamburg z. B. mit am Meisten) umso „bescheidenere“ Ergebnisse fand man i. d. R. meistens dort ... Zufall? Sicher, oder? Einen sehr selbstkritischen (bzw. dass man offen mit so etwas umgehen möchte) Eindruck macht das jedenfalls nicht ...

Andere Ausschüsse schickten wenigstens eine genauere Link-Adresse dazu. Und einmal positiv erwähnen möchte ich auch einmal (in diesem Zusammenhang) *Mecklenburg-Vorpommern*. Was ich hier ja auch weniger positiv anführen musste in anderen Aspekten. Was aber auch daher kommt, dass M. V. das einzige Land war, das nicht nur Statistiken, sondern auch Tätigkeitsberichte und Protokolle von Diskussionen, Dokumentationen dazu im Landtag in kleinen Broschüren zugesandt hat (und manchmal auch wertschätzende Worte für eingereichte Petitionen fand- in, ja aber entscheidenden, Taten letztlich auch nicht aktiv wurde. Auch wegen gesandten Stellungnahmen von Ministerien dort, die wirklich sehr fern der Realität sind. Vielleicht sollten die bzw. der Landtag doch einmal anderswo als in einem (Schweriner) Schloss tagen, ihre Ansichten- zu vielen Themen- öfters vor Ort Betroffenen ins Gesicht sagen, um dann zu sehen (bzw. von denen zu hören) wie Bürger- bzw. Realitäts- fremd, „positiv“ diese sind? Das traf aber eben auch mehr oder weniger auf die Antworten *anderer Landtage und die des Bundestags* zu). So bietet man natürlich – in M. V.- auch mehr „Futter“ für kritische Anmerkungen dazu. Immerhin ist das ja aber auch transparenter und ermöglicht auch erst kritische Nachfragen im Interesse der Bürger! Ohne das hätte ich auch einige wichtige Informationen hier nicht gehabt, die zumindest ähnlich auch für andere Bundesländer und den Bundestag von Interesse sind. Das verdient also auch immerhin einmal Anerkennung. Bzw. wirft die Frage auf, warum das anderen Ausschüssen/Ländern nicht auch möglich ist!

M. V. war auch eines der wenigen Länder, die sich „für das Interesse an der Arbeit der Petitionsausschuss bedanken“. Statt das sonst, wie die meisten anderen, nicht zu tun und teilweise auch schon zumindest das Gefühl vermittelnd, dass man diese Statistiken nur bedingt gerne anderen Leuten zur Verfügung stellt ... Zumindest nicht einfach und verständlich.

Das Einzige was ich aus *Bayern* positiv berichten kann ist so z. B. leider auch nur, dass man eine tolle Statistik-Broschüre zugesandt bekommt (bzw. halt auch- nur- wo man diese im Internet finden kann). Dafür hat

man wohl viel Zeit investiert (bei Beantwortungen von Petitionen konnte ich das leider nicht beobachten ...). Allerdings kann die wohl kaum ein „Normalbürger“ so wirklich verstehen ... Auf den ersten Blick sieht die Statistik auch toll aus (schön bunt und z. B. auch 24,5 % „positive Voten“ zu Petitionen).

Aber im Detail (soweit man das überhaupt beurteilen kann, da hier die Statistik auch 5 Jahre umfasst, kaum weiter differenzierbar!)? Da wurde dann halt auch primär Petitionen irgendwohin abgegeben, (nur) als Material, „zur Kenntnisnahme“ usw. Vielleicht hat ja auch irgend jemand in der Politik, Regierung, wo auch immer das „zur Kenntnis genommen“ bzw. „als Material“ (wie es dort heißt) genutzt. Vielleicht aber auch nicht- wer weiß das schon, kann das kontrollieren? Bürger zumindest nicht! (by the way ja auch kaum, wenn Politiker schlaue Ideen von Bürgern, deren „Material“, vielleicht auch einmal als ihre eigene verkaufen ...). Oder halt auch nur zur „Kenntnis genommen“ oder es liegt (wenn überhaupt) in irgend einer Ablage oder dergleichen? Vielleicht wird da durch schöne, bunte Statistiken auch einfach nur mehr kaschiert, sieht die Realität auch z. B. in Bayern ähnlich düster aus wie z. B. in Hamburg und anderswo? Dass wirklich durch eine Petition in Bayern öfters etwas Gravierendes erreicht wurde habe zumindest ich noch nicht mitbekommen, gefunden - ebenso (wenig) wie z. B. in Hamburg (dazu oder allem anderen hier nehme ich aber natürlich gerne evtl. anders lautende Informationen auf, wenn es die geben sollte und mir die jemand zukommen lassen möchte, für künftige Ausgaben dieses Buches). Bekanntlich brachten aber andere demokratische Mittel, Volksbewegungen bzw. Bürgerinitiativen auch z. B. in Bayern zuletzt Enormes zustande (wie z. B. das „Kippen“ der Olympia- Bewerbung dort. Petitionen hätten das sicher nicht ermöglicht). Und auch in Hamburg bekommen ja Proteste gegen (Politiker-) Prestige-Objekte wie die „Elbphilharmonie“ zunehmend mehr Zulauf (dass gegen so etwas oder z. B. den neuen Berliner Flughafen einmal eine Petition etwas bewirkt hätte kam ja zumindest auch in den seltensten Fällen bzw. nie vor ... Dass Massenproteste auch hier schon Einiges bewegten, z. B. durch dadurch erreichte Nachtflugverbote Belästigungen für unzählige

ansonsten sehr belästigte Bürger vermieden, ist ja auch Fakt).

Jedenfalls ist schon besser, wenn man z. B. aus *Hessen* eine ganz klare und verständliche Statistik-Darstellung per Post geschickt bekommt (oder in *Thüringen* in einer E-Mail, mit dort immerhin auch über 10% „positiv erledigter“ Petitionen. Auch wenn man auch da wieder nicht weiß, ob das wirklich so positiv bearbeitet wurde). Gut, das Ergebnis ist nicht gerade toll klingend (z. B. nur 7% „positiv“ beim „Abschluss der Petitionen im Berichtszeitraum 1.1. 2013 bis 31.12. 2013). Aber immerhin sieht man das leicht, statt z. B. in Bayern wohl nur als jemand, der Statistik-versiert ist. Was sich dahinter wirklich verbirgt auch unklar

Und im Vergleich zu z. B. *Hessen*, wo man sich über die Arbeit des Petitionsausschusses bzw. diesbezügliche Statistiken problemlos in Sekunden ein Bild machen kann wird einem, auch nicht gerade entgegenkommend, z. B. aus *Nordrhein-Westfalen* geantwortet (per E-Mail vom 17. 3. 2014):

Sehr geehrter Herr Laub,

Sie finden auf unserer Internetseite [http://landtag/portal/WWW/GB\\_I/I.3/Berichte/index.jsp](http://landtag/portal/WWW/GB_I/I.3/Berichte/index.jsp) Tätigkeitsberichte des Petitionsausschusses, die am Ende auch einen Statistikteil beinhalten. Sie können sich anhand der Berichte die gewünschten Daten selbst zusammenstellen.

Mit freundlichen Grüßen

(...)\_\_\_\_\_

Die Präsidentin des Landtags NRW  
Referat I.3/Petitionen

Aha, selbst zusammenstellen ... Wenn z. B. in Hessen das für Bürger gemacht werden kann, warum dann nicht auch in „NRW“ und anderswo ? Ist das nicht das Mindeste, was man da als „Service“ bzw.

Transparenz verlangen kann als Bürger? Alleine das ist faktisch ja nicht gerade transparent, wenn man quasi abgeschreckt wird, wenn man sich informieren möchte bzw. natürlich sich fragt, wie viel Zeit man da wohl braucht um sich da aus Statistiken selbst etwas heraus zu suchen, zusammenzustellen als natürlich auch nicht Fachmann für Statistiken ... Alleine so etwas ist ja schon „abschreckend“! Und selbst wenn das nicht mit unguter Absicht passiert muss sich so ein Petitionsausschuss, „Referat“, „Präsidentin“ ja auf jeden Fall die Kritik, Frage gefallen lassen ob man wirklich sich in die Lage von Bürgern hereinversetzt. Deren Sprache sprechen möchte. Und auch bemüht eine Sprache zu sprechen, zu schreiben im „normalen“ (und nicht Amts- bzw. bürokratischen) Deutsch, Stil (inkl. leicht verständlicher Statistiken, also auch wenigstens einigermaßen überprüfbare Ergebnisse). Also für „Normalbürger“. Will man deren Sprache sprechen, die ansprechen, verstehen, sich in deren Lage versetzen? Oder muss der Bürger sich auch noch bemühen die Sprache der „Obrigkeit“ zu sprechen, inkl. Juristen und Politiker, verstehen? Letzteres ist nach meinen Erfahrungen leider auch die Regel. Auch nicht „nur“ bezüglich Sprache. Wie eben hier am *Beispiel* „NRW“ zu sehen (wo der Ton auch i. d. R. besonders pampig ist, man dann auch auf Beschwerden- wenn überhaupt- wieder nur liest, dass man dort bei seinem Standpunkt bleibt, auch wieder ohne irgendwelche Argumente) bzw. im Kontrast dazu *Hessen*. Wenn Politiker wirklich bürger-nah, freundlich sein wollen kann man ja wirklich erwarten, dass man sich z. B. völlig klar, verständlich und schnell über die, deren Arbeit und Ergebnisse informieren kann, informiert wird! Und das genauso z. B. als Akademiker wie Mensch ohne Hochschulabschluss. Und wenn selbst z. B. ein Mensch wie ich, immerhin mit recht gut bestandenen Klausuren in „Statistik“ während meines 1. und 2. Studiums, mehr oder weniger abgeschreckt werde nach o. g. Antworten aus z. B. *NRW oder Bayern* ist das auch nicht akzeptabel, nicht transparent (geschweige denn „Bürger-freundlich“) genug für „Normalbürger“. Für die sollten ja auch Statistiken und Antworten auf Petitionen, eigentlich auch Bestimmungen, Gesetze usw. verständlich sein (und nicht nur für Politiker bzw. Juristen). Wie soll

man die sonst nutzen, verstehen, beurteilen, einschätzen, bei Bedarf auch kritisieren können?

Zumal es ja auch Grund genug gibt mit politischen oder Behörden, Verwaltungs-Entscheidungen, Gesetzen, Steuer- Politik usw. nicht zufrieden zu sein. Auch für viele Menschen, die vielleicht auch nicht studiert haben (zumindest nicht Rechts- oder Politikwissenschaften oder Germanistik). Auch gerade eben für nicht so reiche Bürger.

Und die Frage, ob wirklich für die Menschen, Bürger „Politik“, Gesetze, Verwaltungsabläufe usw. verständlich gemacht werden sollen bzw. ob die überhaupt in deren Sinn hilfreich sein sollen ist ja auch eine Frage, die sich immer mehr Menschen stellen. Auch hier gäbe es ja unzählige Beispiele, die immer wieder auch durch die Medien gehen. Zuletzt auch z. B. dank der Hamburger Jobcenter-Mitarbeiterin, die sich an die Öffentlichkeit wandte- weil sie einfach nicht mehr aushielt wie bei Jobcentern mit Menschen („Kunden“ aber teilw. auch Mitarbeitern) oft umgegangen wird, werden soll. Kaum unterstützend, fördernd (wenn überhaupt) und fast nur noch (oft viel zu viel) fordernd, teilw. auch schikanierend. Helfend kaum oder gar nicht. Aber selbst Mitarbeiter dort, die noch Gutes erreichen wollen scheitern oft an bürokrat. bzw. polit. Hürden oder auch an den Bedingungen dort. Bei einer Untersuchung des DGB Berlin-Brandenburg kam auch z. B. heraus, dass in einem bestimmten Bereich, für „ausländische“ Menschen (denen Widersprüche, Beschwerden oder gar Petitionen schreiben ja auch oft schwerer fällt) 100 (!) % aller Bescheide fehlerhaft waren. In einer Presse- Mitteilung des DGB Berlin- Brandenburg (vom 13. 1. 2011) hieß es dazu (Auszug): „Nur mit qualifiziertem Personal, funktionierender Software und der Reduzierung der Fallzahlen sei eine sorgfältige und möglichst fehlerfreie Betreuung von Erwerbslosen in den Jobcentern zu garantieren. So die DGB-Vorsitzende von Berlin und Brandenburg, Doro Zinke. Sie verweist auf die Migrantenberatungsstelle für Hartz-Empfänger im DGB-Haus: Von den 614 dort in 2010 betreuten Ratsuchenden hatte nahezu jeder fehlerhafte Bescheide o. ä. von den Jobcentern erhalten. Das Klagepotenzial liege



auf der Hand. Vor allem ging es um abgelehnte Weiterbildungsbescheide, Mietprobleme oder falsch berechnete Zuwendungen für Bedarfsgemeinschaften. Das sei skandalös, so Zinke und zeige, dass die Beschäftigten in den Jobcentern überfordert seien und die mangelhafte Betreuung den Erwerbslosen zusätzliche Probleme auflade. Anstatt der gesetzlichen Verpflichtung zur Beratung nachzukommen regiere häufig die Willkür. (...). Wenn zudem die Kommunen an den Miet- und Heizkosten herumdokterten und 28 Prozent der Finanzmittel für die Integration in den ersten Arbeitsmarkt gestrichen würden, gerieten Arbeitslose mehrfach unter Druck. So löse sich das Problem der Arbeitslosigkeit nicht, sagte die DGB-Chefin. Die Politik sei mit ihrem Latein am Ende, wenn die Daumenschrauben bei den Erwerbslosen immer stärker angezogen würden“.

Das sind also, in der Tat, ja auch politische Themen (bzw. ökonomische). Wird aber wie beschrieben das „Petitionswesen“ von der Politik bzw. auch Wirtschaft (s. o.) getrennt (wenn Petitionsausschüsse die Politiker ja eben auch zu nichts zwingen können, Konzerne und Unternehmen auch nicht) ist natürlich logische Folge, dass man mit Petitionen herzlich wenig erreichen kann! Wenn die – politischen bzw. ökonomischen- Ursachen, Strukturen usw. für Probleme für „tabu“ erklärt werden kann man diese natürlich auch nicht wirklich, auch grundsätzlich lösen! (und „regiere häufig die Willkür“ setzt sich wie beschrieben dann ja auch sogar noch in Petitionsausschüssen, Parlamenten fort- wo ja auch noch die Frage ist, ob Politiker überhaupt den Bürger-Interessen „abhelfen“ wollen oder, s.o., anderen...)

Und das betrifft ja wirklich auch nahezu die gesamte Bevölkerung:

Selbst z. B. die Autoren der Studie der OECD „Divided we stand“ erläuterten Wege, die den Trend zu größerer Ungleichheit (gerade auch in Deutschland) stoppen und sogar umkehren können, was ja auch für Gesundheit, das Wohl –auch z. B. für auch für alle Menschen mögliche gesunde Ernährung, Bildung, damit Perspektiven- wichtig ist: „Mehr Menschen in Lohn und Brot zu bringen und hochwertige Arbeitsplätze mit echten Karriereaussichten zu schaffen, verspricht dabei die größten Erfolge. Eine Voraussetzung dafür sind

Investitionen in das Potenzial der Arbeitskräfte. Mehr und bessere (Aus)Bildung wäre laut Studie das einzige Mittel, die Lohnungleichheit zu begrenzen und gleichzeitig die Beschäftigungsraten zu erhöhen. Bildungsoffensiven müssen in der frühen Kindheit beginnen und während der gesamten Schulpflicht aufrechterhalten werden. Auch nach dem Einstieg ins Berufsleben sollten Arbeitnehmer und Arbeitgeber angehalten werden, in Weiterbildung zu investieren“. Solche Bedingungen, Schritte, Politik sind also auch dazu, auch unter gesamt-gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aspekten von größter Bedeutung, nicht „nur“ menschlich gesehen. Aber die Frage ist halt wiederum, ob gesamt-gesellschaftliche, menschliche (humanistische) Interessen für die Wirtschaft und Politik heute entscheidend sind. Oder nur wiederum eigene, egoistische von diesen. Die so all den möglichen Fortschritt und Wohlstand für über 80 Millionen Bundesbürger verhindern. Und so Anlass für zig Millionen Petitionen gäben. Die wiederum aber wohl kaum etwas bringen würden. Das erfordert wiederum auch viel mehr politische und demokratische Bewegungen für eine bessere Politik (und Demokratie) ...

Und Gesetze: wenn nun z. B. in einem viel beachteten Urteil das Bundesverwaltungsgericht am 27.2.14 bestätigte, dass Streik von Beamten nach deutschem Verfassungsrecht verboten ist- also z. B. auch von Lehrern für bessere Arbeitsbedingungen in Schulen- so zeigt das ja auch Einiges (ebenso wie dass selbst das Gericht feststellen musste, dass dieses Verbot gegen die Europ. Menschenrechtskonvention verstößt!).

Nicht zuletzt, dass hier noch sehr Vieles erreicht bzw. erkämpft werden muss, was auch in anderen Ländern schon lange möglich ist. Was dort auch meistens von politischen und demokratischen Bewegungen für eine bessere Politik errungen wurde, mit dann auch besseren Gesetzen.

Und Missstände gibt es ja eben wahrlich unzählige in Deutschland. Auch lange bekannt. Und Alternativen oft schon lange, selbst in D., erprobt. In auch z. B. mit Preisen prämierten Reformschulen- z. B. der IGS- Schule in Göttingen, die den Deutschen Schulpreis gewann. Wo es auch erst ab Klasse 9 Zeugnisse gibt, was enormen Stress nimmt – aber auch nicht gute Leistungen verhindert, im Gegenteil (so gehörte die

Schule zu den besten 5% bei zentralen Abiturprüfungen in Niedersachsen)! Wie z. B. auch in der Zeitschrift „Erziehung und Wissenschaft“ 4/2014 (auf S. 7) zu lesen.

Mit dort auch (auf S. 13) dem Beispiel einer innovativen Gemeinschaftsschule in Neumünster (in Schleswig-Holstein)- mit dem Fazit praktischer Erfahrungen dort „Die Verantwortung des einzelnen Kindes und Jugendlichen für das eigene Lernen durch Wahl von Aufgaben, Anspruchsniveau, Tempo und Sozialform erweisen sich als hoch motivierend. Notendruck wird verzichtbar“. Und so kann auch „Burn-out“ (ja schon bei Kindern!) vermieden werden. Warum dann aber erst in so wenigen Schulen? Und in den meisten, Tausenden anderer nicht in Deutschland ? Im Gegensatz zu anderen Ländern, z. B. in Skandinavien, wo überall so gearbeitet, gelehrt und gelernt wird?!

Und ist da wirklich ein Petitionsausschuss der, der (aus einer Broschüre des Ausschusses in Sachsen-Anhalt) “versteht sich als Vertreter gegen Ungerechtigkeit, Benachteiligung und ungleiche Behandlung durch staatliche Stellen des Landes Sachsen-Anhalt“? Wenn Sie das glauben, dem „Robin Hood“-Status dort, schreiben Sie doch einmal eine Petition dorthin gegen Ungerechtigkeiten z. B. auch an staatl. Schulen dort oder auch dort Steuer-und anderer Politik, die gar nicht so sozial ist... viel Spaß ... (by the way schreibt der Petitionsausschuss dort in seinem Bericht 2013 übrigens "Erfreulicherweise konnte der Ausschuss für Petitionen am Ende des Berichtszeitraums feststellen, dass er 6,8 Prozent der an ihn herangetragenen Bitten und Beschwerden Rechnung tragen konnte; im vorhergehenden Berichtszeitraum waren 6,3 Prozent der Petitionen erfolgreich". Super, oder? ... Ja, ist das Glas halb leer oder halb voll mag etwas Ansichtssache sein. Aber ob so erfreulich ist, wenn ja auch *über 93% Bitten und Beschwerden nicht Rechnung getragen wurde?*)

Und warum solche o. g. Fortschritte aber nicht auch für Millionen andere Kinder (und Jugendliche)? Mit u. a. auch (ebenfalls in der Zeitschrift „Erziehung und Wissenschaft“ 4/2014, auf S. 21 f., zu lesen) der Folge, dass laut einer Anfang 2014 veröffentlichten Studie des Lehrers und Soziologen F. Kast Schüler die auf unterschiedlichen

Schulen gleiche Noten haben in Vergleichstest nur ca. 17 % gleiches Leistungsniveau hatten. Also auch demnach zu ca. 83 % Noten eh kaum Aussage kräftig sind bzw. gar nicht- und von Schule zu Schule, also willkürlich, so stark variieren können. Das darf doch nicht sein! Das ist ja keine Chancengleichheit!

Ebenso wie (dort auf S. 10) beschrieben wird, was der Schulforscher K. Ingenkamp schlussfolgert nach Untersuchungen- dass „Zensuren und Zeugnisse sind in ihrer Entstehung und in ihrer bisherigen Geschichte niemals in erster Linie pädagogische Instrumente gewesen. Sie hatten immer zuerst eine gesellschaftliche Funktion“. Wie dort dann weiter beschrieben wird eben heute zur *Selektierung*! Dabei, wie dort (auf Seite 12 f.) angeführte Untersuchungen belegen, „Noten und Schulempfehlungen hängen stark vom sozialen Status der Eltern ab“. Bzw. „Noten und Schulempfehlungen fallen auch bei gleicher Leistung je nach Schichtzugehörigkeit unterschiedlich aus“! Das ergab auch eine dort zitierte Studie des Bildungsforschers Kai Maaz u.a. im Auftrag der Vodafone Stiftung mit dem Titel „Herkunft zensiert?“. Also wiederum (soziale) Ungerechtigkeit. Im „Sozialstaat“ (?) Deutschland. Auf Kosten von vielen Millionen Kindern, Jugendlichen, Bürgern. Denken Sie daran werden Petitionen alleine etwas ändern (statt andere Politik?). Auch „nur“, dass es z. B. endlich in allen Bundesländern für Alle gleiche Chancen gibt?

Vielleicht wird man ja sogar einmal mit der einen oder anderen Petition Erfolg haben. Wie z. B. gelegentlich gegen geplante Abschiebungen von Asylbewerbern, natürlich auch sehr wichtig und ein großer Erfolg- manchmal sogar auch mithilfe von einzelnen Politikern (aber vor allem mit großer Solidarität aus der Bevölkerung. Und auch zugleich ein Armutszeugnis, wenn in Terror-Regimes Verfolgte, oft große Demokraten, wahrliche „Leuchttürme der Demokratie“, nicht von alleine Asyl-Recht in Deutschland bekommen – ein Recht, das ja auch zunehmend beschnitten wurde und verteidigt bzw. erweitert werden muss- auch als Lehre der deutschen Vergangenheit- ebenso wie viele andere Rechte. Damit auch nicht mehr so viele Petitionen nur wegen zu schlechten Gesetzen nötig sind). Aber gleichzeitig schafft bzw. belässt

„die“ (solche!) derzeitige Politik und, ja auch von Politikern verursachte, Gesetzeslage aber ja immer wieder, unzählige, Millionen neue Probleme. Wo in den aller-meisten Fällen auch Petitionen nicht möglich oder hilfreich, erfolgreich sind. Wo selbst andere Mittel (Widersprüche, Klagen) sogar noch unzählige Male, zig Vielfaches erfolgreicher sind (z. B. in vielen Bereichen über 50, bis manchmal 100%)- zumindest wenn man potenziell starke Partner wie etwa solche des DGB an der Seite hat. Auch dagegen klingen „Erfolgsaussichten“ von Petitionen ja jämmerlich.

Aber, siehe oben: Vor allem würden ja andere Gesetze und Politik hier Abhilfe schaffen bezüglich zig Millionen Anliegen, Bitten, Beschwerden ... Dann wäre „Bitten“, oft noch mit Antworten dazu als ob man um etwas *betteln* würde (obwohl das ja demokratische Rechte sind bzw. angeblich sein sollen!), ja auch erst gar nicht nötig. Bzw. sich damit herumärgern, wie mit einem umgegangen wird.

Wo selbst überdurchschnittlich „gute“ Antworten auch nicht gerade wirklich zufrieden stellend sind.

Wie, um nur ein Beispiel dafür zu nennen, diese. Wie würden Sie, für wie optimal, eine diesbezügliche Antwort etwa aus *Brandenburg*, dem Sekretariat des Petitionsausschusses dort, einschätzen:

„ Sehr geehrter Herr Laub,

Ihre                   Anfrage                   habe                   ich                   erhalten.

Der Petitionsausschuss des Landtages Brandenburg unterrichtet das Plenum des Landtages in sogenannten Übersichten über seine Beschlüsse zu Petitionen. Diese Übersichten sind über die Parlamentsdokumentation des Landtages im Internet aufrufbar. Ich möchte Ihnen auf elektronischem Wege antworten, damit ich Ihnen einen Link zur Parlamentsdokumentation des Landtages zusenden kann, über die Sie die gewünschten Unterlagen abrufen können. Sie erreichen die Suchmaske der Parlamentsdokumentation über folgenden Link:

<http://www.parldok.brandenburg.de/starweb/LTBB/servlet.starweb?path=LTBB/lissh.web><<http://www.parldok.brandenburg.de/starweb/LTBB/servlet.starweb?path=LTBB/lissh.web>>

Geben Sie bitte in der zweiten Zeile links hinter Dokumenttyp „Übersicht“ ein und starten Sie die Suche oben links über der Suchmaske. Ihnen werden dann die Übersichten dieser Legislatur angezeigt, die die von Ihnen gewünschten Informationen enthalten. Öffentliche Petitionen sieht das Petitionsgesetz des Landes Brandenburg nicht vor.

Ich hoffe Ihnen weitergeholfen zu haben.  
Mit freundlichen Grüßen (...)

Man könnte das ja als „bemüht“ werten und recht freundlich. Das war wie gesagt sogar noch überdurchschnittlich gut beantwortet (was ja aber eher gegen die Antwort aus anderen Bundesländern spricht, auch gegen den Durchschnitt). Nur, nochmals: Das, was ich wissen wollte, bekam ich aus Hessen per Post nach Hause geschickt und konnte völlig problemlos innerhalb von Sekunden (!) auf einen Blick die gewünschte Antwort sehen. Ohne mich irgendwie weiter bemühen zu müssen. Um die gleiche Antwort zu bekommen hätte ich nach o. g. Antwort aus *Brandenburg* ein zig Faches an Zeit gebraucht, umso mehr in *Bayern, NRW, Hamburg, ...*

Antworten aus *Brandenburg* sind aber jedenfalls inhaltlich zumindest auch nicht besser als von anderswo (und einige auch einfach nur in anmaßendem „Oberlehrerton“). Wenn z. B. Petitionen damit „abgeschlossen“ werden (nachdem ich zuvor kritisiert hatte, dass darauf gar nicht eingegangen wurde) mit dem Hinweis, dass das Land Brandenburg dazu etwas „prüfen und gegebenenfalls umsetzen wird“.

Aha. „Prüfen und gegebenenfalls umsetzen wird“. Gegebenenfalls. Natürlich. Ebenso wie z. B. zig Beschwerden, Warnungen, Verbesserungsvorschläge usw. von Bürgern (auch Experten) jahrelang einfach ignoriert wurden mit der Folge, dass nun die halbe Welt über das unsägliche Chaos beim neuen Großflughafen „Berlin-Brandenburg

international“ lacht? Ja, warum vertrauen wir nicht einfach „unseren“ tollen Politikern? Komisch ... Muss an uns Bürgern liegen, oder?

Und wie solch eine o. g. Antwort in einer Statistik wohl verbucht wird? „Positiv erledigt“? „Teilweise positiv“? Gefühlt und höchstwahrscheinlich auch faktisch bleibt mal wieder die Erkenntnis, dass das Schreiben einer Petition in Deutschland in der Regel so „Weltbewegend“ ist als ob irgendwo auf der Welt ein Sack Reis umfällt. Oder auch nicht (und „gegebenenfalls“ machen „unsere“ Politiker, von unseren Steuergeldern bezahlt, also etwas. Aha. Was passiert eigentlich mit Bürgern, die z. B. ihrem Chef mitteilen „Gegebenenfalls mache ich meine Arbeit“? Oder den größten Teil ihrer Arbeit dadurch „erledigen“, dass sie die einfach in irgendeine Ablage legen oder irgendwohin weiterleiten, wo es dann in aller Regel auch wieder im Sand verläuft? Würde man dann auch ein „positives“ Zeugnis dafür erwarten können? Und, nur nochmals zur Erinnerung: „Brötchengeber“ der Politiker in Parlamenten und deren Petitionsausschuss sind ja wir Bürger, Steuerzahler. Wir finanzieren die, deren Gehälter/Bezüge, „Diäten“. Durch unser hart erarbeitetes Geld. Und dafür bekommen wir so eine „Arbeit“ geliefert, wo etwas nur „gegebenenfalls“ gemacht wird bzw. faktisch nahezu immer nur in irgendeiner Ablage landet?! Das sollte man sich ja wirklich nicht bieten lassen!).

Das mit „als ob ein Sack Reis umfällt oder nicht“ gilt z. B. auch für Antworten aus *Bremen*, wo man auch gar nicht wirklich auf Anliegen eingeht oder halt auch mit von der Realität überholten Ansichten .. Oder zumindest einige Petitionen werden wohl auch nicht richtig gelesen.

Immerhin wurde z. B. in *Brandenburg* ja auch noch o. g. Link per E-Mail geschickt (allerdings kam ich dann zu einem 50-seitigen Bericht, aus dem ich kaum schlau wurde, sehr unübersichtlich, wirklich auch eine Zumutung- wonach wohl bestenfalls, höchstens in etwa 5-10 % der Petitionen etwas „positiv“ erledigt wurde, ansonsten wurde auch alles wieder nur irgendwohin überwiesen. Vielleicht ganz gut- für die Verantwortlichen dafür- dass man so etwas unübersichtlich darstellt?). Im Gegensatz etwa zu *Schleswig-Holstein*, wo man solche Internet-

Adressen per Post geschickt bekommt. Also muss man diese dann erst noch selbst im Computer eintippen ... Kommt dann auch zu längeren Berichten, aus denen man auch erst mal wieder schlau werden muss ... (bzw. in S.H. zu vierteljährlichen Berichten, Statistiken ... Hier wäre weniger Dokumentation- und dafür mehr Tun, Wirken- wohl auch nicht schlecht. Wenn man dann dort auch noch von „positiv erledigten Petitionen“ von – außer Niedersachsen, s. unten - *Negativ*-Rekordverdächtigen unter 4 %(!) liest fragt man sich auch, ob Zufall ist, dass gerade dort auch ziemlich umständlich gemacht wird zu diesen Zahlen zu gelangen ... Und gerade – Zufall?- mit *Brandenburg, Niedersachsen* und *Schleswig-Holstein* machte ich auch mit die schlechtesten Erfahrungen- wurden z. B. Petitionen nur dort (*Schleswig-Holstein*) erst gar nicht angenommen, obwohl sonst in allen anderen Ländern das unproblematisch der Fall war ... Und wenn geantwortet wurde dann auf viele Sachen - nur nicht das, was eigentlich das Anliegen war usw.).

Ja, das sind Alles nur mehr oder weniger „Kleinigkeiten“. Aber der Teufel steckt ja bekanntlich auch im Detail. Bzw. nur im Detail, *in der Praxis, zeigt sich ja auch „Bürgerfreundlichkeit“ und Demokratie – und nicht in grauer Theorie, wohl klingenden Politiker-Reden ...* Und das hier Beschriebene ist denke ich doch ein kleiner aber feiner „Demokratie-Alltags-Test“. Natürlich nur ein kleiner Aspekt. Nur wusste ja keiner der angeschriebenen Petitions-Ausschüsse, welche Bildung, Alter usw. ich habe. Ob ich fit bei Statistiken und im Internet bin oder nicht (was man z. B. ja von älteren Menschen nicht erwarten kann, muss). Wäre dann nicht wirklich Pflicht, um sicherzustellen dass ich das wirklich auf jeden Fall verstehen kann, dass ich eine auf jeden Fall einfach verständliche, zugängliche Antwort wie aus *Hessen* bekomme? Aber von jedem Petitionsausschuss, nicht nur von einem von 17?!

Wobei, nur nochmals als nötiger (kurzer) Exkurs dazu: Es geht hier nicht um „Persönliches“. Sondern um strukturelle, politische Fragen. Um das System bzw. dessen Hintergründe! Natürlich weiß ich auch nicht, kann ich nicht beurteilen, woran das jeweils konkret liegt, warum



von einem Petitionsausschuss eine solche oder andere Antwort kommt (und möchte natürlich auch nicht anhand einzelner Erfahrungen zu sehr pauschalisieren oder damit zum Ausdruck bringen, dass z. B. grundsätzlich in Hessen bessere Politik gemacht wird). Auch z. B. ein „Kundenservice“-Mitarbeiter der DB oder eines Jobcenters oder was auch immer ist ja nicht dafür verantwortlich, was die Konzern-oder Behörden-Leitung (bzw. dieser übergeordnete Politiker) für Entscheidungen treffen, Politik machen. Vielleicht hat man im Petitionsausschuss in Hessen – bzw. in dessen Büro, Sekretariat oder dergleichen- auch einfach bessere personelle oder sonstige Möglichkeiten, mehr Budget für Porto oder was auch immer als anderswo. Dafür könnten dort Angestellte natürlich nichts. Aber halt dann auch wieder Zuständige (Politiker) dort, die dafür verantwortlich sind. Dass eine angeblich, theoretisch ja so wertvolle Arbeit nicht genug Wertschätzung bzw. Mittel bekommt.

Auch wenn Einiges sicher auch eine Frage der (besseren) Organisation bzw. des Managements ist. Denn einige Leute in Deutschland wird ja wohl doch z. B. das „Petitionswesen“ und diesbezügliche Statistiken interessieren- zumindest werden diese Statistiken ja überall auch erstellt. Anstatt dann jeder Anfrage so zu antworten, etwa mit „Sie finden dort einen Link, müssen dann dorthin gehen usw.“ – was ja auch einige Zeit erfordert- könnte man ja einfach irgendeinen Versierten (der im ganzen Land- bzw. Bundestag ja doch irgendwo zu finden sein muss) damit beauftragen- wie in Hessen- mit einem ganz einfachen, auch einfach verständlichen Schaubild, das Ergebnis einer Statistik zu erstellen. Das könnte man dann auch per Post (oder eben einfach Link dazu) dann verschicken ... Das würde allen Beteiligten viel Arbeit ersparen. Aber das ist heute ja eigentlich fast jedem Kind, Jugendlichen möglich. Warum wird es dann nicht überall gemacht? Ist es ja vielleicht doch so, wie ja immer wieder unzählige Kritiker und Insider bemerken, dass bessere Verständlichkeit gar nicht so (politisch) gewollt ist? Dass z. B. Anträge auf Sozialleistungen, Renten usw. bewusst so kompliziert sind- dass man die „lieber“ gar nicht erst beantragt? Oder eben Rechte (auch zu Petitionen) weniger wahr nimmt usw. Und dass o. g. Statistiken

vielleicht auch lieber eher unverständlicher sein sollen- denn würde man, mehr Menschen, sie besser verstehen können würde man ja doch auch „unsere“ tolle Demokratie und deren „Leuchttürme“ (s. oben) gar nicht mehr so toll finden, kritischer hinterfragen und mehr nach grundsätzlichen Lösungen, Alternativen suchen- was ja auch viele Politiker-Posten gefährden würde? Wie gesagt hinterfragen solche Sachen ja auch berühmte Wissenschaftler und z. B. Soziologen, auch bezüglich juristischer und politischer „Kunstsprachen“- zu großen Teilen völlig künstlich und abgehoben von normalem Sprachgebrauch. Damit man als „Normalbürger“ gar nicht mehr so verstehen kann, verstehen soll, welche Politik und Gesetze, Rechtssprechung usw. „im Namen des Volkes“ (angeblich) gemacht wird (ebenso wie früher ja nur wenigen Menschen der vermeintliche „Wille Gottes“ lesbar war in latein. Sprache). Zumindest sehr oft eben gar nicht so im Interesse des Volkes, dessen absoluter Mehrheit- sondern eben nur einer eigentlich verschwindend kleinen Minderheit. So dass diese auch, ja sogar von offiziellen Armutsberichten bestätigt, immer reicher (und der Rest, Millionen Menschen, immer ärmer) wird. Z. B. aufgrund ja auch einer bestimmten Steuerpolitik. Und da bemerkte ja schon einer der schlauesten Menschen aller Zeiten, A. Einstein, kritisch, dass er Steuer-Erklärungen nicht versteht. Das wäre auch eine Wissenschaft bzw. Philosophie für sich. In der Tat. Die auch ja immer bestimmten Interessen dient, was mit Steuergeldern passiert bzw. wer (mit welchem Einkommen, Vermögen) wie viele Steuern bezahlen muss oder nicht entscheidet ja natürlich letztlich darüber, wie viel materielle Möglichkeiten man zum Leben übrig hat (oder nicht). Also faktisch über (Chancen-) Gleichheit bzw. *Un*-Gleichheit (bei der Deutschland ja in vielen Bereichen unrühmlicher weise „spitze“ ist- in kaum einem vergleichbaren Land gibt es ja, auch nach anerkannten OECD- sowie „PISA“ u. a. Studien, z. B. so ungleiche Löhne und Gehälter für gleiche Arbeit z. B. von Frauen und Männern „Ossis“ und „Wessis“ usw., sind Bildungs- und damit Zukunfts- Chancen für Bürger so sehr von sozialer Herkunft abhängig usw.). Würden das mehr Menschen verstehen können, durch auch verständlichere Sprache der Politiker, Juristen usw.

(auch in Gesetzen etc.), gäbe es sicher noch mehr Proteste als eh schon. Und auch noch mehr Petitionen. Und auch noch mehr Proteste dagegen, wie selbst mit Petitionen- also auch „Bitten und Beschwerden von Bürgern“ umgegangen wird!

Was auch oft gar nicht so einfach zu durchschauen ist. Hätte ich z. B. nicht u. a. Psychologie und Politologie (Politikwissenschaften) studiert und auch ein paar Seminare, Kurse, Fortbildungen und Vorlesungen im juristischen Bereich genutzt (was man ja natürlich auch nicht von jedem Bürger verlangen kann) wäre mir gar nicht so aufgefallen, dass einige Petitionen von einigen P. –Ausschüssen manchmal noch recht nett beantwortet wurden, auch endend mit „wir hoffen damit gewünschte Informationen gegeben zu haben“ oder dergleichen, sinngemäß. Anstatt dass ich aufgrund meines o. g. Wissens und auch einiger praktischen Erfahrung im psycholog. und auch etwas im polit. (und rechtl.) Bereich erkennen konnte, dass das zwar relativ nett klang. Aber *überhaupt nicht auf mein Anliegen einging* – sondern einfach „Politiker-mäßig“ lange daran, am eigentlichen Thema, vorbei geredet- von wegen „wir hoffen damit gewünschte Informationen gegeben zu haben“ (was in der statistischen Auswertung der Ausschüsse dann ja sogar noch als „positiv“ erledigt gewertet werden kann, obwohl es das in keinsten Weise war! Oder zumindest nicht als „negativ erledigt“ gewertet, sondern als „Zusendung von Informationsmaterial“ oder dergleichen. Ich wollte das da aber gar nicht, das betraf auch gar nicht wirklich mein Anliegen ... Statistisch richtig erfasst dürfte so etwas ja keinesfalls als in irgendeiner Weise als „positiv“ erfasst werden!).

Da kann man in seiner Petition auch z. B. darauf hinweisen, dass in Deutschland (eigentlich auch dort anerkannte) Beschlüsse z. B. von UN-Kinderschutzkonventionen kaum bzw. in der Praxis oft gar nicht umgesetzt werden. Dass auch nach Erkenntnissen z. B. der UN, UNESCO, OECD usw. eine andere Politik zu mehr sozialer Gerechtigkeit, Wohlstand bzw. weniger Armut, Hunger, Not, Benachteiligungen usw. (gerade) auch in Deutschland führen könnte und müsste, bittet um Umsetzung diesbezüglicher, auch konkreten,

Schritte – na und? Darauf – wer ist denn schon die UN, UNESCO, OECD und vor allem nur ein Bürger- geht man halt einfach nicht ein in seiner Antwort (oder schreibt halt nur, dass man das auch wichtig findet- aber warum geht man darauf dann praktisch, faktisch nicht weiter ein?! Das sei Ziel auch der Politik bekommt man da als Antwort- auch auf Petitionen gerade sogar mit dem Hinweis, dass selbst z. B. die o. g. Organisationen oder Europ. Gerichte usw. das an der Politik in D. kritisieren, dass das dort *gar nicht Ziel der Politik ist!* Unglaublich. Als Psychologe, Therapeut muss man da wirklich an Erkrankungen denken, wo Menschen in ihrer eigenen Welt, Realität leben bis hin zu Wahn-Erkrankungen- wo man mit rationalen Argumenten auch nicht weiter kommt ... Aber solche Menschen sind krank, die können nicht anders. O. g. Politiker könnten aber natürlich anders. *Sie wollen nur nicht!* ).

Insofern muss man aber auch wirklich sehr aufpassen, ob letztlich positiv klingende Antworten auf Petitionen wirklich so positiv sind (vgl. auch das genannte *Berliner, Abgeordnetenhaus*, Beispiel dazu) bzw. wie die gewertet werden, wirklich zu werten sind! Und nach o. g. diesbezüglichen Erfahrung mit dem Berliner Abgeordnetenhaus sieht man dann eine erstaunlich positiv klingende Statistik von dort doch sehr viel kritischer, vorsichtiger: Von 2215 „Erledigungen“ (von Petitionen) im Jahre 2012 wurden dort 16,61 % „positiv“ (erledigt) gewertet. 11,60 % „teilweise positiv“. Das wären ja immerhin – falls man das überhaupt als viel, positiv werten mag – etwa 1/4 zumindest teilweise positiv.

Allerdings kann man eben auch sagen, dass auf jeden Fall, unbestrittener weise (selbst nach eigener Statistik dort), nicht einmal ein Fünftel (ganz) positiv erledigt wurde. Und nach meiner o. g. Erfahrung ist ja auch wirklich zu fragen, ob diese 16,61 % z. B. auch „positive Erledigungen“ wie die meiner Petition beinhalten. Zwar nett, positiv  *klingend* – aber inhaltlich, *faktisch*- und das ist ja entscheidend – wurde die *negativ* bzw. gar nicht beantwortet. Meiner „Bitte, Gesuch“ wurde ja 0,000 % nachgegangen! Natürlich wäre auch in Ordnung, wenn man begründet und zu Recht eine Petition nicht weiter verfolgen würde, wenn das eben wirklich gerechtfertigt und begründet wäre, würde. Nur wäre das dann ja

nicht „positiv erledigt“. Und z. B. meiner o. g. Petition wurde ja auch noch bescheinigt, was für ein gutes und berechtigtes Anliegen das wäre usw. Aber es wurde dann ja als erledigt erklärt, nur weil es schon mal einen ähnlichen Antrag gegeben hätte, der auch im Abgeordnetenhaus besprochen würde (aber eben mit offenem Ausgang – und zu gr. Teilen ging das auch in eine andere Richtung als mein Anliegen). Damit wurde aber freudig auch meine Petition als „erledigt“ (vermutlich „positiv“) erklärt?! Sorry, zu früh gefreut, „lieber“ Petitionsausschuss. Da auf meine genannte sachliche Kritik dazu nun auch seit mehreren Monaten keine Antwort kam (alleine das ist ja alles andere als o. k.) nun diese also auch hier nochmals öffentlich (vielleicht wurde meine Kritik ja auch einfach abgeheftet und wird nun z. B. statistisch zu den 11,65% gezählt, mit „neutraler Erledigung“- z. B. als „Wiederholungspetitionen u. a.“ dort ...).

Insofern bin ich also auch eher skeptisch auch bei dem einen oder anderen Petitionsausschuss, dessen Statistik um die 15 % „positive Erledigungen“ beschreibt. Was die da wohl auch unter „positiv“ verstehen, vielleicht ja ähnlich wie im Berliner Fall, Beispiel? Offen gesagt fällt mir nach all meinen Erfahrungen und den Statistiken auch schwer noch etwas positiv zu mutmaßen. Und auch wenn ich wirklich versuche nicht zu sarkastisch zu werden- ist es das (oder Sachen einfach nicht zu rosig zu sehen wollen), nicht auch verständlich wenn man sich fragt, ob nicht zig Bitten und Beschwerden z. B. zum neuen Großflughafen in Berlin nett beantwortet wurden mit „oh ja, da müssen wir dran arbeiten, sind auch schon dabei“ (zur Realität dazu siehe oben). Alles doch „positive Antworten“, oder? Da zumindest nie genauer erläutert wird, was das „positiv“ bedeuten soll bleibt hier ja zumindest Unklarheit. Da ja aber weitere Auskünfte nicht gegeben werden können bzw. wollen bleibt diese halt, was ja nicht gerade Vertrauen schafft. Zumal wie gesagt selbst 15 % vielleicht ja gar nicht so toll sind, wie man das selbst, als Petitionsausschuss/Politiker sieht? Ja, man sollte auch nicht zu schwarz sehen. Aber man muss ja auch wirklich aufpassen, dass man nicht Schönfärberei zum Opfer fällt. Auch wenn diese nicht so offensichtlich ist wie z. B. beim neuen Berlin-

Brandenburger Flughafen- wo ja Jahre lang behauptet wurde, dass alles gut läuft (aber nun ja, vielleicht sehen die verantwortlichen Politiker es ja auch als Erfolg, dass „schon“ nach Jahrzehnten 10-15 % des ursprünglichen Plans, von 100%, erfüllt wurde ... Wenn es nicht so traurig wäre ...).

Aber Politiker haben wohl an sich selbst andere Maßstäbe, auch andere als an „Normalbürger“ (ob diese Politiker auch zufrieden wären, wenn jemand z. B. ihr Haus nur zu 10-15% richtig aufbaut, auch erst in unendlich langer Zeit – nun ja ...). Wie z. B. auch in einer Mail aus *Thüringen* zu sehen, wo immerhin aber persönlich die Statistik der letzten Jahre vom Petitionsausschuss detailliert mitgeteilt wird– und auch wenn bei den meisten Antworten von dort ich leider hier allgemeine Kritiken am deutschen „Petitionswesen“ wiederholen müsste so hatte ich immerhin doch auch einmal das Gefühl, dass man einem Anliegen wirklich nachging. Traurig aber wahr, dass man so etwas schon positiv hervorheben muss ... (und immerhin gibt es –nur- im Thüringer Petitionsausschuss eben auch einen „Härtefallfonds“, mit dessen Mitteln schnell und unbürokratisch geholfen werden kann, wenn es keine andere rechtliche Grundlage für Menschen in Not gibt. Was aber auch eher wiederum fragen lässt, warum es solche unbürokratische Vorgehensweisen in allen anderen 16 deutschen Petitionsausschüssen nicht gibt?! Und warum der dort auch nur einige Tausend Euro beträgt ... Würde man an den Gehältern der Parlamentarier auch nur 1% kürzen hätte man viel, viel mehr- jeden Monat! Neulich wurde z. B. von einem südamerik. Präsidenten berichtet, der seinen prunkvollen Regierungssitz verkaufte und das Geld sozialem Wohnungsbau zur Verfügung stellte ... Haben Sie so etwas schon einmal von einem führendem deutschen Politiker gehört?

Und „by the way“ spenden ja zig Millionen Deutsche zig Millionen mal mehr Geld und, ja auch extrem viel wert, ehrenamtlich Zeit ... Das aber von ihrer Freizeit und ihrem Geld und nicht von Steuergeldern ... Im Gegensatz dazu ist ein o. g. Fonds auch viel mehr lächerlich gering... Da gibt es zudem ja auch unzählige Spendenplattformen, die da

unendlich mehr Hilfen organisieren ... Auch privat, auch organisiert).

Leider sind aber eben auch die Statistiken qualitativ kaum zu bewerten. Vielleicht wird ja z. B. in einem Bundesland, Ausschuss die „Beantwortung“ einer Petition wie meiner o. g. aus Berlin als „negativ“ erfasst statistisch. Deshalb hat man dann nur 5 , 6, 10 % „positive Erledigungen“. Letztlich, faktisch dann aber vielleicht etwas mehr positiv erledigt (immerhin- obwohl das ja eigentlich selbstverständlich sein sollte- darauf eingegangen, sich zumindest wirklich beschäftigt) als in anderen Bundesländern, Ausschüssen, die so etwas (für sich) vielleicht als positiv „verbuchen“. Wer weiß. Man kann da auch nur mutmaßen. Aber das haben sich die Ausschüsse halt auch selbst zuzuschreiben. Wenn man z. B. vom Ausschuss des Bundestages zum X-ten Mal die Antwort liest, dass dieser nicht näher begründen mag warum die eine oder andere Petition zur öffentlichen Diskussion zugelassen wird und unzählige andere nicht- alles überhaupt nicht transparent, nachvollziehbar- dann muss dieser (und andere Ausschüsse) halt sich auch solche Fragen öffentlich, z. B. auch hier, gefallen lassen.

Auch z. B. wenn man in einer Statistik z. B. des Landtages des Saarlandes – *ähnlich aber auch bei den anderen* - liest, dass 2010-2012 Petitionen erledigt wurden mit „17 % positiv gerichteter Beschlussfassung“ fragt man sich halt auch, was das „positiv“ wiederum aus deren Sicht bedeutet (zumal ich aus Antworten von dort immer nur las- außer, dass fast immer nur der Petitionsausschuss unkritisch 1:1 Stellungnahmen der Ministerien weiter leitete (!)- dass sich das Saarland ja schon bemüht um viele Sachen ... Bemühen heißt ja aber nicht Schaffen. Aber wahrscheinlich wird da schon „Bemühen“ alleine positiv gesehen, auch wenn nötige Ziele *erreichen* ja noch mal etwas anders wäre (um in o. g. Bild zu bleiben: Würden Politiker positiv werten, wenn aus den Bemühen ihrer Haus-Bauer letztlich nichts wurde?). Und vor dem *Erreichen* von Zielen würden auch Normalbürger wohl auch nicht davon sprechen, dass etwas „erledigt“ wurde. Zumal viele Petitionen ja auch politische Anliegen haben (bzw. ohne diese auch, siehe oben, politisch zu betrachten, sind sie nicht wirklich zu lösen).

Wenn laut der Statistik aber dort nur 0,9 % (!) mit „Empfehlung an die Landesregierung“ erledigt wurden- hm. 0,9 % klingt ja weniger gut. Zumal die Landesregierung ja nicht mal diesen 0,9 % irgendwie weiter folgen muss ... Und auch hier wird ja der aller-größte Teil auch nicht „positiv erledigt“. Alleine „58,3 % Erledigung nach Bestätigung der Regierungsstellungnahme“ heißt wohl- das bekam ich auch meistens als einzige Antwort- dass einem einfach die „herrschende Meinung“ hingeknallt wird und damit ist die Sache „erledigt“ (hugh, das Ministerium hat gesprochen) in ja bereits zuvor beschriebener Art und Weise, kaum oder gar nicht auf Argumente oder international anerkannte Studien, Wissenschaftler- oder Betroffenen- Meinungen eingehend usw. Einfach mit der „Autorität der Macht“ (statt der Wahrheit, Wahrheitsfindung- statt zu sagen „vielleicht wissen Bürger ja besser was für sie gut und stimmig ist“ haben die halt die Meinung des Politikers, Ministeriums zu fressen. Aus, basta, Widerspruch zwecklos). Darüber hinaus laut Statistik zusätzlich auch noch „21,7% Erledigung auf sonstige Weise“ - was auch immer das bedeuten mag. Nach allen o. g. Erfahrungen lässt das wenig Gutes ahnen, jedenfalls ist es halt auch wieder gar nicht transparent.

Und diese Kritik-Punkte betreffen eben (etwas) mehr oder weniger letztlich alle Ausschüsse. Vielleicht mit der einen oder anderen etwas Abweichung nach oben oder unten, aber letztlich nicht wirklich signifikant (entscheidend) für die hier aufgeworfenen grundsätzlichen Fragen bzw. Kritiken.

Die ja auch nicht nur ich habe. Nicht nur ich beschwere mich darüber - und auch über weitergehende Versäumnisse, „Eisberge“, deren Spitze meistens ja dann (nur noch) u. a. die Petitionsausschüsse sind. Wie eben faktische Ungleichheiten oder auch ungerechte Verteilungen (auch z. B. mittels „Steuer- Politik“) der von der gesamten Gesellschaft (ja gerade auch „nur“ einfacher Leute, Arbeiter und Angestellten aber auch z. B. „Mittelständler“) erarbeiteten Reichtümer. Dagegen protestieren weltweit ja auch zunehmend mehr Menschen gegen Wirtschaftspolitik/- Ordnungen, inkl. dazu gehörender Gesundheits- und Bildungspolitik



zunehmend mehr (nur) im Interesse des „Finanzkapitals“. Was heute ja auch nicht mehr nur „linke“, gewerkschaftlich und dergl. orientierte Menschen und Organisationen, auch UNICEF und dergl. und selbst der Papst immer mehr kritisieren- und zu anderer Politik bzw. (Wirtschafts-) Systemen aufrufen.



Ebenso wie z. B. der europ. Gerichtshof für Menschenrechte auch Kindeswohlgefährdungen durch deutsche Jugendämter (z. B. bezüglich der Benachteiligung unverheirateter Väter und dem Recht der Kinder auf beide Eltern bzw. andere Verstöße gegen UN-Kinderschutzkonventionen). Selbst zudem z. B. die OECD muss zunehmend mehr soziale Ungerechtigkeiten und ungerechte Verteilungen der von Milliarden Menschen erarbeiteten Güter und Dienstleistungen (zum Profit weniger Menschen) kritisieren, (gerade) auch in Deutschland. Und auch die OECD und dergleichen weisen ja immer wieder darauf hin, dass es –gerade dort- auch viel besser ginge, mit einfach „nur“ besserer bzw. anderer Politik (mehr im Interesse, zum Wohl der absoluten Mehrheit der Menschen- statt nur einiger weniger, die aber an den Schaltzentralen der Macht sitzen bzw. eine stärkere- bzw. überhaupt!- „Lobby“ haben in Parlamenten, deren Ausschüssen usw.). Immer mehr regt sich ja, auch aus Kreisen z. B. des- ja auch zunehmend mehr betroffenen- „Mittelstandes“ und früher gar nicht so protestierender Menschen Widerstand - wie z. B. gegen „Stuttgart 21“, zu sehen (oder gegen finanz. und bürokratische Fiaskos wie beim neuen Berliner Flughafen, der Hamburger neuen Philharmonie und gegen unsoziale Politik, auch im Bildungs- und Steuerbereich usw.). Und es geht ja auch um die Zukunft.

Laut UN- Kinderschutzkonventionen haben z. B. zudem Kinder, ja auch unser aller Zukunft, auch in Deutschland viele Rechte bzw. Möglichkeiten zu ihrem Wohl- die dort aber faktisch nicht verwirklicht sind. Und sogar wie ausgeführt noch zunehmend gefährdet werden. Wogegen eben auch, frei nach Brecht, wo so „Unrecht Recht ist“ auch wirklich „Widerstand Pflicht“ ist gegen solche Politik, Wirtschaftssysteme, Bildungs-, Steuer- und Gesundheitspolitik usw. Die ja auch nicht „nur“ Kinder, auch unsere Zukunft also, betreffen. Und das eben sogar noch zunehmend, wie auch z. B. in diesem Artikel aus der „Welt“ vom 4. 4. 2013 zu lesen (hier auch ausführlicher zitiert, da sehr viel sagend und Vieles auf den Punkt bringend):

„Sparpolitik

gefährdet

Kindeswohl

UNICEF hat vor den Folgen staatlicher Sparprogramme für Kinder gewarnt. Zugleich veröffentlichte das UN-Kinderhilfswerk eine Länder-Tabelle zum Kindeswohl: Für einen Spitzenplatz reichte es für Deutschland nicht.

Viele Regierungen argumentierten, sie wollten durch eine Reduzierung der Staatsschulden "künftige Generationen entlasten". Wenn dies jedoch zu Einsparungen im Bildungswesen und bei der Förderung von armen Familien führe, so werde "die Rechnung den Kindern von heute präsentiert", beklagt UNICEF. Das Wohlergehen der Kinder müsse in den Mittelpunkt der Politik gestellt werden. Diese Maxime müsse für die aktuelle wirtschaftliche und soziale Krisenlage, aber auch für normale Zeiten gelten, fordert das Hilfswerk in seinem jüngsten Bericht über die Lage der Kinder in wohlhabenden Staaten. Deutschland belegt im aktuellen UNICEF-Ranking Platz 6 unter 29 untersuchten Staaten, bei der vorausgegangenen Erhebung von 2007 war es Platz 7 unter 21 Staaten.

Niederlande auf Top-Position  
Den Spitzenplatz konnten die Niederlande erklimmen. Auf den weiteren Positionen folgen Norwegen, Island, Finnland und Schweden(...)

UNICEF erstellte die Tabelle anhand von fünf Dimensionen mit jeweils verschiedenen Indikatoren: Materielle Situation etwa mit dem Indikator Kinderarmut, Gesundheit mit dem Indikator Kindersterblichkeit, Bildung mit dem Indikator Frühunterricht, Risikofaktoren mit dem Indikator Alkoholkonsum sowie Wohnen und Umwelt mit dem Indikator Luftverschmutzung. In die Berechnung flossen Daten der vergangenen sechs Jahre ein. (...)

Kinder und Jugendliche sind in Deutschland demnach am stärksten von Armut betroffen. Und die skandin. Länder oder Niederlande sind ja auch „kapitalistische“ Länder und nicht reicher als Deutschland. Es gibt da „nur“ bessere Politik!

Sicher- es gibt auch noch schlechtere Politik, noch mehr Kinder (ver-) hungern in Afrika usw. Aber entscheidend ist ja, was jeweils möglich

wäre- und da ginge nicht „nur“ in (ja eigentlich auch reichen aber ausgebeuteten) Ländern wie in Afrika, bei Völkern dort, sondern auch in Deutschland viel, viel mehr und besser, auch unbedingt –für das Wohl unzähliger Menschen, nicht zuletzt Kinder, nötiger weise!

Und (s. oben) es gibt ja zudem auch ähnlich fatale soziale Armut und soziale, emotionale Kindeswohlgefährdungen.

Und der Trend- das ist ja auch entscheidend- in Deutschland ist ja nicht positiv, es wird nicht besser. Im Gegenteil, wie z. B. auch im o. g. Artikel zu sehen (zumal solch eine Politik ja auch nicht „nur“ Generationen heute, sondern auch noch künftigen schadet- nachhaltig!).

Wogegen echte Demokraten wirklich auch Widerstand zeigen müssen.

Und, wie gesagt: Der Ton alleine macht also, natürlich, auch nicht die Musik- es geht auch um Fakten, Taten, Inhalte (wenn ich z. B. ein Gerät kaufe, was bald schon nicht mehr funktioniert, während der Garantiezeit, wegen Herstellerfehlern möchte ich ja auch einen Umtausch haben oder mein Geld zurück, „Erledigung“ dieser Art- und nicht lieb, nett, erklärt, dass man letztlich sich um mein Anliegen faktisch überhaupt nicht kümmert, das nur durch Ablage „erledigt“ wird!). Auch wenn natürlich ein freundlicher, höflicher Umgangston das Mindeste ist, was man von einem (vermeintlichen) „Dienst für den Bürger“ erwarten kann. Und da taten sich nach meinen Erfahrungen einige Petitionsausschüsse schon wiederholt besonders negativ hervor.

Die „goldene Henne“ für eine, gelinde gesagt und nett formuliert, *am Wenigsten intelligente Antwort* auf eine Petition könnte ich auch *mehreren Petitionsausschüssen* verleihen. Hier nur Beispiele:

*Sachsen* „unterrichtet“ einen etwa, dass das Kommentieren von Zeitungsartikeln (wie etwa zuletzt Genanntem) nicht zu den Aufgaben von Petitionsausschüssen gehört. Aha. In Ausschüssen anderer Länder wurde da immerhin noch erkannt, dass in dem (relativ kurzen) Artikel halt – wie auch von mir dazu notiert- „nur“ Belege standen für die

Notwendigkeit etwas zu tun, z. B. auch wissenschaftliche Erkenntnisse ... Die man dann halt einfach ignorierte... Man *will* das nicht als Aufgabe sehen. Das letztlich *Ignorieren solcher Erkenntnisse, Aussagen von Experten, Betroffenen, Betroffenenverbänden usw. war aber auch faktisch in allen Ländern, Ausschüssen (auch des Bundestags) zu sehen.*

Da weist man (in dem Fall ich) z. B. darauf hin, dass etwa Gesundheits-Ministerien in anderen Ländern sehr positive Kampagnen machen (z. B. in England gegen Stigmatisierungen von bestimmten Erkrankungen, Erkrankten). Schlägt man das in Deutschland auch vor liest man bis 17 verschiedene „Gründe“ von den Petitionsausschüssen der Länder bzw. des Bundestags (bzw. der jew. Ministerien dort), warum das angeblich hier nicht geht oder nicht nötig ist. Wohlgermerkt: Verschiedene „Gründe“. Was einem Land vielleicht möglich wäre davon ist dem anderen nicht usw. Unterm Strich, mit etwas weniger Bürokratismus, wäre es so zwar letztlich allen Ländern und dem Bund möglich. Aber halt *nur* damit, *gutem Willen*, Absicht ...

Schlägt man einem Land etwas vor, was in einem anderen Land auch problemlos möglich ist bekommt man auch wieder nur Antworten die gelinde gesagt wenig sinnvoll sind ... Und ob man selbst anerkannte Wissenschaftler, auch Rechtsexperten oder Studien selbst z. B. im Auftrag der Bundesregierung und deren Erkenntnisse, Forderungen zitiert (bzw. dazu einen Artikel mitschickt als Beleg) na und? Daran fühlen sich Landesregierungen noch lange nicht gebunden. Der Bund selbst auch nicht (!). Dann gibt man halt nochmals ein neues Gutachten in Auftrag (solange bis einem eines, etwas passt? Ja, ja, sie malen die Welt wie sie ihnen gefällt ...). Man müsste halt noch länger forschen ... Aha. So lange liest man täglich, auch in größten renommierten Zeitungen, sagen selbst international anerkannte Spezialisten, beklagen unzählige Betroffene immer wieder Handlungsbedarf – und Möglichkeiten ... Na und? Was betrifft das schon „unsere“ Politiker? Man kriegt halt irgendwas geschrieben, deren Meinung bzw. die irgendeines sehr umstrittenen Wissenschaftlers, der die teilt – und damit ist die Petition halt „erledigt“. Mit der Autorität der Macht. Bzw. der

Ohnmacht (ohne Macht) des Volkes – so viel nochmals zur „Volks-Herrschaft“? Klar ... Und die Welt ist doch eine Scheibe, oder?

*Nun ja. So „erledigen“ diese Politiker halt auf Dauer aber nur Vertrauen in sich mit o. g. Folgen, Stärkung mehr echter Demokratie (-Bewegungen), die wie gesagt sich letztlich ja auch schon ganzer Regierungen bzw. Systeme entledigt haben, was sich deren Politiker (wie Honecker und Co. oder auch in Baden-W.) zuvor auch nicht vorstellen konnten. . Wer nicht hören will ...*

Besonders negativ fiel leider auch- bzw. vor allem- *Niedersachsen* auf (wie gesagt ist auch auffällig, dass gerade dort wo es besonders große demokratische Bewegungen, z. B. gegen AKWs oder „Stuttgart 21“ und dergl. gibt wie in *Baden-W. und Niedersachsen*, Petitionen besonders unsinnig bzw. unverschämt beantwortet wurden- kein Wunder, dass immer mehr Menschen dann - natürlich zu Recht- andere, weitaus bessere Möglichkeiten, Bewegungen für ihre „Bitten und Beschwerden“ wählen!). Auf mein Anliegen wurde kaum wirklich eingegangen. Dafür sogar auf unsere (Vereins-) Website gegangen, nachgeforscht dort mit kritischen Anmerkungen dazu– hm? Geht's noch? Soweit dazu, dass Petitionen „unabhängig von der Person“ behandelt werden? Egal z. B. Vorstand welcher Vereins ich bin oder nicht (zumal wenn dieser, nur nebenbei erwähnt, als gemeinnützig anerkannt ist- auf dem Gebiet der Volksbildung, sich u. a. auch für Opfer des Nationalsozialismus, deren Gedenken einsetzend- was andere Petitionsausschüsse immerhin etwas positiv würdigten). Das passierte sonst allerdings nie, dies hat für die Zuständigen in *Niedersachsen* aber doch eine besonders kritische – negative!- „Würdigung“ verdient ... Natürlich habe ich nichts zu verbergen und bin- im Gegensatz zu (s. oben) vielen Petitionsausschuss-Mitgliedern gerne auch selbstkritisch und sehe konstruktive Verbesserungsvorschläge als natürlich Wertvolles an, für das man natürlich auch dankbar sein kann. Nur waren die o. g. kritischen Anmerkungen aus *Niedersachsen* leider weder konstruktiv noch sinnvoll, intelligent und einfach auch nur unangebracht und letztlich unverschämt. Meine diesbezügliche Kritik wurde auch einfach ignoriert

... Als „Dank“ hier aber eben auch meine spezielle „Anerkennung“ nach Niedersachsen ... Nicht-Ehre wem Nicht-Ehre gebührt ...

Übrigens war *Niedersachsen* auch eines der wenigen Länder, denen nicht möglich war eine Aufgliederung nach Jahren vorzunehmen in der Statistik (!). Das kriegt man auch nur kurz schriftlich mitgeteilt, auch dass es dort „zurzeit noch nicht“ öffentlichen Petitionen gibt ... Ach so. Grundlos. Aber „Petenten“, Bürger möchte man, siehe oben, zur „öffentlichen Person“ machen, kritisieren? Oh oh ...

Fast schon lustig sind auch Formulierungen in Antworten von dort, dass man ja „im Einklang mit dem Anliegen des Petenten sei“. Mehr machen tut man dazu zwar noch lange nicht. Aber vielleicht kann man das dann mit „positivem Votum“ oder dergl. statistisch abbuchen? (auch solche Antworten bekommt man allerdings auch *von vielen anderen Ländern*).

Vielleicht denkt man dort auch „Angriff ist die beste Verteidigung“. Was nicht wundern würde (auch wenn ja *Selbstkritik* nötig wäre):

Die Statistik, die von dort gesandt wird (für 5 Jahre, 26.2. 2008- 19.2. 2013 – also alles andere als differenzierbar, Entwicklungen ersehbar daraus) spricht dann von „erledigt entspr.“ Und „teilw. entspr.“ 58 – 58 *Petitionen (von insgesamt 6382!)* wurden also wohl (mehr oder weniger positiv) erledigt, bzw. nur teilweise ... Wahnsinn! Und so auch kein Wunder, dass man vielleicht auch nicht jährliche Berichte machen möchte, dann würden die Zahlen ja noch verheerender klingen. Ist der Umgang mit Petitionen in Deutschland eh ja schon ein Armutszeugnis für die mehr (oder, vor allem, weniger) Demokratie hier. Das war aber nochmals besonders (negativ!) erwähnenswert. Ebenso wie dass ja aber auch Hochmut vor dem Fall kommt (wie ja z. B. auch letzte Wahlen in Niedersachsen zeigten). Zu Recht ...

Und dagegen hilft ja auch leider, leider, leider keine Petition ...

Auch wenn das sicher viele Politiker unterstützen würden.

Überhaupt kommt man immer wieder zu dem Schluss, frei nach B. Brecht, „Wäre es da nicht doch einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?“ – tja, leider, leider nicht. Ebenso wie die Oberen in der ehem. DDR müssen eben auch die Regierungen, Politiker im heutigen Deutschland damit leben, dass man sie – wie eben z. B. durch „Stuttgart 21“ die ganze Landesregierung (und Bürgermeister) dort abwählen bzw. auf Dauer durch andere Politik, Politiker (im o. g. Sinn) ersetzen wird. Wie gesagt, das mag manchmal nicht so schnell wie dort gehen, sondern länger dauern und noch viel mehr an Bürgerrechts- u. a. demokratischen Bewegungen erfordern, wo *auch jede Stimme, jeder Bürger zählt..* Aber noch vor wenigen Jahrzehnten konnte man sich ja auch keinen Bundespräsidenten aus der ehem. DDR vorstellen, eine Frau als Bundeskanzler(in), einen „schwarzen“ Präsidenten, homosexuellen Bürgermeister der dt. Hauptstadt usw. Was eben auch nur durch andere demokrat. Mittel, (Bürger- und soziale) Bewegungen erreicht wurde- und nicht durch Petitionen.



(auch weiterführende)

## **LITERATUR- und Quellenverzeichnis**

- Balsen, W. (Hrsg.): Die neue Armut, Köln 1984
- Bollnow, O. F. : Existenzphilosophie und Pädagogik, Stuttgart 1962
- Brecht, B. Gesammelte Werke, div. Bände, Frankfurt/Main und  
B. Brecht –die Gedichte in einem Band, Suhrkamp Verlag (Hrsg.) ,  
Frankfurt/M.1981
- Brezinka, W. : Grenzen der Erziehung. In Schicksal ? Grenzen  
der Machbarkeit ,1978
- Bronisch, T. : Der Suizid, München 1995
- Bultmann, A./ Schmithals, F.(Hrsg.): Käufliche Wissenschaft-  
Experten im Dienst von Industrie und Politik , München 1994
- Ciompi, L.: Affektlogik, Stuttgart 1982
- Degen, R. : Lexikon der Psycho-Irrtümer, Frankfurt/Main 2005
- Engel, S. / Gärtner-Engel, M. : Neue Perspektiven für die Befreiung  
der Frau, Essen 2000
- Fromm, E.: Authentisch leben, Freiburg 2000
- Furmann, B.: Es ist nie zu spät eine glückliche Kindheit zu haben,  
Dortmund 2001
- Griesebach, E.: Die Grenzen des Erziehers und seine Verantwortung,  
Halle 1924
- Jooß, C.: A. Einstein–Wissenschaftler und Rebell, Düsseldorf 2004
- Korte, H.: Einführung in die Geschichte der Soziologie,  
Stuttgart 1998
- Kühnl, R.(Hrsg.): Geschichte und Ideologie. Kritische Analyse  
bundesdeutscher Geschichtsbücher, Hamburg 1973
- Lampert, L; Kroll, A.: Soziale Ungleichheit der Lebenserwartung, in  
„Aus Politik und Zeitgeschichte" 42/2007(Herausgeber:Bundeszentrale  
für politische Bildung)
- Lange-Einbaum,W./Kurtth,W.: Genie, Irrsinn und Ruhm, Bonn 2000
- Largo, R. H.: Kinderjahre. Die Individualität des Kindes als  
erzieherische Herausforderung, München 2007
- Lelord, F.: Hectors Reise - oder die Suche nach dem  
Glück, München 2004

- Luhmann, N.: Strukturelle Defizite. Bemerkungen zur systemtheoretischen Analyse des Erziehungswesens  
-> in Oelkers, J./Tenorth, H.-E.(Hrsg.): Pädagogik, Erziehungswissenschaft und Systemtheorie, Weinheim 1987
- Lüssi, P.: Systemische Sozialarbeit, Bern 1992
- Maturana, H.R. / Varela, F.J.: Der Baum der Erkenntnis. Die biolog. Wurzeln des menschlichen Erkennens, München 2000
- Max-Planck- Institut für Bildungsforschung (Hrsg.): PISA 2000- Zusammenfassung der zentralen Befunde, Berlin 2001
- Müller, M.: Noch nicht zu spät- Die Umweltkrise und ihre Folgen, Düsseldorf 1987
- Oelkers, J./Tenorth, H.-E. (Hrsg.): Pädagogik, Erziehungswissenschaft und Systemtheorie, Weinheim 1987
- Piarry, S.: Erfolgreich netzwerken! , Norderstedt 2008
- Rauschenbach, T.(Hrsg.): Soziale Arbeit und Erziehung in der Risikogesellschaft, Neuwied 1992
- Schilling, J.: Soziale Arbeit- Entwicklungslinien der Sozialarbeit- und Pädagogik, Berlin 1997
- Schreiber, P.: IG Farben. Die „unschuldigen Kriegsplaner“, Stuttgart 1978
- Trube-Becker, E.: Sexuelle Gewalt und wirtschaftliche Ausbeutung, Heidelberg 1992
- UN- Kinderrechtskonvention: Die Rechte des Kindes. Das Übereinkommen über die Rechte des Kindes verabschiedet von den Vereinten Nationen in New York am 20.11.89
- Ware, B.: The top five regrets of the dying, New York 2012
- Wesel, U.: Aufklärungen über Recht –zehn Beiträge zur Entmythologisierung, Frankfurt/Main 1981
- Wulf, C.: Einführung in die Anthropologie der Erziehung, Bonn 2001
- Zimbardo, P. G.: Psychologie, Berlin/New York 1999

Weitere Literatur/ Quellenangaben sind auch im Text zuvor zu finden

© auch für Bilder: Wolfgang Laub

**(Anlage):**

**Link- Tipps:**

- *bessereweltlinks.de Sammlung entsprechender (sehr vieler ) Links ...  
auch mit unzähligen Möglichkeiten für soziales/polit. Engagement*

- *dgb.de Gewerkschaftsbund-Seite mit Links zu Gewerkschaften u. a.  
Beratungsangeboten und dergl. in ganz Deutschland (auch zu Burn-  
out, Mobbing, schlechten Arbeitsbedingungen, Rechtsschutz usw.)*

- *solidaritaet-international.de Internat. Solidaritäts-/ Hilfsorganisation*

- *lebensmut.de –christl. Seite, die (neuen) Lebensmut machen möchte*

